



68. Sitzung

Mittwoch, den 24.10.2018

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

<i>Mitteilungen des Präsidenten</i>	4305	<i>rend – und an den Rechtsausschuss</i>	4358
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020) Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/7300 – Erste Beratung		Landesmediengesetz Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/7591 – Erste Beratung	4358
dazu:		Abg. Josef Dötsch, CDU:	4359
Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2018 bis 2023 Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags – Drucksache 17/7301 –	4305	Abg. Daniel Schöffner, SPD:	4359
Abg. Christian Baldauf, CDU:	4305	Abg. Joachim Paul, AfD:	4360
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:	4315	Abg. Steven Wink, FDP:	4361
Abg. Uwe Junge, AfD:	4325, 4334	Clemens Hoch, Staatssekretär:	4362, 4363
.	4335	Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4362
Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:	4335	Abg. Joachim Paul, AfD:	4363
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4340	Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:	4364
Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:	4349, 4356	<i>Nach Aussprache Überweisung des Gesetzent- wurfs an den Ausschuss für Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik – federführend – und an den Rechtsausschuss</i>	4365
<i>Fortsetzung der ersten Beratung mit Ausspra- che</i>	4358	Erhebung und Austausch von Daten zu Asyl und Migration Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/7291 –	4365
<i>Überweisung an den Haushalts- und Fi- nanzausschuss unter Beteiligung der Fachaus- schüsse gemäß § 54 Abs. 3 GOLT.</i>	4358	Abg. Matthias Joa, AfD:	4365, 4367 4369, 4371
Landesgesetz zur Änderung des Landes- aufnahmegesetzes und des Landesfinanz- ausgleichsgesetzes sowie besoldungs- rechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/7431 – Erste Beratung	4358	Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN:	4366, 4367 4368, 4369
<i>Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss - federfüh-</i>		Abg. Dirk Herber, CDU:	4370
		Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:	4370
		<i>Nach Aussprache mehrheitliche Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Aus- schussüberweisung.</i>	4372
		<i>Mehrheitliche Ablehnung des Antrags – Druck- sache 17/7291 –</i>	4372

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsidentin Astrid Schmitt, Vizepräsident Hans-Josef Bracht.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Abg. Jens Ahnemüller, fraktionslos, Abg. Gabriele Bublies-Leifert, AfD, Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU, Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD; Dr. Alexander Wilhelm, Staatssekretär.

**68. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 24.10.2018**

Beginn der Sitzung: 9:30 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich zur 68. Plenarsitzung begrüßen.

Schriftführende Abgeordnete sind die Kollegen Wink und Herber. Herr Herber wird die Redeliste führen.

Entschuldigt fehlen heute der Kollege Ahnemüller und die Kolleginnen Bublies-Leifert, Kohnle-Gros und Dr. Groß. Staatsministerin Dr. Hubig ist bis 10:00 Uhr entschuldigt. Ebenso ist Staatssekretär Dr. Wilhelm entschuldigt.

Wir fahren fort mit **Punkt 2** der Tagesordnung:

**Landeshaushaltsgesetz 2019/2020
(LHG 2019/2020)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7300 –
Erste Beratung

dazu:

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die
Jahre 2018 bis 2023**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache 17/7301 –

Hierzu wird der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Baldauf, beginnen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Was? –
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Wer sonst?)

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin Ahnen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Landeshaushalt legt entscheidende Grundlagen. Nicht nur für die beiden kommenden Jahren. Nicht allein für 2019 und 2020. Es geht auch um 2030.

Ein guter Landeshaushalt ist eine Art Bauplan für Gegenwart und Zukunft, für spätere Stockwerke. Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber der Doppelhaushalt, den die Landesregierung gestern vorgelegt hat, ist eher Stückwerk, das versucht, Rückstände aufzuholen.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerin Ahnen, Sie können es drehen, wenden und verkaufen wie Sie wollen: Die DNA, der Bauplan Ihrer Zahlen, ist und bleibt die langjährige Schuldenpolitik SPD-geführter Landesregierungen.

(Beifall der CDU)

Über einen Landeshaushalt kann man nur dann ernsthaft beraten, wenn man gesellschaftliche Rahmenbedingungen im Blick hat. Insofern ist das Motto des Haushalts „Gemeinsam – Zuversichtlich – Zukunft gestalten“ ein Schritt in die richtige Richtung. Wir meinen aber, es gehört noch mehr dazu: mutiges Regieren, Chancen nutzen, damit Rheinland-Pfalz die Zukunft wirklich gewinnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, derzeit haben viele Menschen das Gefühl, es gebe viel zu viel Veränderungen, viel zu viel Umbruch um sie herum, in der Welt, in Europa, in ihrer Stadt, in ihrem Dorf, am Arbeitsplatz, beim Wetter, in der Kirche und auf der Straße. Die einen gehen lässiger damit um. Sie sagen etwa: Digitalisierung first, Bedenken second. – Die anderen, die wählen Protest, weil sie eben mit der Digitalisierung nicht klarkommen.

Ich weiß nicht, ob wir wirklich vor einer Zeitenwende stehen, wie manche Wissenschaftler sagen, aber für viele Bürgerinnen und Bürger fühlt es sich in ihrem Alltag genauso an. Sie spüren, Bewährtes wird alt. Sie sind verunsichert durch die vielfältigen Formen des technischen Fortschritts. Sie fragen: Wo führt das alles noch hin? – Sie zweifeln, ob sich die Politiker darum genug kümmern und die Probleme noch im Griff haben. Sie möchten ihre Lebensverhältnisse geschützt sehen.

Wir alle hören es in Gesprächen. Da ist viel mehr als früher eine Sehnsucht nach Heimat, nach Sicherheit, nach Ordnung, nach Geborgenheit, obwohl es uns eigentlich gut geht. Wir leben in Frieden und Freiheit. Die Beschäftigung stimmt, die wirtschaftliche Konjunktur bleibt hoch, aber dennoch ist da die verbreitete Angst, dass es uns morgen schlechter geht als heute; denn die eigenen Erfahrungen, der eigene Alltag passen mit den Superlativen, die von der Politik zu hören sind, mit starken Zahlen, Wirtschaftserfolgen und sprudelnden Steuereinnahmen nicht recht zusammen. Etwa dann, wenn der Facharbeiter die Miete für die Familie nicht aufbringen kann, der Unterricht der Kinder ausfällt, im dörflichen Ortskern die eigene Immobilie kaum noch etwas wert ist, Schwimmbäder schließen, sich der Zustand von Straßen verschlechtert oder Staus den Weg zur Arbeit unkalkulierbar machen, der langjährige Arzt seine Praxis aufgibt, die Bankfiliale schließt und ein Supermarkt nur noch 15 km und zwei Dörfer weiter zu erreichen ist.

Zunehmend reagieren Bürgerinnen und Bürger verunsichert. Frau Ministerin Ahnen, das haben Sie zu Recht betont. Genau in dieser Zeit der Verunsicherung beraten wir diesen Doppelhaushalt. Umso mehr ist es deshalb unsere Aufgabe als Politiker, Vertrauen durch Verantwortung zu erhalten und zurückzugewinnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Wir sollten prüfen, welche Probleme in Rheinland-Pfalz zuerst angepackt werden müssen und wie das Geld, das dem Land zur Verfügung steht, so ausgegeben werden muss, dass ein Jeder und eine Jede die bestmöglichen Rahmenbedingungen und die bestmögliche Unterstützung vorfindet. Dieser Haushalt muss mehr denn je ins Land und seine Menschen investieren, Orientierung bieten, die Vertrauen wachsen lässt, und Sicherheit in allen Lebens-

bereichen gewährleisten.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem ersten Null-Schulden-Haushalt – laut der vorgelegten Rechnung – ist eine neue Phase der Landespolitik in Rheinland-Pfalz erreicht. Ich kann nur sagen: endlich! Viel zu lange haben Sie dafür gebraucht.

(Beifall der CDU –

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das hat die CDU nie geschafft!)

Die Landesregierung hat sich bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs bemüht, den Eindruck zu erwecken, die schwarze Null sei eine Errungenschaft ihres Regierungshandelns, das Ergebnis harter Konsolidierungsarbeit über mindestens zehn Jahre, also ein ureigener Erfolg.

(Beifall und vereinzelt Heiterkeit bei der CDU –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Genauso ist es!)

Wem wollen Sie das weismachen? Das glaubt doch selbst keiner bei Ihnen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ich glaube das!)

– Nein,

(Zurufe von der SPD: Doch!)

das glauben Sie nicht, Herr Schweitzer.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Doch, ich glaube das!)

Dafür sind Sie mir zu intelligent.

(Unruhe im Hause)

Es handelt sich um anstrengungslosen Reichtum, um anstrengungslosen Erfolg. Man kann auch sagen, Sie haben einfach nur Glück gehabt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Die Steuereinnahmen belaufen sich im Jahr 2019 voraussichtlich auf 14,6 Milliarden Euro und 2020 auf 15,3 Milliarden Euro. Neue Zuwächse von fast 17 % seit 2016. Die Steuereinnahmen sind damit so hoch wie nie zuvor. Basis für dieses Wirtschaftswachstum sind europa- und bundespolitische Rahmenbedingungen – hören Sie zu – sowie anhaltend hohe Konsum- und Exportquoten. Hinzu kommt die anhaltende Niedrigzinsphase – das wissen wir alle –, die einerseits der Wirtschaft hilft und andererseits die Zinslasten des Landes seit Jahren drückt. So spart das Land in den Jahren 2019 und 2020 rund 426 Millionen Euro an Zinsen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind Voraussetzungen, die nicht selbst erarbeitet wurden. In Wirklichkeit ist Ihnen der ausgeglichene Haushalt buchstäblich in

den Schoß gefallen. Eigenleistung? – Fehlanzeige!

(Beifall der CDU –
Unruhe bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um die vermeintlichen Anstrengungen der Landesregierung noch aus einer anderen Sicht ins rechte Licht zu rücken: Trotz eines ausgeglichenen Haushaltssaldos sind die Schulden im Land und in seinen Kommunen überproportional hoch.

(Beifall bei der CDU)

Nach wie vor liegt Rheinland-Pfalz auf dem drittletzten Platz der westdeutschen Flächenländer, was die Pro-Kopf-Verschuldung angeht, und sogar auf dem vorletzten Platz bei der Pro-Kopf-Verschuldung auf kommunaler Ebene.

Wenn wir diesen Haushalt näher betrachten, so steht er auf tönernen Füßen. Da sind nämlich neben den Chancen gewaltige Risiken, vor denen es sich abzusichern gilt. Um nur einige zu nennen: das niedrige Zinsniveau, das in Zukunft nur eine Richtung kennen wird, nämlich nach oben. Die Folge können Wachstumsdellen und damit verbunden auch Einbrüche bei den Steuereinnahmen sein.

Auch die demografische Entwicklung wird dem Wirtschaftswachstum Dynamik entziehen. Zurückgehende Verbrauchszahlen in Deutschland und Europa können die Entwicklung der Steuereinnahmen dämpfen.

Mit dem Brexit steht uns der Verlust eines Schwergewichts im europäischen Binnenmarkt bevor. Die Auswirkungen könnten uns als exportstarke Rheinland-Pfälzer treffen.

Wie sich die Staatsschulden in Italien, der viertgrößten Volkswirtschaft Europas, mit allen möglichen Auswirkungen entwickeln, ist noch völlig offen.

(Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die beste Vorsorge gegen mögliche Risiken sind die Stärkung der eigenen Wirtschafts- und Finanzkraft und der Abbau von Schulden. Beides liegt in unserer Verantwortung.

(Beifall der CDU)

In Verbindung mit der neuen Finanzlage steht Rheinland-Pfalz jetzt an einer entscheidenden Wegmarke. Wir müssen uns heute, wo es uns gut geht, auf eine Zeit vorbereiten, in der das Wirtschaftswachstum sinkt und die Zinsen steigen. Wir müssen unsere Kommunen in die Lage versetzen, dauerhaft eine gute Daseinsvorsorge zu gewährleisten.

(Abg. Martin Haller, SPD: Machen wir!)

Wir müssen intakte Lebensadern schaffen, ordentliche Straßen, leistungsfähiges Internet.

(Abg. Martin Haller, SPD: Machen wir auch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur eines dürfen

wir jetzt nicht machen: Wir dürfen uns nicht zurücklehnen. Es ist an der Zeit, mutig umzusteuern; es ist an der Zeit, sich auf Kernaufgaben zu konzentrieren.

(Beifall der CDU –
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Sehr mutig hört sich das an!)

– Abwarten, Herr Braun.

Spät hat die Landesregierung Vorschläge der CDU-Fraktion aufgegriffen und will jetzt, nach unververtretbaren Einschnitten bei Polizei, Justiz und Lehrern, Fehler der Vergangenheit beheben.

(Zurufe von der SPD: Oh je, oh je!)

So finden sich viele positive Ansätze: zusätzliche Stellen bei der Polizei, Investitionen in technische Ausstattungen, Stellenzuwächse in der Justiz, ein erster Schritt bei der Beamtenbesoldung, Erhöhung der Tourismuskraft, mehr Feuerwehrkräfte, ein zusätzliches Frauenhaus, Förderung der Laienmusik und einiges mehr.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist wichtig!)

Frau Ministerin Ahnen, ganz offensichtlich geben Sie viel Geld aus, aber das Geld, das Sie ausgeben für die Anträge, die Sie bei uns abgeschrieben haben, ist schon einmal gut ausgegebenes Geld.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei der SPD)

Nur eines haben Sie nicht übernommen, nämlich den roten Faden. Eine Anhäufung von Maßnahmen macht noch lange keine nachhaltige Politik.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, es bedarf einer Konzentration auf die Kernaufgaben der Landesebene. Diese Aufgaben sind Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und der Zusammenhalt im Land durch eine dauerhafte Stärkung und finanzielle Ausstattung der Städte, Kreise und Gemeinden.

(Beifall der CDU –
Abg. Martin Haller, SPD: So steht es im
Haushalt!)

– Im Haushalt steht schon seit Jahren viel, was leider nicht immer stimmt.

Deutlich stärker als bisher muss das Land daher in den Abbau seiner eigenen Schulden im Kernhaushalt investieren.

Die Bildung von Rücklagen ist kein Allheilmittel. Bei steigenden Zinsen und sinkenden Einnahmen sind Rücklagen schneller aufgezehrt als uns das lieb sein kann. Die Rückführung von Verbindlichkeiten und die Befreiung von hohen Zinslasten in der Zukunft sind deshalb das Gebot der Stunde.

Das Land ist für die Finanzausstattung der Kommunen

verantwortlich. Waren es vor wenigen Jahren noch vier Kommunen, kommen mittlerweile sieben der zehn höchst verschuldeten Kreise und Städte aus Rheinland-Pfalz. Vier weitere folgen in den Top 20. Einem Drittel aller Kommunen in Rheinland-Pfalz gelingt weder mit dem alten noch mit dem neuen Landesfinanzausgleichsgesetz der Ausgleich ihrer Haushalte.

Die kommunalen Investitionsquoten sind im Keller. Noch kurz vor der Einbringung des Haushalts haben Sie Ihr Konzept für einen Zinssicherungsschirm vorgestellt. Dieser Kabinettsbeschluss ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben ist.

(Beifall der CDU)

9 Millionen Euro gibt das Land in diesen Sicherungsschirm, weitere 9 Millionen Euro kommen abermals aus dem kommunalen Finanzausgleich. Bei derzeit rund 6,5 Milliarden Euro an Kassenkrediten – nur an Kassenkrediten – kann gerne ein jeder ausrechnen, wie hoch der tatsächliche Bedarf wäre, wenn die Zinsen lediglich um einen Prozentpunkt anstiegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Wissenschaftliche Dienst hat unmissverständlich festgestellt, dass die Landesregierung den Stabilisierungsfonds zu einem Selbstbedienungsladen gemacht hat, und zwar für sich selbst.

(Beifall der CDU)

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland stellt fest: „Hohe Bestände an kommunalen Kassenkrediten sind nach wie vor konzentriert auf die vier Flächenländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Die Länder sollten eine stärkere Verantwortung für ihre Gemeinden übernehmen und zugleich deren Haushaltsgebaren besser kontrollieren.“

Folgen Sie dem Beispiel von Hessen und dem Saarland,

(Heiterkeit der Ministerpräsidentin Malu
Dreyer)

legen Sie ein Konzept vor, lösen Sie die Problematik der Kassenkredite.

(Beifall der CDU)

Wir fordern Sie deshalb auf, dieses Zeitfenster der niedrigen Zinsen zu nutzen und die Kassenkredite einem Fonds zuzuführen.

(Beifall der CDU)

Damit kann nämlich der derzeit niedrige Zinssatz für die kommunalen Kassenkredite dauerhaft festgeschrieben werden – das wissen Sie – und den Kommunen eine echte und dauerhafte Möglichkeit der Schuldentrückführung eröffnet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so sieht mutiges Regierungshandeln aus, das Chancen eröffnet

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Wow! Ich bin begeistert!)

und unsere kommunale Ebene fit für die Zukunft macht. Öffnen Sie sich für einen solchen Fonds, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall der CDU)

Gehen wir das nämlich nicht an, setzen Sie die kommunale Daseinsvorsorge aufs Spiel. Konkret heißt das, Schulen können nicht mehr saniert, Schwimmbäder und Straßen nicht in Schuss gehalten und die Fortentwicklung unserer Gemeinden und Ortskerne kann nicht vorangetrieben werden.

Der fortschreitende Substanzverlust von Landeseigentum bereitet uns große Sorgen. Straßen, Brücken, Gebäude: Wichtige Investitionen bleiben aus. Jeder weiß, wer heute sein Haus nicht in Schuss hält, läuft Gefahr, dass er morgen nicht nur doppelt zahlt, sondern ausgebliebene Reparaturen an Böden, Leitungen und Fenstern nie mehr aufzuholen sind.

Was im Kleinen gilt, gilt auch im Großen. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden die Löcher im Haus Rheinland-Pfalz so groß, dass es nicht mehr stehen kann und die Statik nicht mehr gewährleistet ist. Dann müssen ganze Stockwerke einfach gesperrt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir werden uns deshalb in den Haushaltsberatungen für mehr öffentliche Investitionen starkmachen, sowohl analog als auch digital.

Mutige Politik wäre es, diese Schattenschulden zu benennen, transparent zu machen und im Haushaltsplan als das aufzuführen, was sie sind, und sie nicht zu verbergen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Abg. Christine Schneider, CDU: So ist es!)

Die Investitionsquote im Landeshaushalt geht seit 2010 kontinuierlich zurück auf zuletzt nur noch 5,2 % im Jahr 2017; das sind fast vier Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt, beinahe ist es nur die Hälfte.

Die schwache Investitionsquote zeigt auch der Verkehrsetat, der nur geringfügig erhöht wurde, obwohl in Rheinland-Pfalz ein Investitionsstau bei den Straßen in Höhe von 1 Milliarde Euro besteht.

(Abg. Marco Weber, FDP: Quatsch!)

Die nun vorgesehenen Steigerungsraten im Verkehrsetat decken noch nicht einmal die Preissteigerungen, mit denen innerhalb eines Jahres im Straßenbau zu rechnen ist, ob bei der Entsorgung oder bei den Unternehmen. Real stehen also weniger Mittel zur Verfügung.

(Beifall der CDU)

Wie Sie mit dieser Minuspolitik Infrastrukturpolitik betreiben wollen, bleibt Ihr Geheimnis. 61 neue Ingenieurstellen – 61 – sollen beim Landesbetrieb Mobilität (LBM) geschaffen werden. Stattlich klingen sie, die Zahlen, wie immer. Aber bisher haben Sie sich nie daran gehalten.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Bisher hieß es, Sie wollten 76 neue Ingenieure einstellen. Zu viel versprochen? Tatsächlich sind 61 der 76 eingestellten Ingenieure nur befristet eingestellt.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Von den neu eingestellten Ingenieuren verfügten nur 31 über Berufserfahrung, davon nur 15 in dem Maße, dass sie sofort unbefristet eingestellt werden konnten. Die Neueinstellungen sind kein Nettozuwachs, sie ersetzen lediglich altersbedingte Abgänge von bewährten Ingenieuren. Da die neuen Ingenieure bei Weitem noch nicht so erfahren sind, ist unter dem Strich sogar weniger Arbeitskraft vorhanden.

(Heiterkeit der Abg. Cornelia Willius-Senzer,
FDP)

Hinzu kommt, dass neue Ingenieure beim LBM immer mehr Verwaltungsaufgaben übernehmen müssen,

(Abg. Martin Haller, SPD: Jetzt wird es
abenteuerlich!)

weil – man höre zu – der LBM dabei ist, 180 Verwaltungsstellen bis 2020 abzubauen. Unter dem Strich stehen also noch weniger Arbeitskräfte zur Verfügung.

(Abg. Alexander Licht, CDU: So ist das!)

Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass im Jahr 2016 46,2 Millionen Euro und im Jahr 2017 28,6 Millionen Euro an bereitstehenden Straßenbaumitteln des Bundes nicht abgerufen worden sind.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Landesregierung, im Jahr 2015 haben Sie die hervorragend arbeitende Stiftung Rheinland-Pfalz für Innovation abgeschafft. Seitdem ist es Ihnen nicht gelungen, ein auch nur annähernd funktionierendes Instrument zur Innovationsförderung auf die Beine zu stellen. Übrigens, bei Ihrem so hochgepriesenen Projekt „InnoStart“ hat es seit 2016 gerade einmal zwölf Anträge gegeben, nicht einmal einen pro Monat.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Hört, hört!)

Erfolgreiche und dynamische Innovationspolitik sieht anders aus.

Eine ganz wichtige Rolle für unsere Zukunft spielen Forschung und Entwicklung an Hochschulen und hochschulnahen Einrichtungen. Das gilt besonders für die Natur- und Ingenieurwissenschaften. Daraus entstehen neue Firmen mit neuen Produkten und neue Arbeitsplätze. Von besonderer Bedeutung ist für uns dabei die Technische Universität (TU) Kaiserslautern. Ihre Gründung war eine der klügsten politischen Entscheidungen in Rheinland-Pfalz. Sie hat seitdem in der strukturschwachen Region der Westpfalz viel zum Aufbau einer modernen Wirtschaftsstruktur geleistet.

Aber diese TU steht in Konkurrenz zu hochleistungsfähigen Technischen Universitäten in den Nachbarländern: die RWTH in Aachen, das KIT in Karlsruhe und die TU in Darmstadt. Hochschullehrer und Studenten vergleichen die Standorte. Deshalb müssen wir die TU Kaiserslautern weiterentwickeln und ihr dafür auch die nötigen Mittel zur Verfügung stellen; denn hier liegt die Kompetenz. Für die zentrale Zukunftsaufgabe, die Digitalisierung von Rheinland-Pfalz, müssen wir, so unser Vorschlag, die TU Kaiserslautern zum Digitalisierungszentrum ausbauen.

(Beifall der CDU)

Lassen Sie uns gemeinsam einen mutigen Schritt machen. Entwickeln wir die fünf großen Städte in Rheinland-Pfalz – Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz und Trier – zu echten Smart Cities. Dazu brauchen wir die gebündelte Kompetenz der TU Kaiserslautern, deren Ausstattung wir entsprechend ergänzen müssen. Lassen Sie uns gemeinsam zu diesem Zweck in Kaiserslautern einen Lehrstuhl mit der Kombination von Informatik und Raum- und Umweltplanung einrichten.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neben den fünf großen Städten gilt unsere besondere Aufmerksamkeit natürlich den ländlichen Regionen. Prägendes Element von Heimat ist eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge. Lebenswerte Dörfer und Gemeinden setzen ortsnahen Zugang zu Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Einzelhandel voraus. Nur wenn das gesichert ist, ist Leben in den ländlichen Regionen attraktiv.

(Beifall der CDU)

Unsere Aufgabe ist es deshalb, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass es auch für junge Menschen und Zuwanderer lohnend ist, sich für unsere ländlichen Regionen zu entscheiden. Entscheidende Faktoren hierfür sind neue Konzepte einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung, die über Ländlärzquoten hinausgeht, und die Entwicklung eines pädagogisch-didaktischen Konzepts zum Erhalt kleiner Grundschulen.

Wer wissen will, wie das gelingen kann, muss nicht weit schauen: In Österreich und der Schweiz gibt es hervorragende Beispiele. Für eine bessere Ärzteversorgung auf dem Land können es auch die kleinen und klugen Maßnahmen sein. Ich denke zum Beispiel an ein Projekt, in dem ausländische Ärzte mit gezielten Sprachkursen unterstützt werden, um sie auf die für die Zulassung notwendige Eignungsprüfung vorzubereiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neuerdings und im Angesicht der Kommunalwahl im nächsten Jahr spricht auch die Ampelregierung von „Heimat“, vom „ländlichen Raum“. Statt noch einer Hochglanzbroschüre, statt eines weiteren runden oder ovalen Tisches und statt eines weiteren Fachsymposiums – unter anderem mit dem Referenten Braun –

(Heiterkeit der Abg. Christine Schneider,
CDU)

erwarten wir von der Landesregierung deutlich mehr:

neue Modelle zur Organisation von Kindertagesstätten und Grundschulen in kleinen Orten – keine Konzepte zur Schließung kleiner Grundschulen, sondern zum Erhalt kleiner Grundschulen –,

(Beifall der CDU und der Abg. Martin Louis
Schmidt und Jürgen Klein, AfD)

neue Konzepte für die ärztliche Versorgung auf dem Land, wirkliche Stärkung des Ehrenamts, das heißt der engagierten Bürger vor Ort, und nicht nur mehr Mittel für die Staatskanzlei.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Die Landesregierung stockt die Mittel zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements von 300.000 Euro auf 700.000 Euro jährlich auf. Das ist auf den ersten Blick positiv. Aber wem kommt das zusätzliche Geld überhaupt zugute, der Landesregierung selbst oder den Ehrenamtlichen?

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Wenn zwei Drittel der Mittel direkt in die Staatskanzlei fließen, dann liegt doch eines auf der Hand: Hier geht es um mehr Publicity der Ministerpräsidentin und Landesregierung und weniger um die Unterstützung der Ehrenamtlichen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Starker Beifall der CDU und Beifall der
Abg. Martin Louis Schmidt und Jürgen
Klein, AfD)

Im Übrigen, umgerechnet auf jeden Ehrenamtlichen im Land sind das pro Person nicht mehr als ein paar Cent. Die Ehrenamtlichen brauchen keine Werbebriefe der Ministerpräsidentin, sie haben ganz andere Probleme.

(Beifall der CDU –
Abg. Christine Schneider, CDU: So ist es!)

Dazu hört oder liest man bei der Landesregierung wenig.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Oooh!)

Es wäre Aufgabe des Landes, den Ehrenamtlichen rechtssichere Rahmenbedingungen zu bieten, Frau Ministerpräsidentin. Ehrenamt fördert man nicht, indem man in der Staatskanzlei Stellen schafft, sondern indem man die Engagierten vor Ort unterstützt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU und des Abg. Joachim
Paul, AfD)

Zur Stärkung der ländlichen Regionen gehört insbesondere auch die flächendeckende und leistungsstarke Breitbandinfrastruktur – flächendeckend und leistungsstark. Das muss mit Hochdruck angegangen werden. Die Beseitigung der großen weißen Flecken in Rheinland-Pfalz hat oberste Priorität.

Seien Sie einmal ehrlich: Sie sprechen von der Gigabit-Gesellschaft in 10 Jahren,

(Heiterkeit des Abg. Joachim Paul, AfD)

tun sich aber im Jahr 2018 immer noch schwer damit, eine flächendeckende Bereitstellung von 50 Mbit/s umzusetzen.

(Beifall der CDU)

Wir reden gar nicht über die landeseigenen Liegenschaften.

Laut der Studie, die die Finanzministerin gestern zitierte, ist Rheinland-Pfalz Vorreiter bei der sogenannten Ausbaudynamik von Breitband.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das hat sie selbst erfunden!)

Ein Verweis darauf, dass Sie jetzt etwas weniger langsam unterwegs sind als bisher, reicht doch nicht. Was zählt, sind Anschlüsse, keine Planungshorizonte.

(Beifall der CDU)

Im Übrigen lehrt uns die gleiche Studie noch etwas anderes: Nahezu ein Viertel der ländlichen Gemeinden in Rheinland-Pfalz verfügt über nicht mehr als 16 Mbit/s. Besonders unterversorgt sind weiterhin der Westerwald, die Eifel und die Westpfalz.

Bei der Mobilfunknetzabdeckung in Rheinland-Pfalz sieht es ähnlich aus. Die andauernden Störungen und Ausfälle sind jedem hier im Haus bekannt.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Die CDU-Fraktion will deshalb flächendeckende Glasfaser- und Mobilfunkstandorte, um dem tatsächlichen Bedarf einer Gigabit-Gesellschaft gerecht zu werden. Wir schlagen deshalb vor, dass sich Rheinland-Pfalz am hessischen Modell orientiert.

(Heiterkeit der Ministerpräsidentin Malu Dreyer)

Hessen plant, 800 Mobilfunkstandorte neu zu errichten und 4.000 Standorte umfassend zu modernisieren.

– Was ist daran falsch, Frau Ministerpräsidentin?

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sprechen heute viel über Vorsorge, zum Beispiel über Daseinsvorsorge oder über Altersvorsorge. Vorsorge getroffen hat die Staatskanzlei erst einmal für sich selbst in einem ganz anderen Feld. Sie erhöht ihre Ausgaben für PR und Öffentlichkeitsarbeit um eine halbe Million Euro,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Skandal!)

auch um – ich zitiere – „die Arbeit der Landesregierung zu legitimieren und Politikverdrossenheit vorzubeugen.“

(Beifall der CDU –
Abg. Joachim Paul, AfD: Her mit der Staatsknete! –
Zurufe von der CDU)

Herr Hoch, haben Sie das allen Ernstes gesagt? – Das

ist eine geniale Formulierung. Glauben Sie im Ernst, Sie würden die Politikverdrossenheit bekämpfen, indem Sie sich selbst eine halbe Million Euro für Politikwerbung zuschanzen? – Die Landtagswahl 2021 lässt grüßen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Es ist schon gewagt.

Schauen wir uns einmal an, was die Landesregierung mit dem Geld macht, zum Beispiel „Rheinland-Pfalz-News“ aus der Staatskanzlei. Ein inhaltsschweres Twitterformat. Ich zitiere: „Malu#Dreyer: Ich freue mich, dass #Bundespräsident Steinmeier sich bei seiner Reise über Orte in unserem Land informiert, die zukunftsweisende Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels geben.“

(Abg. Joachim Paul, AfD: Genau! Richtig!)

Wenig später: „Malu#Dreyer: ‚Wir wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz gut leben und arbeiten können. In der Stadt und auf dem Land.‘ Abschluss der Reise mit #Bundespräsident Steinmeier in Rumbach.#RLP“

(Zurufe von der SPD)

Aber was wirklich der Politikverdrossenheit vorbeugt, ist der Tag des Händewaschens, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich zitiere: „Unser #Gesundheitstipp zum Start der neuen Woche: Hände waschen nicht vergessen!“

(Heiterkeit bei der CDU)

Gerade in der bevorstehenden kalten Jahreszeit ist es zur Prävention & zum Schutz vor Krankheitserregern wichtig, sich mehrmals täglich die Hände zu waschen. #Tag des Händewaschens“

Vielen Dank, liebe Landesregierung, für diese Aufklärung.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Es ist so unfassbar.

(Staatsminister Roger Lewentz: Das ist ja eine fundamentale Kritik am Landeshaushalt!)

– Ja, Herr Lewentz, ich weiß ja nicht, ob Sie sich heute schon die Hände gewaschen haben. Aber Sie können es einmal nachlesen. Ihre Ministerpräsidentin erklärt es heute.

(Zuruf aus dem Hause: Helau, Helau, Herr Baldauf!)

Merken Sie sich, Herr Lewentz: Wenn der Arzt auf dem Land fehlt, wenden Sie sich vertrauensvoll an die rheinland-pfälzische Staatskanzlei. Ein bisschen Regenbogenpresse rundet das dann alles ab.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, machen Sie sich einmal die Mühe und schauen Sie sich die Vorberichterstat-

tung und die „Rheinland-Pfalz-News“ samt zig Filmchen der Landesregierung zum Besuch des holländischen Königspaars an.

(Staatsminister Roger Lewentz: Das durfte nicht fehlen! –
Zurufe von der SPD)

Ich habe irgendwann aufgehört zu zählen.

Auch die CDU-Fraktion ist online. Ja, wir wollen in den sozialen Netzwerken stattfinden, aber, warum auch nicht. Aber Dreyer-Festspiele im Internet als Maßnahme gegen Politikverdrossenheit zu verkaufen, und das auf Steuerzahlkosten, ist doch lächerlich.

(Beifall der CDU und des Abg. Martin Louis Schmidt, AfD –
Abg. Joachim Paul, AfD: Das ist dreist!)

Die RHEINPFALZ formuliert – ich zitiere –: „Man könnte auch sagen, die Staatskanzlei bietet den Menschen eine eigene Internet-Blase an (...) ‚Allein der Superlativ ist erlaubt.‘“

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Übrigens, Herr Kollege Haller, ein Vorschlag: Sie könnten einmal in Ihren „Rheinland-Pfalz-News“ künftig näher auf den Flughafen Hahn eingehen.

(Beifall der CDU –
Abg. Christine Schneider, CDU: Kein Wort!)

Als vorgestern Abend Meldungen eingingen, wonach sich Ryanair möglicherweise ganz vom Hahn verabschiedet, war das ein Paukenschlag. Nach Einschätzung von Experten kann der Hahn als reiner Frachtflughafen ohne Passagierflug nicht existieren. Was wird dann aus den Mitarbeitern? – Es geht um 3.000 Arbeitsplätze. Was wird aus den vom Fluggeschäft abhängigen Firmen? Was wird aus diesem für die Region so zentralen Infrastrukturprojekt?

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Hände waschen nicht vergessen!)

Das Dementi der Hahn-Geschäftsführung überzeugt nicht. Zurückgewiesen werden lediglich Pläne über einen kompletten Rückzug der Iren. Fest steht, Flugpläne sind jetzt bereits ausgedünnt, und die Menschen, die auf dem Hahn arbeiten, viele Kleinunternehmen und Firmen sind total verunsichert.

Wir haben deshalb die Landesregierung aufgefordert, für Klarheit zu sorgen und sich zur aktuellen Lage zu äußern. Bislang hat es im Übrigen keine merklichen Investitionen des Käufers HNA gegeben, obwohl diese zugesagt waren. Wo sind die zusätzlichen 1.000 Passagiere pro Tag? Wo sind die zusätzlichen Fluglinien geblieben?

Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf, stellen Sie sicher, dass kein Steuergeld gezahlt wird, bevor klar ist, wie es auf dem Hahn weitergeht.

(Beifall der CDU)

Schützen Sie die Gelder des rheinland-pfälzischen Steuer-

zahlers.

Das zu klären, ist jetzt Ihre Aufgabe und nicht die Aufgabe, eine Pressemeldung mit lediglich Zahlen herauszubringen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Hashtag!)

Sie müssen sich um das Thema kümmern. Jeder von uns hat ein Anrecht und einen Anspruch darauf zu wissen, was los ist. Ich erwarte, dass das hier und heute auch klar gestellt wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Die Landesregierung beklagt zu Recht die extrem hohen Mieten in den meisten Städten von Rheinland-Pfalz. Dort ist der Kauf oder die Miete einer Immobilie für Normalverdiener unerschwinglich geworden. Frau Ahnen hat gestern in ihrer Rede wie folgt formuliert – Zitat –: „Eine engagierte und gute soziale Wohnungspolitik ist unerlässlich. Wir wollen gutes Wohnen in der Stadt und auf dem Land.“ Nur – da geben Sie mir sicher recht –, auf den Wohnungsgipfel nach Berlin zu fahren, ersetzt keine aktive Wohnungspolitik. Deshalb muss die Frage erlaubt sein: Wer stellt denn eigentlich die Oberbürgermeister in Mainz, Koblenz und Trier, auch noch in Ludwigshafen und Kaiserslautern?

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wir!)

In den Städten, Herr Kollege Schweitzer, in denen viele Studenten wohnen, ist doch die Wohnungsnot am größten. Nur zu beklagen, dass die Mieten zu hoch sind, hilft jedenfalls niemandem weiter. Frau Ministerpräsidentin, Herr Kollege, Sie alle sind gefordert. Frau Finanzministerin Ahnen, holen Sie die Oberbürgermeister an einen Tisch und entwickeln Sie endlich Konzepte, die tragfähig sind und private Investoren nicht abschrecken,

(Beifall der CDU)

Konzepte, die Kommunen dazu ermutigen, Flächen zur Verfügung zu stellen, ohne dabei maximalen Profit für die Stadtkasse herauszuschlagen. Sorgen Sie dafür, dass die Mittel, die der Bund zur Verfügung stellt, künftig zeitnah und im Übrigen vollständig abgerufen werden. Lassen Sie uns gemeinsam mutige Schritte gehen, gerne gemeinsam, für neue, kreative und unkonventionelle Konzepte, die private Investitionen für ein nachhaltiges Bauen erleichtern.

Auf der anderen Seite schlagen wir vor, neu über die Grunderwerbsteuer nachzudenken. Für die CDU-Fraktion wäre eine Senkung der Steuer auf Grunderwerb vor allem im Sinne der Familienförderung von Nutzen.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Eine Familie, die es schafft, mit einer eigenen Immobilie in ihre Zukunft und ihre Sicherheit zu investieren, sollten wir steuerlich entlasten. Hier sollten wir als Land unterstützen. Doch das genügt nicht. Wir sind überzeugt, die Straßenausbaubeiträge sind nicht mehr zeitgemäß.

(Beifall der CDU)

Sie stellen einen Zankapfel in immer mehr Kommunen dar.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im ganzen Land wird über die Frage gestritten, Einmalbeiträge oder wiederkehrende Beiträge. Ein Streitpunkt, der so emotionalisiert ist, dass er sachlich nicht mehr zu entscheiden ist. Auch führen die Beiträge zu einer zunehmenden Politikverdrossenheit, weil sie das Verhältnis zur Kommunalverwaltung zusätzlich belasten. Hinzu kommt, dass das Beitragsrecht mittlerweile in sehr weiten Teilen nur noch von Einzelfallentscheidungen der Gerichte bestimmt wird, was wiederum Bürgerinnen und Bürger zunehmend veranlasst, Straßenausbaubeiträge vor Gericht streitig zu stellen.

Lassen Sie uns deshalb – auch hier unser Angebot – gemeinsam einen mutigen Schritt nach vorne gehen. Lassen Sie uns die Straßenausbaubeiträge abschaffen.

(Beifall der CDU)

Finanzieren wir in Zukunft die Anlegeranteile aus dem Landeshaushalt. Entlasten wir unsere kommunalpolitischen Mandatsträger, Verwalter und Bürger so, wie es auch Rainer Brüderle sieht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weiteres wichtiges Anliegen der CDU-Fraktion ist das Taubblindengeld. Unter dem Stichwort der Sozialpolitik möchte ich am Anfang für eine kleine, besonders vernachlässigte Gruppe eine Lanze brechen. Für uns steht im Mittelpunkt der einzelne Mensch. Trotz unseres sehr engmaschig ausgebauten Sozialstaats gibt es die Schwächsten der Schwachen, die unserer besonderen Aufmerksamkeit und unseres besonderen Schutzes bedürfen.

Ein solches schweres Schicksal tragen taubblinde Menschen. Sie müssen auf beide Hauptsinne verzichten. Die Folge sind erhebliche Beschränkung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ein ganz spezifischer Unterstützungsbedarf. Diese Menschen brauchen ein hinreichendes Auskommen und besondere Hilfsmittel. Im Zentrum muss jedoch eine soziale Betreuung stehen, die den besonderen Anforderungen dieser Menschen gerecht wird. Hierfür setzen wir uns ein und werden dazu Haushaltsmittel beantragen.

(Beifall der CDU)

Bildungspolitik: Unser wichtigstes Anliegen ist es, unsere Kinder und jungen Menschen mit bestmöglichen Grundlagen auszustatten und sie auf die Herausforderungen des Lebens vorzubereiten. Das kann Geld alleine nicht leisten. Die Herausforderungen für Schulen wachsen nämlich durch die Inklusion, mehr Ganztagschulen, Sprachförderung, Integration und eine heterogenere Schülerlandschaft.

Die Zahl der Lehrer hingegen wächst nicht: 2019 plus 49, 2020 minus 41,25 Stellen. Es ist verräterisch, wo gekürzt wird: Gymnasien 241 Stellen, Realschule plus 241 Stellen, berufsbildende Schulen 14,25 Stellen.

Gerade die Realschulen plus und die berufsbildenden Schulen sind es, die sich um die Förderung praktisch begabter Schüler verdient machen. Genau da kürzen Sie. Das akzeptieren wir nicht.

(Beifall der CDU)

Genau diese Schularten sind es, die Abbruchquoten reduzieren. Sie sind es, die Bildungsaufstieg in besonderer Weise ermöglichen, und an dieser Stelle kürzen Sie Hunderte Lehrerstellen, die für den Unterricht, für die Förderung und Beratung fehlen.

Sie nennen dabei immer nur die Stellen, die Sie neu schaffen. Die wegfallenden Stellen fallen unter den Tisch. In der Summe tut sich nichts.

(Beifall der CDU)

Dieses Vorgehen ist genauso falsch wie die erneute Kürzung bei der Hochbegabtenförderung. Auch die Sprachfördermaßnahmen werden zusammengestrichen, minus 800.000 Euro, und das, obwohl rund ein Viertel aller Grundschüler die Grundschule verlässt, ohne den Mindeststandard der deutschen Rechtschreibung zu beherrschen.

(Beifall bei der CDU –
Abg. Hedi Thelen, CDU: Ein Skandal! –
Zurufe der Abg. Michael Frisch, AfD, und
Abg. Alexander Licht, CDU)

In ähnlicher Größenordnung stehen Grundschüler vor dem Übertritt in die weiterführende Schule, ohne den Mindeststandard im Lesen zu erreichen. Das ist unanständig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Sorgen Sie
mal dafür, dass die Frau Hubig da ist! –
Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU –
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das ist
ungehörig!)

Junge Menschen haben ein Anrecht auf beste Bildung.

Es ist ein Skandal, dass Sie tatenlos zusehen, wenn ein Viertel unserer Schülerschaft einfach abgehängt wird; denn wer nicht Lesen und Schreiben kann, der kann auch in allen anderen Bereichen der Bildung nicht mithalten.

Es ist auch ein Skandal, dass Sie am „Schreiben nach Gehör“ festhalten – anders als in anderen Bundesländern und trotz wissenschaftlichen Belegs für seine fatale Wirkung.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Im Innenbereich zeigt sich, dass sich Oppositionsarbeit auch manchmal auszahlt. Herr Lewentz, viele unserer Forderungen wurden aufgegriffen. Wer hat es erfunden? Erinnert sei nur an die Landesfeuerwehrschule, die Aufstockung der Tarifbeschäftigten bei der Polizei und eine deutliche Steigerung der Kostenansätze für den Verfassungsschutz. Hier waren wir sehr gerne Taktgeber für Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Hat er gut gemacht!)

Doch das reicht beileibe nicht aus. Das zeigen die Zahlen der Polizei. Wir liegen bei der Polizeidichte, gemessen an der Einwohnerzahl, im Bundesvergleich an vorletzter Stelle.

(Staatsminister Roger Lewentz:
Baden-Württemberg sind die Letzten, da geht es drunter und drüber!)

Die Überstunden sind noch immer immens hoch. Sind Sie für Baden-Württemberg oder für Rheinland-Pfalz zuständig?

(Staatsminister Roger Lewentz: Sind Sie für Hessen oder Rheinland-Pfalz zuständig?)

Sie sollten sich mehr um Rheinland-Pfalz kümmern, dann hätten wir eine anständigere Innenpolitik.

(Beifall der CDU –
Staatsminister Roger Lewentz: Das tun wir!)

Herr Innenminister, dazu gehört im Übrigen auch der Hahn, der gehört auch zur Innenpolitik.

Ja, Sie haben die Stellen zugegebenermaßen bei der Polizeihochschule ausgeweitet, jedoch viel zu spät und zu zaghaft. In der Folge sinken noch immer die Zahlen bei der Polizei, statt signifikant zu steigen. Das kann jeder nachlesen.

Zusätzlich sagt der Landeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ernst Scharbach – vielleicht können Sie uns dazu etwas sagen – zur Ausstattung bei der rheinland-pfälzischen Polizei:

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Gehört nicht der CDU an!)

„Das organisierte Verbrechen lacht sich über uns kaputt!“ Ist das ein Zeugnis für einen guten Innenminister, wenn ein Vorsitzender einer Gewerkschaft so etwas sagt? Ich sage Nein. Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben! Kümmern Sie sich um Rheinland-Pfalz!

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Es zeigt sich nämlich, dass es bei der Sicherheit im Land noch immer massiv hakt: Die Dienststellen sind unterbesetzt. Rund 10 % der Polizisten sind nur bedingt einsatzfähig. Die Zahl der Überstunden ist massiv. Die Belastungen durch Großeinsätze und neue Herausforderungen von Digitalkriminalität und Extremismus nehmen zu.

Herr Innenminister, der Taser wird nicht nur in Großstädten gebraucht,

(Staatsminister Roger Lewentz: Er wird überall eingeführt, flächendeckend!)

sondern in Zukunft auch auf dem Land.

(Staatsminister Roger Lewentz: Passiert doch!)

Hätten wir das nicht gefordert, hätten Sie auch das nicht getan.

(Beifall der CDU)

Deshalb haben Sie wieder unsere Idee aufgegriffen. Setzen Sie sie ordentlich um.

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Aber es haben doch alle!)

Sie wussten vor drei Jahren noch gar nicht, was ein Taser ist.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Jetzt aber, Herr Baldauf! – Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der CDU-Fraktion geht es in der Innenpolitik auch immer um den Opferschutz. Um Opferschutz geht es auch in der Innenpolitik. Deshalb war es mir ein besonderes Anliegen, den Opferschutzbeauftragten durchzusetzen.

(Staatsminister Roger Lewentz: Das haben Sie auch eingeführt!)

Wenn wir in diesem Jahr an die Frauenbewegung und die Er kämpfung des Frauenwahlrechts erinnern, dann dürfen wir die Frauen nicht vergessen, Frau Ahnen, die Opfer besonders abscheulicher sexueller Gewalt geworden sind.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Die vergessen wir auch nicht!)

Es ist schon jahrelang ein Herzensanliegen der CDU-Landtagsfraktion, Schwester Lea Ackermann mit ihrer Organisation SOLWODI stärker zu unterstützen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Ach herrje!)

– Was heißt da „Ach herrje“?

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Dass Sie immer darauf eingehen!)

Was heißt da „Ach herrje“?

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Das sind doch nicht die Einzigen, die das machen! – Zurufe der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD, und Dr. Adolf Weiland, CDU)

Sind Sie nicht für Opferschutz? Macht Frau Ackermann nur Bluff, oder kümmert sie sich um ein wichtiges Thema?

Herr Dr. Braun, wir werden uns dafür einsetzen, dass die Mittel um 70.000 Euro erhöht werden.

(Beifall der CDU und bei der AfD – Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Ich würde mich freuen, wenn Sie dem zustimmen würden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Dies ist umso mehr gerechtfertigt, als diese Organisation – da werden Sie mir recht geben – letztlich mit ihrem Einsatz den Staat entlastet.

Eine weitere Großbaustelle bleibt die Feuerwehr. Wir brauchen eine Offensive für unsere Wehren; denn es wird immer schwieriger, neue Freiwillige zu finden, die sich für diesen wichtigen Dienst an unserer Gesellschaft bereit erklären. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass wir die Ausstattung verbessern und vor allem unseren Respekt und unsere Anerkennung gegenüber den Feuerwehrmännern und -frauen sichtbar zum Ausdruck bringen. Die CDU steht zur Leistung unserer Feuerwehr.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Im Übrigen hat sich auch im Bereich der Justiz unsere Oppositionsarbeit gelohnt. Manche muss man zum Jagen tragen. Die größten Personalengpässe werden Stück für Stück überwunden. Dies führt nicht zur Zufriedenheit der Betroffenen; denn es sind nach wie vor erhebliche Anstrengungen nötig, die entstandenen Personaldefizite abzubauen. Der jetzige Haushaltsentwurf macht in diesem Bereich einen Anfang, aber mehr nicht. Umso wichtiger ist, dass sich die Landesregierung hinter ihre Beschäftigten stellt.

Ich nenne einige Beispiele aus dem Bereich des Justizvollzugs, die zu denken geben müssen: So wurden im gesamten Land Hessen weniger Überstunden erarbeitet als alleine in der JVA Diez.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Unglaublich!)

Da müssen Beamte ohne Schutz gefährliche Gefangene über den Hunsrück transportieren. Während das Gericht in dem beschriebenen Fall vom Sondereinsatzkommando abgesichert ist, steht den Fahrern der Justiz nur Pfefferspray zur Verfügung.

(Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD: Das ist jetzt zwei Jahre her! –
Zuruf der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da steht den JVA-Bediensteten bei gefährlichen Gefangenen kein Taser zur Verfügung, Frau Blatzheim-Roegler, womit die Bediensteten in Einzelfällen schutzlos Angriffen ausgesetzt sind. Da werden Gefangene mit Lach-Yoga therapiert. Das ist doch nicht Ihr Ernst?

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an die Adresse der Bediensteten in der Justiz: Wirksamer Schutz und Wertschätzung durch den Dienstherrn für seine Beschäftigten sieht anders aus. Wir erwarten mehr Respekt.

(Beifall der CDU)

Man kann nicht über die Zukunft von Rheinland-Pfalz sprechen, ohne über Landwirtschaft und Weinbau zu sprechen. Sie sind Kraftzentren unserer ländlichen Regionen. Zwar werden in der Einführung des Einzelplans Themen wie umweltgerechte Landbewirtschaftung, die Förderung des Absatzes regionaler Produkte, die Förderung der Beratung

und der Aufbau einer zentralen, digitalen Informations-, Beratungs- und Kommunikationsplattform im Sinne einer Vernetzung aller landwirtschaftlichen Angelegenheiten angerissen, schaut man aber genauer hin, fällt vieles wie eine alte Scheune in sich zusammen.

Die Mittel für die Beratung landwirtschaftlicher Betriebe werden nicht erhöht und teilweise nicht einmal ausgeschöpft. Die als herausragendes Ziel formulierte Stärkung der heimischen Produkte wird zwar textlich untermauert, spiegelt sich in den Haushaltstiteln aber nicht in gleichem Maße wider. Der Ideenreichtum der Landesregierung hinsichtlich der Stärkung der regionalen Vermarktung hält sich offensichtlich in Grenzen.

Digitalisierung im ländlichen Raum ist ein weiteres erklärtes Ziel – da sind wir uns einig –, aber gerade in der Ausbildung und Clusterbildung wird kein Schwerpunkt gesetzt. So wurden die Mittel der überbetrieblichen Zusammenarbeit nicht ausgeschöpft und auch nicht erhöht, obwohl die Ausbildung und die Clusterbildung wesentliche Bestandteile des Strukturwandels sind.

In der Ausbildung in den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum wird kein Schwerpunkt auf die Digitalisierung gelegt, obwohl eine zukunftsweisende, fortschrittliche Ausbildung eine Grundvoraussetzung für die zukünftige Ausrichtung unserer landwirtschaftlichen Betriebe ist.

Wir werden deshalb in den Haushaltsberatungen unser Augenmerk auf die regionale Vermarktung und die Digitalisierung im ländlichen Raum legen und ganz gezielt in eine fundierte und praxisnahe Beratung investieren.

(Beifall der CDU)

Der Umweltpolitik in Rheinland-Pfalz fehlt es nicht an Geld. Offensichtlich fehlt es den verantwortlich Handelnden aber an Vorstellungskraft und erst recht an organisatorischem Können, Umweltpolitik wirkungsvoll und nachhaltig umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Im Umweltetat schlummern seit Jahren gewaltige Summen, die nicht ausgegeben werden. Das lässt sich am Beispiel der Biodiversität eindrucksvoll belegen. In ihrer jüngsten Regierungserklärung lobt sich die Landesregierung selbst – ich zitiere –: „Die ‚Aktion Grün‘ kommt an.“

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Bei wenigen!)

Der Schutz der Biodiversität, das ist, so könnte man meinen, ein urgrünes Thema. Ein Thema, das bei einer grünen Umweltministerin ganz vorne auf der Agenda stehen müsste. Auf den ersten Blick hört es sich gut an, was sich die Landesregierung zum Schutz der Artenvielfalt hat einfallen lassen. Ein Zitat: Schwerpunkt in der Naturschutzpolitik – Biodiversität. Bis 2020 werden insgesamt 9 Millionen Euro zusätzlich für die „Aktion Grün“ zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie in unserem Land bereitgestellt. Markige Worte, aber: Davon fliegt noch keine Biene mehr, davon ist keine Tierart weniger vom Aussterben bedroht.

(Zuruf der Abg. Pia Schellhammer,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2017 wurden gerade einmal – man höre und staune – gut 50.000 Euro von veranschlagten 1,14 Millionen Euro in Projekte umgesetzt.

(Beifall der CDU)

Ich stelle fest, dies belegt, Sie haben keine umsetzungsorientierte Strategie und kein vernetztes, durchdachtes und stimmiges Konzept.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Nur Ankündigungen, sonst nichts!)

Ich komme zur Kultur. Lange Zeit war das Engagement der Landesregierung im Bereich der Kultur unzureichend.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kommt der Klimaschutz noch, oder was?)

Das haben Sie selbst gemerkt, sonst hätten Sie keine Ansätze eingestellt.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Nur deshalb, weil wir den Finger in die Wunde gelegt haben – ob es bei der Musik oder der bildenden Kunst war –, bewegt sich jetzt endlich etwas. Trotzdem sind wir in der Kultur im Bundesvergleich immer noch weit hinten.

Wir fordern von Ihnen mehr Mut für die Kultur in unseren Regionen, für eine angemessene Finanzausstattung auch freier und staatlicher Träger und ein klares Bekenntnis zur Hochkultur. Auch dies sind Grundlagen der Wertevermittlung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen, wir stehen in Rheinland-Pfalz mit diesem ersten ausgeglichenen Doppelhaushalt – ja – an einem Wendepunkt. An diesem Wendepunkt bieten sich viele Chancen und Herausforderungen, aber auch Risiken. Ich nannte sie. Wir sollten in diesem Hause so ehrlich sein zuzugeben, dass nicht nur auf der einen Seite die guten und auf der anderen Seite die schlechten Ideen stehen.

Lassen Sie uns mutig sein, über unseren eigenen Schatten springen und ausgehend von den Chancen, die dieser Haushalt den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land bietet, die Zukunft gemeinsam in die Hand nehmen. Wir, die CDU-Landtagsfraktion, sind zu dieser Gemeinsamkeit bereit.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgangsstufe, Klasse 9a, des Gymnasiums Mainz-Oberstadt. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Weiterhin begrüße ich Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Berufsbildungsbereichs der Wichern-Werkstätten. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion spricht deren Vorsitzender Alexander Schweitzer.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestern hat Doris Ahnen einen Doppelhaushalt für die Jahre 2019 und 2020 eingebracht, der nicht weniger ist als historisch. Es ist deshalb ein historischer Haushalt, weil er in den Jahren 2019 und 2020 einen strukturellen Überschuss erwirtschaftet. Ich möchte Ihnen die Zahlen noch einmal kurz in Erinnerung rufen: 111 Millionen Euro im Jahr 2019 und gar 229 Millionen Euro im Jahr 2020.

Der Haushalt ist nicht etwa deshalb historisch, weil dies in den letzten Jahren einmal geglückt und dann wieder einmal nicht geglückt ist, sondern weil genau seit 1969 kein Finanzminister, keine Finanzministerin in diesem rheinland-pfälzischen Landtag einen solchen Haushalt vorlegen konnte. Darum, meine Damen und Herren, sage ich: Danke, Doris Ahnen, für diesen Haushalt.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch nicht so, dass es gerade so gelingt, sondern wir planen einen Sicherheitsabstand ein und sichern zukünftige Ausgaben über Rücklagen – über Rücklagen, meine Damen und Herren – von insgesamt 350 Millionen Euro ab.

Herr Kollege Baldauf, natürlich haben Sie sich als Vorsitzender der CDU-Fraktion mit diesem Haushalt beschäftigt und dazu Stellung genommen, dass es tatsächlich ein erfolgreicher Haushalt ist, und konnten nicht umhin, dies auch zu attestieren; aber Sie mussten dann noch sagen: Das ist gekommen wie's gute Wetter.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das ist der Erfolg der Wirtschaft! Das ist der Erfolg der Steuerzahler!)

– Das ist der Erfolg der Wirtschaft, höre ich jetzt hier. – Ja, ich bin dankbar für dieses Argument, und ich nehme es gern auf.

Natürlich ist das der Erfolg der Wirtschaft. Aber ich bitte Sie, nehmen Sie dieses Argument auch genau dann, wenn Sie die Wirtschaft, die Beschäftigungssituation, die Innovation der rheinland-pfälzischen Wirtschaft herunterreden.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das tun wir doch gar nicht! –
Abg. Joachim Paul, AfD: Das tun wir nicht!)

Das passt nämlich nicht zusammen.

Ja, es ist der Erfolg der Wirtschaft, und es ist natürlich auch der Erfolg von Konsolidierungsmaßnahmen und von harten Einschnitten in den letzten Jahren,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das sieht die Wirtschaft aber anders!)

und, das möchte ich schon auch hervorheben, das war nicht der erste und nicht der letzte Widerspruch in Ihrer eigenen Rede, lieber Herr Baldauf.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben gesagt, das war Glück, also sozusagen völlig ohne Zutun dieser Landesregierung,

(Zurufe von der CDU: Ja, genau!)

und Sie haben es wirklich hinbekommen, drei Sätze weiter von unververtretbaren Einschnitten zu sprechen, die wir vorgenommen haben.

(Abg. Martin Haller, SPD: Ja, was denn jetzt?)

Ja, wo war denn aus Ihrer Sicht am Ende die Wahrheit?

Ich sage Ihnen, natürlich haben wir eine gute Konjunktur, und dies seit vielen Jahren, und natürlich haben wir eine gute wirtschaftliche Situation in Rheinland-Pfalz. Aber natürlich haben wir auch miteinander so manche Entscheidungen getroffen – und damit meine ich jetzt vor allem die Koalition; zu Ihnen kann ich da nicht schauen –, die hart waren.

(Abg. Martin Haller, SPD: Ohne Euch!)

Ich nenne die Katasterämter, ich nenne die Beamtenbesoldung, ich nenne manche andere Entscheidung. Aber da waren Sie immer hinter den Büschen und sind erst dann wieder aufgetaucht, meine Damen und Herren,

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn vor Ort oder wo auch immer der Protest begonnen hat. Wenn Drei protestiert haben, war der Vierte einer von der CDU und hatte das Schild für den Protest dabei. So war Ihre Haushaltsverantwortlichkeit in den letzten Jahren.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, darum sage ich Ihnen, es ist natürlich Glück, aber das ist das Glück der Tüchtigen, der Ampelregierung unter Malu Dreyer, und darum haben Sie nicht völlig unrecht: Es ist Glück, aber es ist auch eigenes Zutun, und das möchte ich an dieser Stelle auch festhalten.

Wenn Sie sich jetzt darüber ärgern, dass ich das natürlich auch für das Engagement der Landesregierung wahrnehme, dann möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, dass wir alle noch die Jubelarien in Erinnerung haben, als dem damaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble das gelungen ist, was uns jetzt gelungen ist. Damals haben Sie gefeiert, als hätte der FCK den Aufstieg und die Meisterschaft in einer Saison geschafft. Aber wenn wir das in Rheinland-Pfalz schaffen, dann hat das gar nichts mit der Landesregierung zu tun. Es ist nicht nur ein leiser Widerspruch, es ist ein

eklatanter Widerspruch, den ich hervorheben muss, meine Damen und Herren und lieber Herr Kollege Baldauf.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben ein Bild gezeichnet – und ich glaube, das war der nachdenkliche Part in Ihrer Rede –, dass die Menschen auf der Suche sind nach Orientierung. – Also, in Ihrer Rede haben sie sie nicht gefunden. Gut, dass sie viele Fragen stellen, das ist nicht falsch.

Was mir aber nicht gefallen hat, das waren die Moll-Töne, weil ich das nicht gerechtfertigt finde. Wenn ich im Land unterwegs bin, sehe ich natürlich, dass die Menschen sagen: Da und dort gibt es ein Thema, kümmert Euch einmal darum, und da sind wir auch gern bereit, uns zu engagieren.

Aber ich sehe doch auch, dass die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer verdammt stolz sind auf ihr Land und sie sich darüber freuen, wohin sich dieses Land entwickelt hat. Daher möchte ich auch einmal hervorheben, dass wir nicht so weit gehen und sagen, das hat alles die Ampel gemacht, nein, das haben die Menschen gemacht, und wir haben den Rahmen gesetzt. Darum sage ich, immer, wenn man das kritisiert und dieses Bild im herbsteichen Moll zeichnet, wie Sie es getan haben, dann spricht man den Menschen ihre Leistung und ihr Engagement ab.

(Abg. Martin Haller, SPD: So ist das!)

Ich finde, das darf niemand tun in diesem Haus. Dazu hat keiner das Recht.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahlen sind doch eindeutig: Das Wirtschaftswachstum ist auf Platz 1 in Rheinland-Pfalz, und das war doch nicht immer so.

(Abg. Gabriele Wieland, CDU: Ihre Steigerung des Wirtschaftswachstums!)

Wir können uns doch alle noch an Zeiten erinnern, als es nun wirklich kompliziert war in manchen Regionen.

(Heiterkeit bei der CDU)

– Ich weiß nicht, was Sie daran amüsiert. Wenn Sie sich mit mir freuen, dann finde ich das okay. Aber dass Sie darüber lachen, na ja.

Ich finde, es ist gut, dass es so geworden ist, und wir haben doch auch manche Region, die zu kämpfen hatte. Ich komme aus der Südpfalz, wo es mit Blick auf die Industrie, auf die Nähe zu anderen Standorten und auch mit Blick auf die Verkehrsanbindung immer ein bisschen leichter gefallen ist. Aber trotzdem gab es auch dort harte Veränderungen.

Aber wir kennen manche Region, in der es anders ist. Lieber Herr Baldauf, Sie haben sich in einer eher karnevalistischen Rede über den Besuch des Bundespräsidenten geäußert.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Ich habe gar nicht nachgesehen, welches Parteibuch der Bürgermeister von Rumbach hat oder ob er überhaupt eines hat, ob er mein Parteibuch hat oder Ihres. Ich will Ihnen nur sagen, ich bin angerührt von einer Äußerung wie der des Bürgermeisters von Rumbach, der stolz darauf ist, dass der Bundespräsident kommt, und sagt, ja, wir hatten in unserer Region zu kämpfen, aber diese Gemeinde hat sich toll entwickelt. Das ist richtig gut, und wir sind stolz darauf, wir haben eine tolle Dorfgemeinschaft.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Darüber kann man sich lustig machen, aber nicht, wenn man selbst ernst genommen werden will, lieber Herr Baldauf.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Arbeitslosigkeit ist in Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren auf einem Rekordtief. Das war uns nicht in die Wiege gelegt mit Blick auf die Wirtschaftsstruktur und die Grenz-nähe, die wir haben. Wir haben in den letzten Jahren, von 2013 bis 2017 – das sind die letzten jahresabschließenden Zahlen, die wir kennen –, einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 10.000 Menschen registriert. Das ist schon eine Größenordnung in Rheinland-Pfalz.

Liebe Sabine Bätzing-Lichtenthäler, das hat auch etwas damit zu tun, dass wir uns angestrengt haben in den Konversionsregionen. Es hat etwas damit zu tun, dass wir damals, als wir vor der historischen Herausforderung standen, den Abzug der alliierten Streitkräfte zu kompensieren, auf den Staat und auf die gesellschaftliche Rolle gesetzt haben, die wir dabei einnehmen können, durch die innovative Ansiedlung von Hochschul- und universitären Standorten, von Unternehmen und von Verkehrsanbindungen. Wir ernten heute die Zahlen dafür.

Wenn wir in der Südwestpfalz, im Hunsrück und anderswo sehen, dass an den Konversionsstandorten inzwischen mehr Menschen beschäftigt sind, als damals Jobs weggefallen sind, dann ist dies eben nicht durch das gute Wetter gekommen, das wir zum Glück in Rheinland-Pfalz auch haben, sondern durch die Anstrengung der Regierung und der beteiligten Unternehmen. Wir sollten es daher nicht geringschätzen, sondern wir sollten einfach einmal stolz darauf sein und Danke sagen dafür.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher ist es auch gut so, dass wir aus der schwarzen Null keinen Fetisch machen. – Als Roter, als Sozialdemokrat habe ich damit sowieso kein Problem, das so zu sagen.

(Heiterkeit der Abg. Kathrin Anklam-Trapp,
SPD)

Wir sind geboten, genau diesen Haushalt vorzulegen, den wir vorlegen. Aber dabei ist immer klar, dass ein Haushalt der Ausdruck des gemeinsamen politischen Willens einer Regierung und der sie tragenden Fraktionen ist und wir

auch Schwerpunkte setzen. Wir haben einige genannt, Sie haben einige vorgeschlagen, lieber Herr Baldauf.

Ich finde es vor allem wichtig, dass wir die Investitionsquote steigern konnten. Sie steigt im Jahr 2019 auf 8,7 %, und ich finde, das dürfen wir uns bei dem Gesamthaushalt auch noch einmal gemeinsam anschauen.

Schwerpunkte und Zukunftsfelder sind genannt worden. Eines der wichtigsten Zukunftsfelder – das befindet sich auch in diesem Haushalt – ist der Bereich Breitband und Gigabit-Ausbau. Dieser Bereich wird in den nächsten Jahren mit Mitteln in Höhe von sage und schreibe 575 Millionen Euro hinterlegt. Natürlich haben wir auch manche Ecke, da sind wir noch nicht so weit, wie wir es uns vorgestellt haben. Aber wer sich mit den Dingen in der Sache beschäftigt, der stellt fest, dass es eine gute, eine hervorragende Idee war, diese Clusterlösung auf den Weg gebracht zu haben, und zwar gemeinsam mit den beteiligten Landkreisen und Gebietskörperschaften und mit den Mitteln des Bundes, die ich überhaupt nicht in Abrede stellen will. Ich hätte mir nur gewünscht, Sie wären früher gekommen, dann wären wir nämlich auch weiter.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aber Ihr dürft
dann nichts wegstreichen! Ihr müsst die
Mittel dort belassen! Ihr streicht Mittel weg!)

Wir haben die Mittel zusammengetragen, und wir kennen doch alle die Beispiele vor Ort. Lieber Herr Baldauf, nächste Woche sind Sie wie ich auch wahrscheinlich wieder bei irgendwelchen Scherenschnitten, wo das Breitbandprogramm in der jeweiligen Region auf den Weg gebracht wird, und heute bestreiten Sie es. Ich bestreite es nicht, ich freue mich auf den Breitband-Startschuss bei mir im Landkreis Südliche Weinstraße. Ich bin froh, dass wir diese Mittel gemeinsam auf den Weg gebracht haben, und darum sind wir gut vorangekommen.

Bei der Ausbaudynamik, meine Damen und Herren, sind wir an der Spitze der Bundesländer. Darüber können wir ebenfalls froh sein.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben angesprochen, dass die Themen „Digitale Kompetenz“ und „Digitale Wirtschaft“ sehr wichtig sind. Ja, natürlich, wir reden beim Breitband allzu oft nur über die Infrastruktur. Daher ist das ein ganz wichtiges Thema; denn die Digitalisierung ist doch auch im Mittelstand, im Handwerk und bei den handwerksnahen Dienstleistungen schon lange angekommen. Sie könnten uns etwas erzählen. Es ist doch nicht so, dass sie auf uns warten und sagen: Wir erzählen Euch einmal, was Digitalisierung ist. Sie wollen, dass wir die Rahmenbedingungen richtig setzen, so, wie wir es auch tun, und auch dafür sorgen, dass die Menschen mit der fachlichen und der universitären Kompetenz, die sie im Fachkräftebereich brauchen, in Rheinland-Pfalz ausgebildet werden.

Herr Baldauf, ich habe lange überlegt, was Sie meinen könnten, als Sie gesagt haben, wir müssten die Hochschule in Kaiserslautern zu einem digitalen Schwerpunkt machen. – Da habe ich mir gedacht: Aber das sind wir doch schon.

Kaiserslautern ist eine der 500 innovativsten und besten Universitäten weltweit.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Überall spitze! Wir können gar nichts mehr besser machen, seit zehn Jahren!)

Wir haben ein Fraunhofer-Institut in Kaiserslautern, das weltweit Interesse hervorruft. Der Begriff und das Konzept „Industrie 4.0“ ist nirgendwo anders als in Kaiserslautern entstanden.

Lieber Herr Baldauf, ich wünsche mir, dass ich dabei sein darf, wenn Sie einmal nach Kaiserslautern fahren und am Fraunhofer-Institut erzählen, was man dort machen sollte, was sie schon seit zehn Jahren machen. Ich wäre so gern dabei, wenn Sie denen erzählen, wie sie ihre Arbeit machen müssen. Darüber würde ich mich freuen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben letzte Woche 30 Jahre Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz GmbH (DFKI) in Berlin gefeiert. Herr Baldauf, Sie kommen nicht zehn Jahre zu spät, Sie kommen mit Ihrer Idee 30 Jahre zu spät. Deshalb muss ich Ihnen schon sagen: Das hat mich ein bisschen nachdenklich werden lassen, was die digitale Kompetenz insgesamt bei Ihnen angeht.

Sie haben die Twitter-Nachrichten der Staatskanzlei zitiert.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Ja!)

Es ist immer richtig, wenn man sich die Hände wäscht.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Hände waschen nicht vergessen!)

Da gibt es kein Vertun. Lieber Herr Baldauf, aber wenn man mit den hoffentlich gewaschenen Händen dann auf andere zeigt, dann muss man sich schon auch fragen lassen, wie es mit der eigenen Digitalkompetenz aussieht. Ich habe bei Ihrer Rede zwischendurch gedacht – man verliert so ein bisschen die Konzentration –, ich schaue einmal in Ihrem Twitteraccount, was da so los ist.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Im September habe ich einen Tweet gelesen.

(Unruhe bei der CDU)

– Also, na gut, aber ich meine, wenn Sie anderen Nachhilfe geben, haben Sie es doch bestimmt drauf. Ich habe einmal nachgeschaut.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Mit dem Unterschied, dass er es nicht mit Steuergeldern macht! – Unruhe im Hause – Glocke des Präsidenten)

Mit Verlaub, wir sind alle Abgeordnete, und was wir als Abgeordnete tun, wird auch von Steuergeldern finanziert. Wenn Sie erzählen, das hat mit Steuergeldern nichts zu tun, dann ist das ein Widerspruch in Ihrer Argumentation,

aber hallo.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn der digital kompetente Abgeordnete Christian Baldauf, der der Staatskanzlei versucht hat, die Leviten zu lesen, twittert „Impressionen von der Lamsheimer Kerwe – wer kennt wen?“,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ich glaube, das war andersrum!)

ist das Problem, dass man denkt, niemand kennt niemanden, weil Herr Baldauf nicht nur keinen Hashtag benutzt, sondern auch kein Foto mit veröffentlicht.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber geht es weiter. Ich will jetzt nicht den Eindruck erwecken, dass das Ihr Haupttagwerk war, aber es geht mit einer Kerwe weiter: „Die Heuchelheimer Kerwe war wie immer ein Klassiker – hier auf dem Bild meine Freunde von den Strunzern.“ – Es gibt kein Bild von den Strunzern.

(Unruhe im Hause)

Lieber Herr Baldauf, ich wäre niemals auf die Idee gekommen, so etwas vorzulesen,

(Abg. Michael Frisch, AfD: Wir reden über den Haushalt!)

aber wenn Sie so anfangen, müssen Sie sich das auch anhören.

Einen habe ich mir noch angeschaut. Der war besonders gut. Da ist ein Facebook-Link hinterlegt. Ich habe gedacht, okay, kein Bild, aber ein Link. Das hat schon einmal funktioniert. Ich drücke auf den Link, und dann steht da zu lesen: Leider ist der Inhalt derzeit nicht verfügbar. –

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Jens Guth, SPD: Digitalexperte Baldauf!)

Lieber Herr Baldauf, das finde ich programmatisch. Ich glaube, mehr muss man dazu gar nicht sagen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Sie jetzt vielleicht, wie das früher im Sportstudio hieß, zu Hause an den Bildschirmen diese Debatte verfolgen: Was Sie da hören, ist das Bellen der getroffenen Hunde von der CDU-Fraktion. Nur damit Sie nicht denken, hier gibt es allgemeine Unruhe.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, es ist gut, sich anzusehen, wo wir in Rheinland-Pfalz jetzt zur Halbzeit der Wahlperiode stehen. Der SWR hat die Menschen dazu befragt und diese Woche Zahlen des SWR-Politrends veröffentlicht. Ich finde schon spannend, dass in diesen Zeiten, die durchaus auch unruhig sind – Herr Baldauf, da ist Ihre Analyse gar nicht falsch –

und in denen die Menschen fragen, wer denn den klaren Kompass hat, wo es denn sachliche Orientierung gibt, die Menschen sagen: In Rheinland-Pfalz bei der Ampelregierung gibt es das. Diese Mehrheit von 57 % der Menschen in Rheinland-Pfalz ist mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden oder gar sehr zufrieden – in diesen Zeiten, und die Zufriedenheitswerte sind noch einmal gestiegen.

Ich zitiere das nicht, weil ich sage, alles gut, selbstzufrieden werden, sondern ich sage ganz im Gegenteil: Ja, es ist gut, dass wir eine Landesregierung haben, die einen Plan und eine Idee von der Zukunft hat. Meine Damen und Herren, diese Idee von der Zukunft ist auch Ausdruck dieses Haushalts.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mich in den letzten Tagen und Wochen mit dem Thema „Heimat“ sehr stark beschäftigt. Ich habe schon den Eindruck, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz ein ganz positives Gefühl haben, wenn sie an ihre Heimat denken. Sie haben auch keinen exklusiven Begriff von Heimat. In Rheinland-Pfalz würde der gar nicht funktionieren. Wir waren schon immer Grenzregion.

Heute sagen wir, wir machen aus der damaligen Not eine Tugend und sagen, das ist eine europäische Kernregion, in der wir leben. Die Menschen wussten schon immer, Menschen kommen hinzu, werden integriert, und wir arbeiten zusammen an einer guten Zukunft.

Diese Landesregierung ist auch Ausdruck dieses Willens, Menschen einzubinden und Gemeinsamkeit zu schaffen. Darum passt auch diese Regierung in Rheinland-Pfalz zu dem Land wie das Hambacher Schloss, wie das Mittelrheintal, wie Karl Marx oder wie das Dubbeglas bei uns in der Pfalz, wie das Rheinland, wie Rheinhessen oder meine Heimat, die Pfalz.

Dieser Haushalt stärkt auch die Heimat aller Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer in Stadt und Land. Wir führen in diesen Tagen oft die Debatte, wie das mit den ländlichen Regionen ist, und meine Fraktion sehr intensiv. Wir sind in den letzten Wochen – bis heute eigentlich – unter dem Motto „Meine Heimat – Unsere Zukunft“ unterwegs gewesen.

Das war unsere Dialogkampagne. Wir sind in die ländlichen Regionen gegangen. Der „ländliche Raum“ ist übrigens ein furchtbarer Begriff. Es ist uns aber noch kein besserer eingefallen. Aber die Gemeinden und Städte im ländlichen Raum sind gemeint.

Wir sind unterwegs gewesen. Wir klopfen an die Türen. Die Menschen machen die Tür auf und fragen: Habe ich meine Wahlbenachrichtigung vergessen? Ist denn schon wieder Wahlkampf? Warum seid Ihr denn da? – Wir sind als Sozialdemokraten eben immer präsent. Da hören wir schon sehr genau, was so die Themen sind. Dazu will ich gleich gern noch etwas sagen.

Ich hatte in den letzten Tagen die Gelegenheit, beim SWR in dem Format „mal ehrlich...“ aufzutreten. Da ging es auch um das Thema „Sterben die Dörfer? Gibt es so etwas wie

eine Landflucht?“.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Waren eigentlich noch andere eingeladen, oder waren Sie alleine?)

– Ja, es waren auch noch andere eingeladen.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Das ist sehr nobel vom SWR!)

– Ja, das finde ich auch. Ich habe mich auch darüber gefreut, dass der Kollege Wäschenbach dort war. Also ich war als Abgeordneter da. Der Kollege Wäschenbach war als Bürgermeister Wäschenbach dabei. Ich sehe ihn jetzt heute nicht. – Ah, da ist er, Herr Kollege. Ich fand es beeindruckend, wie er als Bürgermeister gesagt hat – danke für den Zwischenruf, der mir die Gelegenheit gibt, das jetzt zu erzählen –,

(Abg. Uwe Junge, AfD: Wir helfen gerne!)

es gebe in Rheinland-Pfalz lebendige Dörfer und keine Landflucht. Ich hatte in der Sendung keine Gelegenheit mehr, dem CDU-Kollegen dafür zu danken, dass er der Landesregierung ein solches Lob ausspricht. Darum will ich es heute machen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD –

Abg. Martin Haller, SPD: Guter Mann, der Wäschenbach!)

Darum erzähle ich das. Es gab die Veröffentlichung einer Umfrage eines Forschungsinstituts, von infratest dimap. In einer repräsentativen Umfrage wurde gefragt: Wollen Sie gern auf dem Land leben? – Die Erwartung der Redaktion und des Moderators – das hat man deutlich gespürt – war, dass die allermeisten Menschen sagen: Nein, das ist zu schlecht im ländlichen Raum, da wollen wir eigentlich gar nicht leben, da wollen wir weg oder gar nicht erst hin. – Das Ergebnis war, dass diejenigen, die in Dörfern und Kleinstädten wohnen, zu 85 % dort bleiben wollen, und auch 45 % der Menschen, die in den größeren Städten leben, am Ende doch lieber im ländlichen Raum leben wollen.

Ich finde, das ist ein Ausdruck auch des Wunsches der Menschen, dass sie über alle Lebensphasen hinweg in Rheinland-Pfalz in den ländlichen Räumen Heimat, gute Infrastruktur und gute Lebensbedingungen finden. Ich bin der Meinung, dieser Haushalt gibt die Antwort auf diese Frage, die die Menschen uns stellen.

Lieber Roger Lewentz, ich nenne exemplarisch die über 45 Millionen Euro für die Dorferneuerung, die bei den Menschen und in ihrem Leben ankommen. Ich nenne die jährlichen Städtebaufördermittel, die in Städte und Gemeinden auch im ländlichen Raum fließen: 81 Millionen Euro, und zwar jeweils in den Haushaltsjahren. Ich nenne den Investitionsstock, der in den Jahren 2019 und 2020 jeweils über 43 Millionen Euro in insbesondere die Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden setzt.

Meine Damen und Herren, das ist unsere Antwort auf dieses Gefühl oder diese Frage: Tut Ihr genug für den ländlichen Raum? – Ja, dieses Zahlenwerk ist die harte

Antwort darauf.

Lieber Minister Dr. Wissing, für das Landesstraßenbauprogramm stellen wir 126 Millionen Euro im Jahr 2020 zur Verfügung. Natürlich ist es so – Herr Baldauf hat es angesprochen –, dass wir Ingenieure einstellen. Warum denn auch nicht? Irgendjemand muss ja die Straßen planen. Natürlich ist es so, dass sie zum Teil jung sind. Ich wüsste auch nicht, was dagegen spricht. Wer den Arbeitsmarkt kennt, wer weiß, wie die Konjunktur zurzeit aussieht, wer weiß, wie sehr stark auch freie Büros einstellen, der muss doch froh sein, wenn wir Menschen bekommen, junge Ingenieure, die von der Universität kommen, die vielleicht nur ein paar Jahre Berufspraxis haben, die sagen, ich will gern beim Land Rheinland-Pfalz arbeiten, um Berufserfahrung zu erreichen. Ich finde, das ist doch nichts Verwerfliches. Meine Damen und Herren, es zeigt im Gegenteil doch, dass wir es ernst meinen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Auch der Hinweis, dass wir das im vergangenen Jahr und Haushalt auch schon gemacht haben, ist keiner, bei dem ich irgendwelche Kritiken sehen kann. Ja, das heißt nichts anderes als, wir bleiben auf unserem Kurs, wir fahren die Investitionen hoch, und wir stellen die Menschen ein, die die Gelder dann auch verarbeiten können. Lieber Herr Baldauf, genau das ist unser Ziel. Sie haben es völlig zu Recht zusammengefasst.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Haller, SPD: Seriöse Politik!)

Wenn dann die Rede auf die Bundesmittel kommt, wird immer eine Mär erzählt, wir würden die Bundesmittel nicht abgreifen. Also ich weiß nicht, wie oft wir es im Landtag noch diskutieren müssen, bis wir einmal dieses gemeinsame Lernerlebnis haben, dass die Zahlen anders sind, als Sie sie beschreiben. Natürlich hat die Opposition die Aufgabe und damit auch das Recht, Dinge anders zu sehen als die Regierung und regierungstragenden Fraktionen.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Oh, danke schön!)

Aber die Opposition hat nicht die Aufgabe, Dinge anders zu sehen, als die Realität sie beschreibt. Darum will ich einfach einmal darauf hinweisen, dass wir in Rheinland-Pfalz in den letzten zehn Jahren,

(Zurufe von der CDU)

liebe Kollegen von der CDU, 293 Millionen Euro Bundesmittel über den eigenen Bedarf abgerufen haben: danke an den Landesbetrieb Mobilität, an die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort, danke an die Verkehrsministerien und all die, die Verantwortung hatten. Das ist das Ergebnis guter Verkehrspolitik in Rheinland-Pfalz und nicht das, was Sie sich selbst erzählen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Baldauf, ich weiß zwar, dass Sie das hier

erzählen. Ich weiß auch, dass Sie das in eigenen Pressemitteilungen immer wieder schreiben. Das Problem ist nur, Sie müssen auch etwas anderes lesen als die eigenen Pressemitteilungen. Im Zweifel bekommt man dann einmal ein bisschen Sachzusammenhänge sortiert.

(Beifall bei SPD und vereinzelt bei FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben das mit den Straßenausbaubeiträgen angesprochen. Das war jetzt der überraschende Move, wie man auf pfälzisch sagt. Da habe ich jetzt einmal einen Vorschlag.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Neidisch? –
Heiterkeit und Unruhe im Hause –
Abg. Alexander Licht, CDU: Jetzt muss er
erst nachdenken!)

– Ich muss etwas trinken.

Herr Baldauf, ich hoffe, ich komme niemals in die Situation, in der ich neidisch auf die rheinland-pfälzische CDU bin. Das hoffe ich.

(Beifall bei der SPD –
Abg. Christine Schneider, CDU: Trinkpause
hat nicht genutzt!)

Ich finde es gut, dass Sabine Bätzing-Lichtenthäler in der wichtigen Frage der Krankenhausfinanzierung ein klares Statement in diesem Haushalt setzen kann. Wenn wir es schaffen, auf bis zu 161 Millionen Euro zu kommen, was die Krankenhausfinanzierung angeht, dann ist der Haushalt nicht nur sozusagen in der Finanzarithmetik historisch, sondern auch in den inhaltlichen Aussagen.

Niemals zuvor hat eine Landesregierung mehr Geld für die wohnortnahe Krankenversorgung und Gesundheitsversorgung in die Hand nehmen können, als wir das in Rheinland-Pfalz tun. Das ist auch Politik für die Heimat, von Menschen und für den ländlichen Raum. Ich bin sehr froh, dass das gelungen ist.

(Beifall bei der SPD –
Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: So ist es!)

Wir sind mittendrin in der Umsetzung des Masterplans zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung. Das sage ich ganz klar: Wir müssen uns auch inhaltliche Fragen stellen. Ich glaube, dass wir in eine Gesundheitsversorgungslandschaft kommen – ein langer Begriff, aber Sie wissen, was ich meine –, die in Zukunft diese klaren Grenzen zwischen stationärer Seite und ambulanter Seite nicht mehr vorsieht.

Ich glaube, dass wir auch mit Blick auf die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten zu neuen Modellen kommen müssen, auch zu welchen, die wir hier schon diskutiert haben: Ärztegenossenschaften und vieles mehr. Aber natürlich ist es wichtig, dass wir auch die Medizinerinnen und Mediziner selbst ausbilden. Darum ist es gut, dass jetzt die Landarztquote und Landarzt offensive kommt und wir das auch an der Hochschule begleiten.

Ich weiß, dass Sie die Idee auch hatten. Das will ich ausdrücklich attestieren. Es ist doch gut, dass wir sie gemeinsam hatten.

(Unruhe bei der CDU)

– Aber Entschuldigung, Sie dürfen sich doch nicht darüber beklagen, dass ich das als Gemeinsamkeit feststelle, nachdem Herr Baldauf mit Tremolo in der Stimme zum Ende seiner Rede die Gemeinsamkeit angemahnt hat. Jetzt habe ich sie einmal aufgegriffen – gut, dass wir gemeinsam diese Idee haben –, jetzt ist das auch nicht gut. Was wollen Sie denn jetzt? Gemeinsam oder nicht?

Ich finde es gut, dass wir diesen Weg gehen, und ich finde es gut, dass wir gemeinsam unterwegs sind.

(Vizepräsidentin Astrid Schmitt übernimmt den Vorsitz)

Gemeinsam sind wir auch bei der Gemeindeschwester^{plus} unterwegs. Zumindest stelle ich das fest. Als wir sie eingeführt haben, waren wir noch nicht gemeinsam, da waren wir noch alleine unterwegs. Jetzt haben die Kolleginnen und Kollegen von der CDU vor Ort gemerkt, es funktioniert richtig gut. Die Gemeindeschwester^{plus} kommt gut an. Dann passiert das, was eben passiert. Ich begegne ganz plötzlich CDU-Kommunalpolitikern, die fragen: Wird die Gemeindeschwester^{plus} denn auch stetig durchfinanziert?

(Abg. Katrin Anklam-Trapp, SPD: Bekomme ich die auch?)

Da bin ich nicht so frei, dass ich sage: Frage doch einmal die CDU; denn sie hat im letzten Haushalt noch dagegen gestimmt! – Nein, ich sage: Ja, wir wollen sie weiter finanzieren. Wir werden auch dieses Projekt weiter finanzieren. – Das ist gut so. Manchmal muss ich in die eigene Fraktion sagen, dass wir auch in Berlin mitregieren.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Ach, Sie regieren noch mit in Berlin?)

So konnten wir garantieren, dass wir das Projekt im Präventionsgesetz des Bundes stetig durchfinanzieren. Die Gemeindeschwester^{plus} ist etwas originär Rheinland-pfälzisches, das wir eingeführt haben, das Heimat für Menschen und eine gute Gesundheitsversorgung garantiert. Gut, dass wir sie auch in diesem Haushalt mit hohen Beiträgen unterstützen können.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe etwas zum Thema „Breitband“ gesagt. Ich glaube, dass wir gut vorangekommen sind. Ich bin mir aber auch sicher, dass wir dann, wenn wir die 50 Mbit/s und mehr erreicht haben werden,

(Abg. Joachim Paul, AfD: Super!)

tatsächlich die Wege in die Gigabit-Zeiten aufzeigen müssen. Wirklich Sorgen mache ich mir aber über das Thema „Mobilfunkabdeckung in Rheinland-Pfalz“. Diese ist nicht gut. Sie ist nicht gut genug. Wir alle kennen die Erfahrung, dass wir dann, wenn wir unterwegs sind und mit jemandem am Telefon sprechen wollen, das Telefonat zehn- bis zwölfmal neu anfangen müssen.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Genau! Richtig!)

Darum schaue ich mit großer Aufmerksamkeit und leider auch mit ein bisschen Sorge auf die Ausschreibungsmodalitäten, die in Berlin auf den Weg gebracht werden, auch verantwortet durch das Bundesinfrastruktur- und Verkehrsministerium.

(Abg. Gabriele Wieland, CDU: Bundesnetzagentur!)

– Und der Bundesnetzagentur, natürlich, das ist richtig. Aber wer gestaltet das Thema denn gemeinsam? Das ist doch auch politischer Wille, liebe Frau Kollegin. Es kann doch nicht angehen, dass wir akzeptieren, dort, wo es der Industrie und den Unternehmen leichtfällt – in Hamburg, in Bremen und in Berlin –, zu sagen, da ist es okay, wenn sie die 99 oder 100 % bekommen, und dort, wo es etwas schwieriger ist, nämlich gerade in Rheinland-Pfalz im ländlichen Raum, zu sagen, es reichen auch 95 %.

(Abg. Joachim Paul, AfD: 27 Jahre dran!)

Ich habe wirklich die Sorge, dass wir am Ende im ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz zu den Verlierern gehören werden, wenn wir nicht aufpassen.

(Abg. Martin Haller, SPD: Das ist eine Bundeszuständigkeit!)

Darum sage ich, das muss ein Schwerpunktthema werden. Ich bin sehr froh, dass Malu Dreyer bei der 5G-Mobilfunkfrequenzvergabe gesagt hat, wir wollen das aus der rheinland-pfälzischen Warte heraus unterstützen.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Das Niveau von Serbien! Das ist die Wahrheit! –
Abg. Martin Haller, SPD: 12 Jahre CDU-Politik! –
Abg. Joachim Paul, AfD: Sie haben doch keine Ahnung!)

– Das Niveau von Serbien, Herr Paul. Danke für diese Selbsteinschätzung, lieber Herr Paul.

(Abg. Joachim Paul, AfD: So witzig ist das gar nicht!)

Ich muss Ihnen aber eines sagen: Das ist eben so. Wir haben einen bundesstaatlichen Aufbau. Er sieht nun einmal vor, dass die Bundesebene für diese Frage zuständig ist.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Es ist immer dasselbe Spielchen! Das kann nicht sein! –
Weitere Zurufe im Hause)

Wissen Sie, es ist nun einmal so.

(Abg. Jens Guth, SPD: Er versteht es eben nicht! –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Rufen Sie doch die Andrea Nahles an! Die kann doch alles!)

Darum können wir nicht anders, als uns in Rheinland Pfalz aufzustellen – hoffentlich gemeinsam – und dafür zu sorgen, dass es klare Versorgungsaufgaben bei der Ausschreibung gibt, der Ausbaubestand laufend kontrolliert wird und es auch Sanktionsmechanismen gibt, wenn nicht umge-

setzt wird, was besprochen wurde.

Ich finde, dass wir an dieser Stelle auch über die Zukunft der ländlichen Räume sprechen müssen. Die Mobilfunkfrequenzen sind die Infrastruktur der Zukunft. Es geht schon lange nicht mehr um das reine Telefonieren und um andere, ähnliche Dinge. Wenn wir in Zukunft das Streamen und anderes nicht möglich machen können, dann wird manches Gewerbe und mancher Privatbürger in der Zukunft im ländlichen Raum Schwierigkeiten bekommen. Darum geht es. Es geht um Wirtschaftsförderung und Förderung des ländlichen Raums.

Wir in Rheinland-Pfalz setzen uns dafür ein. Ich bin froh, dass wir auf Bundesebene – hoffentlich erfolgreich – die Ansprechpartner haben, was dieses Thema angeht.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, wer über Heimat spricht, muss auch den Blick über die eigenen Grenzen hinaus öffnen. Wir hatten gestern von Doris Ahnen deutlich gemacht bekommen – das fand ich in ihrer Rede beachtlich –, wie wichtig der europäische Kontext und wie wichtig Europa für uns ist, wenn es darum geht, gut zu leben, gut zu wirtschaften und Arbeits- und Ausbildungsplätze für die Zukunft zu haben.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir diese Feststellung, dass die geografische Lage unseres Landes dafür spricht, die persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen dafür sprechen, es Tatsache ist, dass wir ein ganzes Stück von den Fonds abhängig sind, wenn es darum geht, eigene Initiativen zu entwickeln und finanziell zu unterstützen – ich nenne den Europäischen Sozialfonds, aber auch die Strukturfonds –, gemeinsam treffen und wir an dieser Stelle auch Gemeinsamkeiten, die ich als vorhanden unterstelle, zusammen feststellen.

Wir hatten als Fraktion unsere Fraktionsklausur in Brüssel und haben – das möchte ich auch einmal als Sozialdemokrat sagen – beachtliche europäische Christdemokraten wie Günther Öttinger und Jean-Claude Juncker getroffen.

Ich möchte Ihnen einfach sagen – ich habe es mir nach gestern auch notiert –, wir waren froh, dass sie bei uns waren. Es waren Konservative von altem Schrot und Korn, die, glaube ich, einen klugen Vorschlag haben, wie sich Europa weiterentwickeln kann, und manche Sorge von uns teilen.

Als Doris Ahnen gestern gesagt hat, wie wichtig das für den Fortbestand unseres gemeinsamen Hauses Europa ist, hätte ich mir vorstellen können, dass die CDU an dieser Stelle einmal applaudiert, meine Damen und Herren. Das fand ich schon ein bisschen beachtlich, dass das gestern nicht gekommen ist.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da Sie von harten Einschnitten gesprochen haben, Herr Baldauf, möchte ich darauf hinweisen, dass wir diese schon im Personalbereich hatten. 2.000 Stellen abzubauen, sozial abgefedert, aber am Ende doch abzubauen, ist kein Pappentier. Das ist auch nicht banal.

Dass wir im Bereich der Besoldung auch Jahre hatten, in denen wir auf 1 % gedeckelt haben mit all den Diskussionen, die bei uns in unseren Bürgersprechstunden, in den Gesprächen mit Bürgern und Bürgerinnen, die selbst betroffen sind, angekommen sind, möchte ich auch nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Es ist gut, dass wir uns im Haushalt den Spielraum erarbeitet haben. Es ist gut, dass wir mit Blick auf die solide und kompetente Arbeit unserer Bediensteten in Rheinland-Pfalz quer über alle Bereiche hinweg deutlich machen können, in diesem Haushalt werden wir die Vorsorge dafür einrichten, dass die Steigerung von 2 % im Jahr 2019 auch 2020 möglich sein wird. Das ist eine wichtige Frage, wenn es darum geht, guter Arbeitgeber und guter Standort zu sein.

Natürlich ist irgendwann die Befürchtung dagewesen, dass der Bund oder Nachbarländer, die zumindest auf den ersten Blick – nicht mit Blick auf die Lebenshaltungskosten, aber auf den ersten Blick – besser bezahlen, uns irgendwann gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abspenstig machen. In dem Punkt haben wir klar Vorsorge getroffen. Deshalb hoffe ich, dass wir das gemeinsam hier feststellen können.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte etwas zum Thema „Kommunen“ sagen. Ja, natürlich ist das ein Thema, über das wir uns in diesem Landtag immer wieder austauschen. Ich glaube, niemand – selbst wenn er die Dinge kritischer sieht, als ich sie jetzt beschreiben werde – wird Malu Dreyer, unserer Ministerpräsidentin, absprechen, dass sie den intensiven Dialog mit den Kommunen quer über alle Politikbereiche immer wieder sucht.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Sie wollen Geld!)

Dass sie deutlich gemacht hat, dass wir dann immer auch über die finanzielle Ausstattung der Kommunen sprechen müssen, und zwar nicht nur rhetorisch, sondern wir das auch im Haushalt und im Landesfinanzausgleichsgesetz, also damit auch im kommunalen Finanzausgleich hinterlegen, kann man doch an allen Zahlen sehen.

Im Jahr 2017 hatten wir quer über alle kommunalen Gebietskörperschaften hinweg eine Saldo-Situation mit einem Überschuss auf der kommunalen Ebene von über 430 Millionen Euro, und zwar über alle Bereiche hinweg.

Da sind die Landkreise dabei – nicht alle, aber die Mehrzahl –, da sind die Ortsgemeinden dabei, die Verbandsgemeinden und auch die Städte.

Wir haben die Diskussion immer wieder geführt. Wenn wir die Beispiele der Landkreise, die einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können und in der Zwischenbilanz 2018 sagen, der nächste wird auch ausgeglichen sein, kommt immer wieder: Aber die Städte!

Wenn Doris Ahnen dann gestern die RHEINPFALZ zitiert – ich glaube, es war die RHEINPFALZ, Pirmasenser Ausgabe – und sagt, in Pirmasens wird festgestellt, wir haben

einen ausgeglichenen Haushalt, es ist kein Strohfeuer, sondern das wird auch in den künftigen Jahren so sein, das hat auch und vor allem etwas mit der neuen Schlüsselzuweisung zu tun, dann hätte ich mir gewünscht, dass wir uns gemeinsam darüber freuen, da damit die Möglichkeit geschaffen wird, dass die Kommune für die Menschen in Pirmasens gute Rahmenbedingungen setzt. Ich finde, das hätten wir auch gemeinsam so feststellen können.

Man muss aber natürlich Dinge auch feststellen, wenn dies möglich ist. Herr Baldauf, wir haben uns einmal angeschaut, wie Sie sich mit dem Thema der kommunalen Finanzen überhaupt auseinandersetzen. Sie haben das heute nicht so sehr mit Zahlen hinterlegt. Wir haben ein Interview von Ihnen gefunden, das Sie dem Fernsehsender SAT. 1 am 4. September 2018 gegeben haben. Sie haben sehr wortreich der Ampelregierung vorgeworfen, dass sie ihre Versprechungen nicht halten wird und den Kommunen nicht mehr Geld für den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellt würde.

Sie haben der Koalition vorgeworfen, sie würde etwas vorkaukeln. Sie haben auch von Mogelei gesprochen. Das sind Vokabeln, die man von Ihnen kennt.

Sie haben darauf hingewiesen, dass wir vor einigen Jahren den Kommunen zugesagt hätten, der kommunale Finanzausgleich wird um 800 Millionen Euro aufwachsen, und die 800 Millionen Euro bei den Kommunen nicht angekommen seien.

Lieber Herr Baldauf, nur wenn man es ganz arg nett meint, kann man diese Argumentation – es sind nicht 800 Millionen Euro bei den Kommunen angekommen, und insofern hat die Regierung nicht getan, was sie angekündigt hat – ernst nehmen, weil tatsächlich über 1 Milliarde Euro bei den Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich angekommen sind.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN! –
Abg. Michael Hüttner, SPD: Hört! Hört!)

1,3 Milliarden Euro seit dem Jahr 2013.

Wir setzen die Rahmenbedingungen auch mit Blick auf gutes Leben und gutes Lernen für unsere Kleinsten. Wer gestern den OECD-Bericht zur Kenntnis genommen hat, hat gesehen, dass er deutlich macht, wir sind insgesamt, liebe Steffi Hubig, noch nicht in Deutschland weitergekommen, was die Loslösung des Zusammenhangs zwischen der sozialen Situation der Eltern und dem eigenen Bildungserfolg angeht. Der kann sich doch immerhin darüber freuen, dass die Lösungen, die man bei der OECD für Bildungspolitikern in Europa und in Deutschland vorschlägt, in Rheinland-Pfalz schon lange bekannt sind.

Wenn ich lese „Beitragsfreiheit“, „Ganztagsangebote“, „Ganztagschulen“, dann sage ich: Wir in Rheinland-Pfalz können uns bestätigt fühlen, wir wollen diesen Weg weitergehen, und zwar von der Kindertagesstätte über die Schule – alle Schulformen – bis zur ersten universitären Ausbildung. Wenn uns gleichzeitig Bertelsmann vor einigen Monaten – –

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Nichts Neues!)

– Sie sagen, das ist nichts Neues. Aber ich möchte Ihnen sagen, dass es jeden Morgen, an dem Eltern aufstehen und ihre Kinder zur Schule bringen, für sie ganz wichtig ist, dass sie sich darauf verlassen können.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen sagen, das mag ja in Ihrem, in meinen Geldbeutel nicht wirklich das Fass aufmachen, aber für viele macht es über den Bildungsweg einen Unterschied, ob es 4.000 oder 5.000 Euro Differenz sind oder nicht. Deshalb sage ich ganz deutlich, ja, wir wollen das, weil wir als sozialdemokratisch geführte Landesregierung zu den Familien stehen. Wir wollen, dass die Beitragsfreiheit durchgesetzt wird; denn sie ist Sozialpolitik pur. Bertelsmann hat uns das bestätigt.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Ich freue mich, dass Sie so zynisch darauf reagieren, lieber Herr Kollege. Das „lieber“ habe ich jetzt aus Versehen gesagt. Herr Kollege, dass Sie so zynisch darauf reagieren, finde ich gut.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Wir lassen uns
doch nicht die Politik von Bertelsmann
diktieren!)

Es macht deutlich, wo die Unterschiede liegen. Wir werden an der Beitragsfreiheit festhalten. Sie wollen sie offensichtlich nicht.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben eine gute Unterrichtsversorgung. Sie liegt bei 98,7 %. Das ist ein sehr guter Wert. Wir arbeiten daran, dass wir auf 100 % kommen. Wir werden auch dadurch daran arbeiten, dass wir mehr Lehrerinnen und Lehrer als in der Vergangenheit einstellen. Wir werden 260 Lehrerinnen und Lehrer zum neuen Schuljahr obendrauf einstellen.

Schauen Sie sich die Situation an den Grundschulen an. Ich weiß, was Sie jetzt dazwischenrufen werden. Ich sage Ihnen aber, wir haben an den Grundschulen ein durchgehend gutes Lehrpersonal. Wir konnten alle einstellen.

Schauen Sie sich in der Nachbarschaft um. Schauen Sie sich in den CDU-geführten Bundesländern um. Sie würden sich die Finger danach lecken, dass sie eine solche Situation haben, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im Bereich der Inneren Sicherheit Schwerpunkte nicht nur mit diesem Haushalt gesetzt. Dass wir 2017 attestiert bekommen haben, zurückblickend auf die letzten 20 Jahren niemals eine bessere Kriminalstatistik zu haben als heute, dann ist das auch das Ergebnis von landespolitischen Maßnahmen.

Damit möchte ich gar nicht sagen, dass nicht jedes Verbre-

chen, egal, in welchem Bereich es angesiedelt ist, eines zu viel ist. Aber der Staat ist da. Der Staat ist auch im ländlichen Raum präsent durch die höchste Einstellungsrate, was die Polizei angeht, und durch eine gute technische Ausstattung der Polizei. Natürlich ist es gut, dass der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei – Sozialdemokrat, wie Sie dazwischengerufen haben; ja, das ist richtig, bei uns sind die Gewerkschafter Mitglieder der Sozialdemokratie, so ist es nun eben, sie sind nicht Mitglieder der CDU, das sagt auch etwas – gesagt hat, wir sind schon gut vorangekommen, aber es geht noch besser.

Wer das Gespräch mit den Gewerkschaften kennt – wir alle kennen das als Sozialdemokraten, das ist, mit Verlaub, nicht immer anspruchslos –, der weiß, es gibt keinen Gewerkschafter, der seinen Job versteht, der sagt: Jetzt kann ich meine Tätigkeit einstellen, jetzt kann ich die Gewerkschaft auflösen, weil wir alles erreicht haben. – Sie werden immer sagen, es geht ein bisschen mehr. Wir sind im Dialog und entwickeln auch gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei die Innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz weiter.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Er sagt nicht, ein bisschen mehr! Er sagt, das Organisierte Verbrechen lacht sich kaputt!)

Darum bin ich sehr froh, dass unser Innenminister Roger Lewentz an dieser Stelle gut vorangekommen ist, auch mit Unterstützung unserer Fraktionen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche gilt auch im Bereich der Justiz, in dem wir 50 zusätzliche Richterstellen und Staatsanwaltschaften, 23 zusätzliche Stellen im Bereich der Rechtspfleger und 30 Anwärterstellen einrichten. Wir haben zehn zusätzliche Stellen im Psychologischen Dienst auf den Weg gebracht. Das sind alles ebenfalls Schwerpunkte dieser Landesregierung.

Meine Damen und Herren, wir werden auch als Fraktion – heute ist die Einbringung, heute beraten wir zum ersten Mal den Haushalt der Finanzministerin – eigene Schwerpunkte setzen. Wir werden sie als Ampel gemeinsam setzen, und zwar so, wie sich das für uns gehört. Wir werden auch deutlich machen, dass wir als Haushaltsgesetzgeber mit viel Selbstbewusstsein an die Dinge herangehen.

Ich will einige Stichworte nennen, von denen ich glaube, dass wir uns damit als Ampelkoalition noch beschäftigen werden.

Das Thema „Politische Bildung“ wird wichtiger denn je. Jeder spürt das. Ich bin sehr froh, dass wir eine aktive und starke Landeszentrale für politische Bildung haben und sie auf neue Herausforderungen reagiert. Ich glaube, wir müssen weiterhin im Blick behalten, ob sie die Ausstattung hat, die sie braucht.

Ich bin froh, dass unser Landtagspräsident Hendrik Hering neue Wege geht, was die Bildungsarbeit des Landtags angeht, bis in den Bereich der Grundschulen hinein. Das ist toll, die Angebote sind hervorragend auf den Weg gebracht. Wir wollen uns auch da anschauen, ob wir ausreichende Ressourcen haben.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat einen Antisemitismusbeauftragten bestellt. Eigentlich muss man es einmal sacken lassen, dass es im Jahr 2018 notwendig ist, dass eine Landesregierung einen Antisemitismusbeauftragten bestellt.

Wir haben das hier in großer Gemeinsamkeit diskutiert. Ich bin froh über diese Gemeinsamkeit, und ich sage noch einmal: Antisemitismus ist immer noch die Geißel unserer Zeit. Es ist völlig egal, mit welchen kruden Zusammenhängen Antisemitismus begründet wird, ob er aus der gesellschaftlichen Mitte kommt, ob er faschistisch oder islamistisch begründet wird. Das ist völlig egal, Antisemitismus muss von uns klar begegnet werden.

Darum sage ich, der Antisemitismusbeauftragte ist installiert. Wir wollen schauen, ob seine Ausstattung so ist, wie wir denken, dass sie sein muss. Ich bin mir sicher – so wie wir den Antrag an dieser Stelle gemeinsam mit der CDU auf den Weg gebracht haben –, dass wir auch hier als Ampel das große Angebot zur Zusammenarbeit geben sollten.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir werden heute Nachmittag ein Urteil zum Thema „Dieselfahrverbot in Mainz“ bekommen. Es liegt am Wesen von Urteilen, dass wir es jetzt noch nicht kennen und insofern noch nicht bewerten können. Ich will Ihnen aber schon sagen, ich glaube, dass viele Menschen zu Recht mit dem Kopf schütteln, wie „die Politik“ – ich sage das jetzt einmal ganz so pauschal, wie Menschen mit dem Thema umgehen – mit dem Thema „Diesel“ umgegangen ist. Ich glaube aber, dass wir in Rheinland-Pfalz das Unsere dazu beigetragen haben, dass wir sachlich, sachorientiert und hinterlegt mit konkreten Maßnahmen reagieren.

Wenn ich mir das anschauere, haben wir seit Beginn der Dieselkrise – die eine Betrugskrise ist, in der die Industrie Verbraucherinnen und Verbraucher betrogen hat –,

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Ja, so ist es!)

hier in Mainz und in den anderen beteiligten Städten, mit den Maßnahmen, die wir zusammen mit den Kommunen ergriffen haben, schon einiges auf den Weg gebracht. Das ist dem Verwaltungsgericht vorgelegt worden. Wir hoffen, dass das bewertet wird. Dann zeigt sich, ob wir auf dem richtigen Weg sind. Nichtsdestotrotz wird uns diese Frage mit Blick auf die wirtschaftliche Betätigung in unseren Großstädten in Zukunft noch beschäftigen.

Dieser Haushalt trägt eine deutliche Ampelhandschrift, eine sozialdemokratische, eine liberale, eine grüne Handschrift. Wir werden uns in den Haushaltsberatungen austauschen, was noch zu optimieren ist, wo etwas fehlt oder vielleicht etwas verzichtbar ist.

(Glocke der Präsidentin)

Wir wollen das gemeinsam handhaben. Meine Damen und Herren, deshalb bin ich sehr froh, dass wir jetzt wieder in die wichtigste Phase des Parlamentarismus eintreten,

nämlich in den Austausch von Argumenten, in den Widerstreit auf Grundlage unserer jeweiligen grundsätzlichen Vorstellungen und in den Streit um die besten Lösungen für die Menschen in Rheinland-Pfalz.

Das ist übrigens, auch vor dem Hintergrund mancher Berichterstattung, die ich gelesen habe

(Glocke der Präsidentin)

– Frau Parlamentspräsidentin, das will ich schon noch sagen –, vor dem Hintergrund der Frage, wie sich die Landtage aufstellen, wie sich der rheinland-pfälzische Landtag aufstellt, die gute Chance, darauf hinzuweisen, dass wir ein selbstbewusster Landtag sind. Wir sind eben weit mehr als eine Schwatzbude, wie es manche versuchen zu erzählen,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie halten die Redezeit nicht ein! – Glocke der Präsidentin)

sondern wir sind selbstbewusste Abgeordnete. Wir wollen Vorschläge machen in diesen Haushaltsberatungen, die deutlich machen, wo unsere Rolle ist, meine Damen und Herren.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltend Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Fraktion der AfD hat der Fraktionsvorsitzende Junge das Wort.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Baldauf, Herr Schweitzer! Herr Baldauf, ich gehe nur kurz auf Ihre Rede ein, und ich muss feststellen, ja, Sie haben am Anfang eine Situation beschrieben, die ich, die wir durchaus teilen. Wenn ich Ihnen Böses wollte, würde ich sogar sagen: Sie schüren Ängste, und Sie spalten die Gesellschaft. – Das ist das, was wir immer hören, wenn wir die Lage realistisch beurteilen und ansprechen. Aber diese Lage ist auch ein Teil Ihrer Politik, die Politik Ihrer Kanzlerin, Herr Baldauf.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Das hat nicht einmal eine Minute gedauert! – Abg. Christian Baldauf, CDU: Ihr müsst Euch mal neue Textbausteine besorgen!)

– Ja, immerhin. Noch etwas Aktuelles – der Hahn: Ihr Beitrag heute Morgen zum Hahn war ein bisschen flach, Herr Baldauf. Wir sagen, er steht erneut unter Druck. Wir wollen wissen, ob es einen Plan B – den wir ganz bewusst bereits beim Kaufabschluss mit HNA gefordert haben – gibt. Wir werden das im Rahmen eines Berichtsantrags noch genauer erfragen.

Bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sind wir absolut bei Ihnen, Herr Baldauf. Dazu haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht. Ich freue mich sehr darauf,

wenn wir den gemeinsam verfolgen und möglicherweise gemeinsam weiterbearbeiten.

(Beifall der AfD – Abg. Christine Schneider, CDU: Mit Ihnen nicht, ganz bestimmt!)

Ich sage Ihnen – das hat mich dann auch schon interessiert –, wie denn so im Großen und Ganzen die Twitter-Nachrichten laufen. Herr Schweitzer, da habe ich auch bei Ihnen einmal reingeschaut. Eigentlich ist das nicht unser Niveau. Das wollen wir einmal ganz deutlich sagen.

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Und machen es trotzdem!)

In Ochtendung stellen Sie fest, dass Sie auch eine Disco-kugel haben.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, natürlich!)

Auch das hat nicht unbedingt etwas mit wirklich gehaltvoller Politik zu tun.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ui, der saß!)

Meine Damen und Herren, der von Ihnen, der Landesregierung, vorgelegte Haushalt offenbart ein unbeirrtes, munteres „Weiter so“. Exakt das, was unser Bundesland Rheinland-Pfalz zum jetzigen Zeitpunkt gerade nicht braucht. Herr Schweitzer, Ihre Rede war dafür ein bereiteter Beweis.

Er lässt jegliche Anstrengungsbereitschaft vermissen, die wichtigen Baustellen, die für jedermann offensichtlich sind, anzupacken. Die Landesregierung scheint in Verkennung der Realitäten das Notwendige einfach nicht sehen zu wollen.

Neben der Gesetzgebung ist die Einbringung, Behandlung und Verabschiedung des Haushalts eine der wichtigsten Handlungen, wenn nicht sogar die wichtigste Handlung dieses Parlaments. Keine andere Entscheidung der Legislative ist in der Lage, durch die gezielte Budgetierung der jeweiligen Einzelpläne mittelbar oder unmittelbar Politik zu gestalten und auf die Entwicklung von Gruppen, Verbänden und Einrichtungen massiv Einfluss zu nehmen.

Kurzum, mit Geld wird unmittelbar Politik gemacht und lassen sich auch gesellschaftliche Veränderungen steuernd beeinflussen. Gerade deshalb muss mit großer Sorgfalt, mit Bedacht und maximaler Transparenz gearbeitet werden.

Wie schon in den letzten Haushaltsberatungen immer wieder moniert, wirft auch dieser Entwurf erneut umfangreiche Fragen auf, die durch eine angemessene Transparenz hätten minimiert werden können. Genau darum geht es.

Wenn Sie diesen Haushalt durchsehen, finden Sie eine ganze Reihe von Haushaltszeilen, eigentlich in jedem Handlungsfeld, die kaum oder gar nicht erläutert werden. Die knappen, oft nichtssagenden Erläuterungen für zum Teil erhebliche Summen bei gleichzeitig sehr allgemeinen

Titelbezeichnungen sind schlichtweg eine Missachtung des Parlaments, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Zudem wird man den Verdacht nicht los, dass der eigentliche Zweck von Ausgaben hinter wirklich nebulösen Bezeichnungen verschleiert werden soll. Wir werden darauf in den Beratungen immer wieder zurückkommen und die Frage nach dem Warum stellen.

Immerhin gelingt es innerhalb des vorliegenden Entwurfs zum Haushalt, planmäßig einen positiven Finanzsaldo auszuweisen. Dieser beträgt 240 Millionen Euro im Jahr 2019 und 362 Millionen Euro im Jahr 2020. Es stellt sich aber dabei angesichts der Selbstbeweihräucherung der Landesregierung, die wir gestern gehört haben, die Frage, welchen substantziellen Eigenanteil die Landesregierung an dieser Entwicklung tatsächlich hat. Handelt es sich wirklich um das Ergebnis geglückter Konsolidierungsanstrengungen oder eben doch mehr um Glück, meine Damen und Herren?

Betrachtet man den Saldo genauer, so fällt auf, dass die Ausgaben sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite erheblich zugenommen haben. Im Einzelplan 20 wird bei den Einnahmen der einzelnen Steuerarten deutlich, dass man jeweils von enormen Steigerungen ausgeht.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das stimmt so!)

Insgesamt sollen laut Finanzplan die gesamten Einnahmen im Jahr 2017 um über 900 Millionen Euro und 2018 um über 700 Millionen Euro zunehmen. Wir wissen doch, dass diese Mehreinnahmen in erster Linie der guten Konjunktur zu verdanken sind, meine Damen und Herren. Das immer wieder angewandte Prinzip dieser Landesregierung von Glaube, Hoffnung und Zuversicht ist aber doch keine durchhaltetfähige Finanzstrategie; denn genau diese üppi-ge Kalkulation der Mehreinnahmen ist es, die den positiven Saldo letztlich zu verantworten hat, und eben nicht Ihre Finanzpolitik.

(Beifall der AfD)

Sie leisten sich, in typisch sozialdemokratischer Manier, einen kräftigen Schluck aus der Pulle; denn während Sie behaupten, dass das gute Ergebnis auf Ihre Konsolidierung zurückzuführen ist, nehmen die Ausgaben um ganze 3,4 % in 2019 und 3,5 % in 2020 zu. Es ist also ein finanzpolitischer Taschenspielertrick, in einem solchen Ausmaß Ausgabensteigerungen zu verursachen und im gleichen Atemzug von Konsolidierung zu sprechen.

Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass sich die durchschnittliche Zinsbelastung des Landes von etwa 4 % in 2009 bis heute etwa halbiert hat. Die im Kern für den deutschen Sparer eigentlich katastrophale Niedrigzinspolitik führt so zu einer jährlichen Haushaltsentlastung im dreistelligen Millionenbereich. Der Haushaltsüberschuss basiert also keineswegs auf den eigenen Anstrengungen, sondern ist nur das Produkt einer erheblichen und gewünschten Einnahmesteigerung, die die geplanten Ausgabensteige-

rungen überkompensieren soll.

Das ist Wunschdenken, meine Damen und Herren. Dieses Vorgehen wird in wirtschaftlich schwächeren Phasen nicht tragfähig sein, um den Haushalt langfristig auszugleichen. Es bleibt beim Prinzip Hoffnung, der Hoffnung, dass es möglichst lange so weitergeht.

(Beifall der AfD)

Ihr Landeshaushalt steht unter dem Motto „Steigende Investitionen, zuverlässige Sicherheit, starke Kommunen und ein gutes Zusammenleben“. Da muss man schon an sich halten, meine Damen und Herren. Das Phrasenschwein freut sich über reichlich Futter, wie bei „Wir schaffen das“, „Rheinland-Pfalz ist sicher“ oder „Stirbt der Euro, stirbt Europa“.

Gehen wir das einmal grob durch. Die Investitionen, sie liegen seit Jahren trotz steigender Einnahmen und niedrigem Zinsniveau sträflich tief im Keller und werden auch jetzt nur marginal angehoben. Dieses Land lebt trotz voller Kassen letztlich von seiner Substanz.

Eine zuverlässige Sicherheit? Noch nie war unser Land unsicherer als heute.

(Abg. Dr. Denis Alt, SPD: Es ist das Gegenteil der Fall!)

Es ist nicht sicher, wenn Frauen sich nachts nicht mehr auf die Straße trauen. Es ist nicht sicher, wenn Polizisten und Rettungskräfte angegriffen werden, und es ist nicht sicher, wenn die Opferzahlen steigen, meine Damen und Herren.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Nennen Sie mal den Münzenmaier, der die Leute überfällt und dafür verurteilt wurde! – Zuruf der Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das können Sie doch nicht mehr wegdiskutieren, Herr Schweitzer! Lassen Sie es doch sein! Gehen Sie doch nicht auf andere Dinge ein. Was hat denn Sebastian Münzenmaier jetzt damit zu tun? Mal wirklich, das ist doch völlig daneben.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Danke, dass Sie den Namen nennen!)

Das ist real, und die Menschen spüren das auch. Das können Sie nicht wegdiskutieren, das bekommen die mit.

(Beifall der AfD – Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD – Weitere Zurufe aus dem Hause)

Meine Damen und Herren, starke Kommunen, das ist doch angesichts der Debatten um Kommunalfinanzen an Dreistigkeit kaum noch zu überbieten. Exemplarisch darf ich auf die Änderungen des Landesfinanzausgleichsgesetzes verweisen, die gemäß einer Pressemitteilung des Landkreistags als Unverschämtheit bezeichnet und gegen den ausdrücklichen Willen aller kommunalen Spitzenverbände unnachsichtig und brachial, ohne auch nur ansatzweise

darüber nachzudenken, ob man etwas ändert, durchgesetzt wurden.

Die Kommunen, denen Sie immer mehr Lasten auferlegt haben und die gerade in der von Ihnen verursachten Krisensituation in den Jahren 2015 und 2016 Ihre Suppe haben auslöffeln müssen, die lassen Sie nun sträflich im Regen stehen.

(Beifall der AfD –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: So ist es!)

Das Motto, das Sie gewählt haben, macht erneut deutlich, wie weit Sie sich von diesem Land, seinen Kommunen und seinen Bürgern entfernt haben und in welcher Parallelwelt Sie offensichtlich leben.

Die Tatsache, dass man nun erstmals einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnte, macht aber auch noch einmal deutlich, wie lange diese Landesregierung über ihre Verhältnisse gelebt und einen riesigen Schuldenberg angehäuft hat. Gemäß des dem Haushalt beigefügten Finanzplans beträgt der Schuldenstand am Kreditmarkt 31,1 Milliarden Euro und soll bis zum Jahr 2023 auf gerade einmal 30,2 Milliarden Euro abgebaut werden. Die Höhe des Abbaus ist dabei aus unserer Sicht absolut unzureichend, meine Damen und Herren.

Statt sich, wie bereits beschrieben, Mehrausgaben von über 3 % pro Jahr zu gönnen, wäre es richtiger gewesen, die Verschuldung konsequent abzubauen, um die Last, welche Sie nachfolgenden Generationen und damit unseren Kindern auferlegt haben, wenigstens ein wenig zu reduzieren, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

In den letzten Jahren hat das Sicherheitsempfinden der Bürger durch die steigenden Gewalttaten krimineller Personen massiv gelitten. Eine größere Präsenz der Polizei vor allem im ländlichen Raum wäre daher wichtiger denn je. Die Ist-Stärke der Polizei ist jedoch seit 2014 rückläufig, wie Sie selbst in der Antwort auf eine Kleine Anfrage zugegeben haben. Ihre Planung für die gelobte Personalausstattung der Polizei bewegt sich entgegen Ihren Behauptungen, Herr Innenminister, bis zum Jahr 2021 auf der Wiederherstellung des Niveaus von 2009. Das ist bei Weitem nicht genug und sehr weit entfernt von einem zukunfts- und lageorientierten Ansatz, der die steigende Schutzbedürftigkeit unserer Bürger berücksichtigt.

(Beifall der AfD)

Rheinland-Pfalz gehört bekanntermaßen zu einem der unattraktivsten Bundesländer für Polizeibeamte. Benachbarte Bundesländer werden immer attraktiver, weil dort die Rahmenbedingungen des täglichen Dienstes und die Besoldung einfach besser sind.

Ein Grund könnte die Freie Heilfürsorge sein, die in vielen Bundesländern für Polizeibeamte gewährt wird, hier in Rheinland-Pfalz aber nur zum Teil. Sie stellt eine reale Einkommenserhöhung dar und ist auch eine Fürsorgemaßnahme für die Familien der Beamten. Wir sprechen hier immerhin von etwa 200 bis 300 Euro Entlastung im Monat.

Die Kostendämpfungspauschale für Beihilfeberechtigte ist insbesondere bei den unteren Besoldungsgruppen nicht nachvollziehbar und gehört einfach abgeschafft.

(Beifall der AfD)

Dass die Einkommenssituation unserer Polizeibeamten trotz gleicher Besoldungsgruppen von denen der Nachbarländer im Vergleich zum Teil deutlich abweicht, sollte auch der Vergangenheit angehören.

Wenn wir für Unterbringung und Versorgung – diesen Vergleich gestatte ich mir einfach – von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) ungerührt bis zu 5.000 Euro im Monat ausgeben, ohne im Einzelfall sicher zu wissen, ob sie wirklich minderwertig – nein, Entschuldigung, minderjährig – sind

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Eine
Grenzüberschreitung! Ekelhaft!)

– minderjährig sind –, sollten wir für unsere Polizei und ihre Familien eine angemessene Fürsorge walten lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Ich denke, dass wir das unseren Beamten, die tagtäglich ihren Kopf für uns hinhalten, schuldig sind.

Der Beförderungsstau von A 9 auf A 10 ist eigentlich eine Beleidigung und ein Ausdruck mangelnder Wertschätzung für jeden Polizeibeamten, der trotz der erbrachten Leistung horrende Wartezeiten durchgehen muss. Wir reden hier von unter 200 Euro vor Steuern. Von A 9 nach A 10 ist wirklich nicht der Sprung, aber eine Beförderung nach A 10 ist eine Wertschätzung. Meine Damen und Herren, für jeden UMA, der keiner ist, könnten wir 25 Beamte befördern. Das Geld wäre hier nach meinem Dafürhalten besser angelegt.

(Beifall der AfD)

Wir fordern Sie daher auf, sich nicht weiter für Ihre halbherzige Personalplanung selbst zu loben, sondern endlich spürbar mehr Polizisten auf unsere Straßen zu bringen. Das ist doch der entscheidende Punkt, um das Sicherheitsgefühl der Bürger zu verbessern.

Die Zielmarke von insgesamt 10.000 Beamten wäre auch nach Einschätzung der Polizei selbst eine aktuell angemessene Stärke angesichts der sich permanent verschlechternden Sicherheitslage.

Auch wenn Sie es immer bestreiten, so scheinen Sie insgeheim daran zu glauben, dass Rheinland-Pfalz immer sicherer wird. Nicht immer sicherer wird, dass seit Jahren im Haushalt die Ansätze für die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten steigen. Wenn wir es wieder schaffen sollten, den Schutzmann – ich sage ganz bewusst Schutzmann – auf den Straßen präsenter zu machen, dann haben Sie auch weniger Opfer von Gewalttaten, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Aber auch eine bestmögliche und moderne Ausrüstung

für den täglichen Dienst ist eine Form der Wertschätzung und der Fürsorge. Ein internetfähiges Handy – mir war gar nicht so klar, dass es das nicht durchgängig gibt, sondern das habe ich erst vergangene Woche beim Besuch einer Polizeiwache erfahren – und ein Einsatzlaptop für jedes Dienstfahrzeug sind dringend erforderlich, handelsüblich und relativ schnell zu beschaffen. Das sind die Sorgen der Beamten. Die haben nicht die Möglichkeit, vom Einsatz einmal ein Bild ins Polizeipräsidium zu schicken und eine Personenüberprüfung durchzuführen. Das hat mich erschrocken. Wenn wir uns auf diesem niedrigen Niveau befinden, dann brauchen wir über höhere Ausgaben doch im Grunde gar nicht mehr zu sprechen.

Auch so kann man den Dienst in Rheinland-Pfalz für junge Polizeianwärter attraktiver machen.

Lösen Sie endlich das permanente Problem der Einsatzfahrzeuge. Wir haben vor Kurzem die Gelegenheit gehabt, uns die Fahrzeuge anzuschauen, wenn sie voll ausgestattet sind. Handelsübliche Fahrzeuge, die nur mit Mühe die immer umfangreichere Ausrüstung aufnehmen können – daran ändern wir auch nichts, wenn wir von A4 auf A6 gehen –, sind eben nicht mehr zeitgemäß und müssen an künftige Bedrohungslagen angepasst werden. Es kann nicht sein, dass ich als Führer eines solchen Fahrzeugs erst aussteigen, im hinteren Fonds meinen Helm und meine Schutzweste suchen und dann in den Kofferraum kriechen muss, um dort meine Waffe zu finden. Meine Damen und Herren, das ist geradezu lächerlich.

(Beifall der AfD)

Unsere Polizei hat unsere Wertschätzung nicht nur bei Sonntagsreden verdient, sondern und vor allem durch signifikante und spürbare Verbesserungen von dienstlichen Rahmenbedingungen.

Wir fordern von unseren Beamten Treue, aber ich sage ebenfalls, diese Treuepflicht ist auch eine gegenseitige. Das muss auch in der Ausstattung und Versorgung unserer Beamten zum Ausdruck kommen.

Meine Damen und Herren, Sicherheit ist unmittelbare Daseinsvorsorge für unsere Bürger. Das betrifft nicht nur die Polizei, sondern auch unsere Feuerwehr und unsere Rettungskräfte. Beim Betrachten Ihrer Haushaltspläne zu diesem Bereich und angesichts Ihrer Lobeshymne zu den Leistungen dieser Männer und Frauen, die ich teile, kann man aber nur den Kopf schütteln. Sie spielen hier im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Feuer. Wie viele mahnende Worte unseres Landesfeuerwehrverbandes benötigen Sie denn noch, bevor Sie die dringend notwendige Trendwende endlich einleiten?

Wir haben das mehrfach im Plenum besprochen, aber getan worden ist nicht wirklich etwas. Wir haben im Plenum mehrfach die Personalsituation der Freiwilligen Feuerwehren angesprochen, die ehrenamtlich tätig sind. Das hat eine ganz andere Qualität und benötigt eine ganz andere Werbung. Wir haben über notwendige Nachwuchswerbung, über Ausrüstungsmängel und schließlich über die Ausbildungssituation an der Landesfeuerwehrschule in Koblenz gesprochen.

An der Schule haben Sie – das ist anzuerkennen – endlich auf öffentlichen Druck die dringend benötigten drei zusätzlichen Stellen geschaffen. Ansonsten bleiben alle Zahlen auf dem gleichen niedrigen Niveau, meine Damen und Herren.

Ich sehe keinen erkennbaren Mehraufwand insbesondere für mehr Lehrgänge oder mehr Ausstattung. Sie fahren hier eine Politik des „Weiter so“ und ignorieren die Fakten und die leider negative Entwicklung insbesondere im Hinblick auf die Nachwuchswerbung.

Anders als unsere Polizei leben unsere Feuerwehren in Rheinland-Pfalz vom ehrenamtlichen Engagement. Das wird von uns einfach so hingenommen. Wir sind es unseren Feuerwehren schuldig, sie mit guter Ausbildung und angemessener Ausrüstung maximal zu unterstützen. Meine Damen und Herren, die Feuerwehren brauchen uns nicht, aber wir brauchen die Feuerwehren.

(Beifall der AfD)

Die gebeutelten Kommunen habe ich schon angesprochen. Das ist eine weitere Baustelle in Ihrem Ressort, Herr Minister Lewentz. Wir hören die Unmutsbekundungen der Kommunen am laufenden Band, wahrscheinlich auch morgen wieder in der Anhörung. Objektive Dokumente belegen die missliche Lage, in der sich viele Kommunen befinden. Allen voran bestätigt das der renommierte Finanzwissenschaftler Professor Dr. Junkernheinrich. In seinem Gutachten stellt er fest, dass die Kommunen gemessen am Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer eine geringere Investitionstätigkeit in Höhe von 300 Millionen Euro aufweisen.

Die Kommunen fragen sich zu Recht: Was tut das Land für uns? – Wo ist Ihr Ansatz, die finanzielle Lage der Kommunen nachhaltig zu verbessern? Im Haushalt kann man lange suchen und wird nichts finden.

Statt sich der ernsten Lage der Kommunen anzunehmen, wird die Lage wieder einmal schöneredet oder weggeglächelt. Es wird auf eine vermeintlich gute Entwicklung der Kommunen verwiesen. Es werden aber die Augen davor verschlossen, dass die kommunalen Finanzen wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen werden, sobald die Rahmenbedingungen schlechter werden, und das werden sie notgedrungen früher oder später.

Wir werden im Zuge der Haushaltsberatungen Vorschläge vorlegen, die die Kommunen sowohl im Bereich der Schlüsselzuweisungen als auch im investiven Bereich finanziell besserstellen werden.

Meine Damen und Herren, wir können es uns durchaus leisten, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern; denn der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz geht es glänzend, wie Herr Wissing nicht müde wird zu betonen. Dennoch ist aber die Wachstumsrate inzwischen stark rückläufig. Sie lag im zweiten Quartal wieder unter dem deutschen Durchschnitt. Die weltwirtschaftlichen Unsicherheiten sind zudem inzwischen wieder gestiegen, nicht zuletzt wegen des von Angela Merkel provozierten Brexits und der nur mit Geld zugedeckten Strukturprobleme in der Eurozone.

(Heiterkeit des Abg. Christian Baldauf,
CDU)

In dieser Situation kann sich die Exportstärke der rheinland-pfälzischen Wirtschaft auch in ein Handicap verwandeln.

– Herr Baldauf, hören Sie zu, der Wohlstand kommt nicht von alleine.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Den Wohlstand zu bewahren ist noch schwerer, als ihn zu erwerben, Herr Baldauf. Das hat kein geringerer gesagt als Ludwig Erhard. Das galt damals genauso wie heute.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Angela
Merkel und Brexit!)

Meine Damen und Herren, es ist heute so wichtig wie schon lange nicht mehr, die heimische Basis der rheinland-pfälzischen Wirtschaft zu stärken und die Investitionen im Land anzukurbeln. Doch die Investitionsquote im Landeshaushalt soll 2019 gerade einmal 8,7 % betragen und wird daher eher fallen. Das ist nicht zukunftsweisend.

Wir hatten bereits vor zwei Jahren gefordert, den Anteil der Investitionen im Landeshaushalt schrittweise auf über 11 % zu steigern. Die mangelnde Investitionsbereitschaft der Ampelregierung zeigt sich vor allem in der Infrastruktur. Sie bleibt das Sorgenkind im Flächenland Rheinland-Pfalz, ob marode Brücken, Schlaglochpisten oder fehlende Breitbandanbindung, nicht zu reden von längst fälligen Neubauten, wie der Mittelrheinbrücke oder den Lückenschluss der A 1.

(Beifall der AfD)

Es ist schon richtig, dass Infrastruktur alleine noch kein Garant für eine wirtschaftliche Entwicklung ist, aber ohne die notwendige Infrastruktur fehlen eben auch die Voraussetzungen für alles andere.

Verkehrsinfrastruktur von Straßen, Schienen und Flüssen, die digitale Infrastruktur von Breitband und Mobilfunk sind dabei inzwischen gleich wichtig, insbesondere für den auch von Ihnen so viel beschworenen ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren, der Landesrechnungshof hat Ihnen amtlich bescheinigt, dass sich der Sanierungsstau bei den Landesstraßen mittlerweile auf 970 Millionen Euro summiert. Der Verkehrsminister erhöht den Etat für Landesstraßen um gerade einmal 2,8 bzw. 5,8 Millionen Euro. Herr Wissing, mit dieser Strategie werden Sie über 160 Jahre brauchen, um diesen Sanierungsstau aufzulösen. Da bleibt nur zu hoffen, dass Sie für eine weitere Amtszeit keine Gelegenheit mehr bekommen.

Darüber hinaus fallen einem die in der letzten Zeit überdurchschnittlich gestiegenen Straßenbaukosten ins Auge. Zuletzt betrug die Preissteigerung im Straßenbau 5,6 %. Die müden Steigerungen des Etats für den Landesstraßenbau reichen noch nicht einmal aus, um diese Kosten auszugleichen. Auch bei den Kreis- und Gemeindestraßen gibt es einen enormen Sanierungsstau. Hier waren Ihre Antworten auf unsere Große Anfrage im Juni zu diesem

Thema sehr aufschlussreich; denn demnach müssten – müssten! – 54 % der Kreisstraßen sofort oder sehr bald saniert werden. Was tun Sie?

Der schnellste Weg, bei den Kreis- und Gemeindestraßen zu einer signifikanten Verbesserung zu kommen, wäre, den Gemeinden mehr Geld bei weniger bürokratischen Auflagen zu geben. Das aber kommt nicht ansatzweise in Ihren Gedankenmodellen vor.

Rheinland-Pfalz ist das Land der Funklöcher und der langen Downloadzeiten. Was für den normalen Nutzer ärgerlich ist, ist für die mittelständische Wirtschaft ein Kostenfaktor und ein echter Wettbewerbsnachteil.

(Beifall der AfD)

Speerspitzen des digitalen Zeitalters kommen schon seit Langem aus den USA und immer mehr auch aus China, wie Amazon, Facebook, Alphabet, Google, Alibaba und dergleichen. Deutschland wird in den Schlüsseltechnologien von morgen zunehmend abgehängt. Rheinland-Pfalz ist dabei der letzte Wagen am Bummelzug des Fortschritts.

So liegt Rheinland-Pfalz bei der Anmeldung von Patenten bezogen auf die Einwohnerzahl weit unter dem deutschen Durchschnitt.

Andere Nationen planen systematisch die Technologieführerschaft und definieren Schlüsseltechnologien. Estland ist uns in der Digitalisierung weit, weit davongeeilt. Und Rheinland-Pfalz? Die von der Landesregierung vorgestellte Digitalstrategie wirkt eher wie ein Kessel Buntes. Für jedes Ressort ist etwas dabei; die aufgelisteten Projekte reichen vom digitalen Fitnessarmband bis hin zu einem mit 1.000 Euro dotierten Ideenwettbewerb – lauter Kinkerlitzchen nach dem Motto „Schauen wir mal, wir tun schon was“. Nicht dabei ist aber zum Beispiel ein offensives Programm für den Breitbandanschluss von Gewerbegebieten.

Das ist nicht der große Wurf, und eine eigene Handschrift der Ministerpräsidentin ist auch nicht zu erkennen, meine Damen und Herren. Die Digitalisierung ist sicherlich eine Querschnittsaufgabe. Insofern ist es auch nachvollziehbar, dass in fast allen Einzelplänen des Regierungsentwurfs Ausgaben für die Digitalisierung vorgesehen sind. Doch ohne klare Prioritätensetzung nach dem Motto „Nicht kleckern, sondern klotzen“ und ohne ein strategisches Vorgehen in der Technologiepolitik wird auch noch der letzte Wagen des Bummelzugs abgehängt werden, meine Damen und Herren.

Streichen Sie endlich diese Energieagentur, das entbehrliche Arbeitsbeschaffungsprogramm für rot-grüne Ökofreunde, und machen Sie eine starke Digitalagentur daraus, meine Damen und Herren. Das würde zukunftssichernd Sinn machen.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, kommen wir zu einem der Schwerpunktthemen unserer Fraktion, der Bildung.

(Heiterkeit des Abg. Marco Weber, FDP)

27 Jahre rote Bildungspolitik haben dazu geführt, dass viele unserer Kinder die Grundschule ohne Grundbildung verlassen, also die Kernziele dieser elementaren Ausbildungsstufe einfach nicht erreichen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Hört, hört! So ist das!)

Der IQB-Bildungstrend 2016 hat leider eindrucksvoll nachgewiesen, dass unsere Kinder am Ende der 4. Klasse erhebliche Mängel im Lesen, Schreiben und Rechnen haben. Was Sie allein damit dieser Generation angetan haben, ist kaum wiedergutzumachen.

Die fehlgeschlagene Politik dieser Landesregierung mit den weitreichenden Folgen beginnt bereits bei der frühkindlichen Bildung und zieht sich wie ein roter Faden durch die Grundschulen, weiterführenden Schulen, die berufliche Bildung und die Universitäten. Sie wollen frühe Bildung für alle Kinder? Ich sage Ihnen, Kinder unter 3 Jahren brauchen keine politische Bildung, sie brauchen vor allem Bindung, Bindung an Vater und Mutter, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Die Bindungs- und Hirnforschung weist immer wieder darauf hin, eine nachhaltige Bildungsarbeit baut auf einer Bindung auf, die Kinder in den ersten Lebensjahren mit ihren Eltern entwickelt haben.

(Abg. Michael Frisch, AfD: So ist es!)

Deshalb wollen wir, dass eben nicht einseitig in den Ausbau der Kindertagesbetreuung investiert wird. Das beste Betreuungsverhältnis haben die Kinder nämlich in ihrer natürlichsten Umgebung, und die nennt sich immer noch Vater und Mutter, Familie, meine Damen und Herren. Unsere Eltern sollen deshalb frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder in den ersten Lebensjahren zu Hause selbst erziehen wollen oder nicht.

Um diese Wahlfreiheit nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu ermöglichen, werden wir in den Haushaltsberatungen erneut Vorschläge einbringen, wie wir Familien unterstützen können, die keinen Kitaplatz in Anspruch nehmen wollen. Das ist ihr gutes Recht, Stichwort „Landeserziehungsgeld“ – das kam eigentlich einmal von Ihnen.

(Beifall der AfD)

Was wir aber definitiv ablehnen, ist die in diesem Alter völlig überfordernde Förderung der Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung. Nicht, dass wir etwas dagegen hätten, aber in Kindertagesstätten, bitte schön, hat das wirklich noch nichts zu suchen, meine Damen und Herren!

(Abg. Joachim Paul, AfD: Die Kinder sollen spielen! Keine Ideologie!)

Warum nicht gleich – ich überziehe jetzt ein bisschen – ein paar stramme Lesungen aus dem Kommunistischen Manifest von Marx und Engels oder dem Wahlprogramm der Grünen, garniert mit ein paar Antifa-Parolen?

(Beifall der AfD –
Heiterkeit bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Spaß beiseite. Unsere Kleinsten sollen spielen, singen und auch einmal toben können, und sie sollen ihre Fähigkeiten spielerisch entwickeln können dürfen. Politische Indoktrination für unsere Kinder lehnen wir, im Übrigen auch an unseren Schulen, entschieden ab.

(Beifall der AfD –
Abg. Joachim Paul, AfD: Genau! Richtig!)

Ein weiteres ideologisches Steckenpferd der Landesregierung ist das Programm „Medienkompetenz macht Schule“

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Ja, super!)

– es kommt locker daher –, das nun massiv auf die Grundschulen ausgedehnt werden soll. Meine Damen und Herren, die Digitalisierung ist ohne Zweifel ein ganz wichtiges Thema, dem wir uns natürlich auch stellen wollen und das auch gefördert werden muss. Aber doch bitte nicht an den Grundschulen, meine Damen und Herren. Ich finde es jetzt schon erschreckend, wie manche Erwachsene ohne Handy völlig orientierungslos erscheinen, mit Handy unter Missachtung ihrer Umwelt nur noch durch Menschenmengen irren und dabei anscheinend vereinsamen. Also, lassen Sie unseren Kindern doch bitte in dieser frühen Entwicklungsphase

(Abg. Giordina Kazungu-Haß, SPD: Da spricht der Fachmann!)

die Möglichkeit, mit anderen zu kommunizieren, und das von Angesicht zu Angesicht.

(Beifall der AfD)

Bringt unseren Kindern besser Lesen, Schreiben und Rechnen bei und vermittelt ihnen soziale und emotionale Kompetenz, anstatt sie immer mehr und immer früher der digitalen Welt von Tablets und Computern auszusetzen. Wir werden unsere Zustimmung für die dafür vorgesehenen Mittel natürlich nicht geben.

(Abg. Martin Haller, SPD: Das ist uns herzlich egal!)

– Ich weiß, aber Mehrheiten verändern sich. Schauen Sie nach Bayern, das ist Ihre Zielvorstellung: 9,7 %!

(Beifall und Heiterkeit der AfD –
Abg. Jens Guth, SPD: Schauen Sie in Ihre eigene Fraktion! Die Hälfte wählt Sie nicht!
Kehren Sie in Ihrer eigenen Fraktion!)

Ich habe nicht vergessen, wie Herr Schweitzer hier stand und sagte, Mehrheiten entscheiden. – Warten Sie ab, bis ich das hier sagen werde.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD –
Abg. Jens Guth, SPD: Dann sind Sie nicht
mehr dran! Dann sind Sie abgewählt, Herr
Fraktionsvorsitzender! –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das war
Ihre Mehrheit, die gerade geklatscht hat! –
Weitere Zurufe von der SPD –
Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Glocke der Präsidentin)

– Ja, ja, ja, ich weiß, das können Sie nicht vertragen. Sie
sind auf dem Sinkflug, ich bin längst am Ziel. Schauen wir
einmal, wie es weitergeht.

(Heiterkeit bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Abg. Jens Guth, SPD: 50 % Ihrer Fraktion!
Die Hälfte wählt Sie nicht mehr!
Lächerlich! –
Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD –
Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, eine Standardfloskel in nahezu
jeder Rede unserer Ministerpräsidentin – natürlich neben
dem „Kampf gegen Rechts“ – ist das Hohelied auf die
duale Ausbildung und der beklagenswerte und angeblich
überraschend über uns gekommene Fachkräftemangel.

(Zuruf von der Landesregierung)

Richtig ist, Handwerk hat in der Tat auch heute noch gol-
denen Boden. Deutschland ist ein Industrieland, und Fach-
kräfte, meine Damen und Herren, fallen nicht vom Himmel,
sie kommen auch nicht über die Grenze.

Aber dann fragt man sich verwundert, warum die Landes-
regierung 2020 an den berufsbildenden Schulen 20 Stellen
abbaut, aber nur zehn neue Stellen schafft, was unter dem
Strich ein Minus von zehn Stellen ausmacht. Das kann
doch wohl nicht wahr sein, meine Damen und Herren!

(Abg. Joachim Paul, AfD: Anspruch und
Wirklichkeit!)

Das hat nichts mit „Bildungsoffensive“ zu tun. Wir wissen
doch, dass gerade an den berufsbildenden Schulen drin-
gend zusätzliche Lehrkräfte benötigt werden. Mittlerweile
muss man in Deutschland im Schnitt zehn Wochen auf
einen Handwerker warten, fast jede zweite Firma hat in-
zwischen Probleme, offene Lehrstellen mit Fachkräften zu
besetzen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, weil
es der Wirtschaft so schlecht geht! Das
Gegenteil ist der Fall!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen dringend mehr
nicht akademische Fachkräfte. Wir müssen endlich nach-
haltig die berufliche Bildung stärken, um letztlich unseren
Wohlstand zu erhalten.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, das tun nämlich die, die wirklich
etwas schaffen und nicht nur darüber nachdenken. „Meis-
ter statt Master“ gilt für uns immer noch.

(Beifall der AfD –
Abg. Joachim Paul, AfD: Genau!)

Nebenbei, das war ja Ihre große Hoffnung, aber Ihre Asyl-
bewerber als angebliche Fachkräfte werden weder die Qua-
lität noch die Quantität und schon gar nicht die Mentalität
für den deutschen Arbeitsmarkt liefern können. Auch das
ist mittlerweile klare Erkenntnis. Eine gefährliche Utopie,
genauso gefährlich wie Ihr ganzes sozialistisches Weltbild,
meine Damen und Herren.

Wir haben inzwischen eine Situation erreicht, in der wir
viele junge Menschen haben, die zwar zu einem Studium
berechtigt sind, denen aber oft die tatsächliche Studierfä-
higkeit fehlt. Das wird dann mit allerlei teuren Stütz- und
Vorbereitungskursen versucht auszugleichen, und wo das
Niveau nicht erreicht wird, senken wir eben das Niveau
und drehen es uns so hin, wie wir es gerade brauchen.
Eine dramatische Fehlentwicklung, wie wir finden, denn
aus potenziell guten und gesuchten Handwerkern werden
durch diese Politik weniger gesuchte Akademiker in befristeten
Arbeitsverhältnissen oder in fremden Berufen, meine
Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

So richtig sinnfrei sind die vielen Gender-Lehrstühle, die
wir in Mainz und Trier unterhalten und hoffentlich bald kom-
plett abschaffen werden. Um es mit den Worten meiner
Parteifreundinnen Beatrix von Storch zu sagen

(Unruhe im Hause)

– in meinem Redemanuskript steht: großes Raunen; es
freut mich, dass Sie auch so reagieren –, die aber durch-
aus etwas Richtiges gesagt hat, nämlich: „Geschlecht
ist ein angeborenes, biologisches Schicksal und keine
Lifestyle-Entscheidung verwirrter“ – grüner – „Akademi-
ker“, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD –
Abg. Joachim Paul, AfD: Genau so ist es!)

Diesen unwissenschaftlichen Quatsch braucht unser Land
nun wirklich nicht; einfach streichen, das Geld bitte für
Sinnvolleres ausgeben.

Kommen wir zur medizinischen Versorgung. Auch das war
heute ja schon Thema. In den letzten Haushaltsberatungen
wurde von unserer Fraktion der Antrag gestellt, die
Mittel zur Förderung der medizinischen Versorgung im
ländlichen Raum aufzustocken. Das ist nun fast zwei Jahre
her, und wir führen in diesem Haus immer noch Grund-
satzdiskussionen, meine Damen und Herren.

Es ist seit zwei Jahren nicht einmal im Ansatz ein trag-
fähiges Konzept erarbeitet worden, wie die medizinische
Versorgung auf dem Land verbessert werden könnte. In
diesem Haushalt sind keine Budgets erkennbar, die ver-
muten lassen, dass sich an dieser Situation irgendetwas
signifikant verändern würde. Die Kliniken in diesem Land,
allen voran die Universitätsmedizin, haben entweder hohe
Investitionsstaus oder hohe Schulden oder beides. Nach Ih-
rem Haushaltsentwurf wird sich an diesem Zustand nichts
ändern.

Wie sieht es nun bei der Sozialpolitik, also dem ehemals sozialdemokratischen Kernthema aus? Eine der großen Aufgaben des Sozialministeriums wird die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes werden. Der Entwurf der Landesregierung für ein Landesgesetz zur Ausführung des Bundesteilhabegesetzes sieht künftig eine geteilte Trägerschaft im Bereich der Eingliederungshilfe vor. Diese soll für minderjährige Menschen mit Behinderung bei den Kommunen, im Übrigen beim Land liegen, wobei die Kommunen für die Durchführung herangezogen werden sollen.

Dies – man mag es ja gar nicht „Lösung“ nennen – bedeutet aber für die rheinland-pfälzischen Kommunen, dass sie neben den Kosten der Eingliederungshilfe, die sie vollumfänglich alleine tragen müssen, jetzt noch zusätzlich 50 % der Kosten der Eingliederungshilfe für alle anderen Menschen mit Behinderung sowie 100 % der anfallenden Verwaltungskosten tragen müssen.

Dabei ist seitens der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Rheinland-Pfalz im Rahmen des Anhörverfahrens in der 20. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses noch einmal ganz deutlich herausgestellt worden, dass hier künftig mit deutlichen Mehrbelastungen zu rechnen ist, sei es durch die Neuregelung der Einkommenssätze oder durch die weitere Anhebung der Vermögensfreigrenzen und die Erweiterung der Leistungen zum 1. Januar 2020, den erhöhten Personalaufwand durch Prüf- und Berichtspflichten, die Individualabrechnungen, die Verhandlungen von Rahmenvereinbarungen und die Neuregelung des Gesamtplan- und Teilhabeverfahrens oder die zusätzlichen Aufgaben der Bedarfsplanung und Angebotssteuerung. All das geht an die Kommunen, meine Damen und Herren.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf für ein Landesgesetz wälzt das Land wieder einen Großteil der Kosten auf die rheinland-pfälzischen Kommunen ab. Unfassbar finde ich das, und die Kommunen im Übrigen auch. Einerseits betont die Landesregierung stets ihre Vorreiterrolle, wenn es um die Rechte, die Teilhabe und die Verbesserung der Lebensverhältnisse geht, und betont auch immer wieder, dass es sich hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. – Ja, das ist richtig. Wenn es aber um die konkrete Umsetzung und insbesondere die Kosten geht, dann stiehlt sich die Landesregierung nur zu gerne aus der Verantwortung, wie die beabsichtigte künftige Regelung deutlich macht.

Wieder belastet die Landesregierung die Kommunen und lässt sie allein. Zumindest muss die Landesregierung die Verwaltungskosten, die den Kommunen bei der Erfüllung der Aufgaben des Landes entstehen, erstatten. Ich denke, das wäre einfach nur anständig, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Wenden wir uns dem viel beschworenen ländlichen Raum zu. In seinen Ausführungen zur Finanzierung eines Markenaufbaus sprach Herr Professor Dr. Kreilkamp im Rahmen einer Anhörung der Enquete-Kommission „Tourismus“ im März von jährlichen minimalen Einführungskosten allein für eine Dachmarkenkampagne von rund 5 Millionen Euro. Das erscheint üppig, aber ist wohl erforderlich. Wieso aber

glauben Sie, dann mit einer Summe von rund 4,2 Millionen Euro eine Dachmarke und auch noch die neue Tourismusstrategie 2025 im Haushalt 2019 erfolgreich umsetzen zu können? Wieder eine dieser finanzpolitischen Utopien, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Kommen wir zum Breitbandausbau in Rheinland-Pfalz. Selbstverständlich unterstützen wir den Breitbandausbau, bei dem seit 2011 durchaus Fortschritte erzielt wurden.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Wir haben diesen Weg erst im August 2017 mit unserem Antrag zum Sonderprogramm zur Stärkung des ländlichen Raums beschritten. Jedoch erleben wir von Herrn Minister Wissing bisher vor allem schöne Worte und Versprechungen wie das Sonderprogramm zur ländlichen Entwicklung,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Und das nur, wenn er da ist!)

von dem noch nichts Konkretes in Erfahrung zu bringen ist.

Auf der einen Seite sollen tatsächlich für die Breitbandversorgung nur rund 16 Millionen Euro per anno ihren Weg in den Haushalt 2018/2019 finden. Auf der anderen Seite zünden Sie mit Ihrer Verpflichtungserklärung in Höhe von immerhin 565 Millionen Euro ab 2021 eigentlich eine Nebelkerze, die unkonkreter nicht sein kann.

Seien Sie sicher, wir werden für die Bürger ein wachsames Auge auf Ihre großen Versprechungen legen und dies auch öffentlich anzeigen und kommentieren, so, wie es die Kontrollaufgabe der Opposition vorsieht.

(Beifall der AfD)

Ich finde es schon bemerkenswert, dass meine beiden Vorredner nicht mit einer Silbe einen der größten Kostenfaktoren, die wir derzeit haben, angesprochen haben. Es ist Ihnen wahrscheinlich unangenehm, aber mir nicht. Ein großer Kostenfaktor, der so unnötig ist in Teilen wie ein Kropf, entsteht durch die Auswirkungen Ihrer völlig fehlgeschlagenen Asyl- und sogenannten Integrationspolitik, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Es ist doch klar, dass das kommt, Herr Braun. Was haben Sie denn gedacht?

Frau Schellhammer, ich weiß, wer über Asylkosten auch nur zu sprechen wagt, hat sich allein schon dadurch als lupenreiner Rassist qualifiziert. Dennoch kann ich es Ihnen nicht ersparen. Das sind hart verdiente Steuergelder, meine Damen und Herren, und gehören nicht Ihnen, sondern dem Steuerzahler, also dem Bürger.

214 Millionen Euro erhielten die Kommunen im Jahr 2017 aus dem Landeshaushalt für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern in Rheinland-Pfalz. Weitere 185 Millionen Euro wurden für die Betreuung von rund

2.700 unbegleiteten minderjährigen Ausländern aufgebracht, mit Abstand die größte Ausgabenposition im Haushalt des Integrationsministeriums. Ob sie alle minderjährig waren, wissen Sie nicht, weil Sie es nicht medizinisch überprüfen lassen, Frau Spiegel. Hier nehmen Sie den Betrug am deutschen Steuerzahler einfach billigend in Kauf.

(Beifall der AfD –
Abg. Joachim Paul, AfD: Genau!)

In beiden Fällen überstiegen die tatsächlichen Kosten letztlich den ursprünglichen Plan sogar um mehr als das Doppelte. Sie machen genau so munter weiter. Für das laufende Haushaltsjahr haben Sie bereits zusätzliche 27 Millionen Euro für die UMA-Betreuung beantragt. Auch in den Jahren 2019/2020 sollen die Ausgaben auf diesem hohen Niveau bleiben, obwohl doch eigentlich die Anzahl derer, die kommen, immer geringer wird, habe ich mir sagen lassen, jedenfalls von Ihnen. Von nachträglichen Mehrkosten, die hier zu erwarten sind, ganz zu schweigen. Diese weisen Sie nämlich erst gar nicht aus.

Meine Damen und Herren, ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Die rheinland-pfälzischen Bürger und Steuerzahler sollen sich eben nicht unnötig sorgen und sich kein objektives Bild von der wahren Dimension der Asylzuwanderung machen. Das ist die Absicht, die dahintersteckt. Keine Sorge, diesen blinden Fleck schließen wir sehr gerne, wenn Sie nun behaupten, diese Zahlungsverpflichtungen seien durch Asylzuwanderung unvermeidlich entstanden. Die Unsummen hätten in ihrer astronomischen Höhe erst gar nicht zu entstehen brauchen, meine Damen und Herren. Sie sind vor allem das vorhersehbare Ergebnis der verfehlten und unverantwortlichen Masseneinwanderungspolitik und Ihrer Abschiebeverweigerung.

(Beifall der AfD)

Ministerin Spiegel, allen voran geht es offensichtlich nicht wirklich um die Begrenzung und Steuerung von Migration, womit auch eine Kostensenkung erreicht werden könnte. Vielmehr sollen durch staatliche Anreize und Förderungen Tatsachen geschaffen werden, die die heimische Bevölkerung gefälligst zu akzeptieren hat. Wer es wagt zu kritisieren, der sieht sich unversehens als fremdenfeindlich oder gar als Rassist diffamiert.

Wir reden über Geld. Ja, wir reden auch über Menschen. Natürlich haben wir eine Verpflichtung, Asyl zu gewähren. Aber wir haben auch eine Verpflichtung unseren Bürgern gegenüber, zu vielem Geld und einem Missbrauch des Asylrechts entgegenzutreten.

Die einfachste Möglichkeit, Kosten für Asyl und Integration zu senken – da werden Sie mir nur sehr ungern zustimmen –, ist es, die Zahl der Leistungsbezieher deutlich durch Abschiebung zu reduzieren. Dazu gibt es im Wesentlichen drei einfache Wege: den Zuzug ins Asyl- und Sozialsystem eindämmen, die Abschiebung abgelehnter oder straffällig gewordener Asylbewerber intensivieren, das geltende Asylrecht konsequent zur Anwendung bringen und den Missbrauch verhindern. Alles rechtsstaatlich und legitim zum Wohle unserer Bürger. Aber das wollen Sie nicht,

meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Auch im Jahr 2018 haben wir es mit einem anhaltenden Zustrom von Neuankömmlingen zu tun. In den ersten Monaten des Jahres stellten rund 142.000 Menschen einen Asylantrag in Deutschland. Diese Tatsache kann eigentlich niemanden überraschen; denn in den vergangenen Monaten haben Sie trotz einiger Entspannung der Asylsituation weder Zuzugs- noch Bleibeansätze minimiert oder vermindert. Nach wie vor gilt der Satz: Wer es nach Deutschland schafft und einen Asylantrag stellt, erhält Unterbringung und Komplettversorgung nebst Betreuung und individueller Förderung zum Nulltarif, meine Damen und Herren, und das unabhängig davon, ob er Aussicht auf ein Bleiberecht hat oder kriminell geworden ist. Völlig egal.

Wir gehen als naives Gastland in Vorschussleistung. Schauen Sie sich einmal Kanada und Australien an, wirklich demokratische Länder. Dort wäre so etwas völlig undenkbar, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Es wäre sowohl aus Sicherheitsgründen, aber auch aus Kostenerwägungsgründen sinnvoll, Asylbewerber bis zur Entscheidung ihres Asylantrages in zentralen Aufnahmeeinrichtungen zu halten. Das machen andere Bundesländer durchaus. Ich war vor Kurzem im Wahlkampf in Bayern und habe mir diese Ankerzentren, zumindest eins, einmal angesehen. Die funktionieren. Auf diese Weise entstünden keine zusätzlichen Kosten für die Anmietung von kommunalem Wohnraum. Man könnte fast zwei Drittel der Mittel, die momentan für Grundleistungen bezahlt werden, einsparen; denn in einer Aufnahmeeinrichtung erhalten Asylbewerber deutlich weniger Geldzuwendungen, als wenn sie einen eigenen Hausstand betreiben. Das leuchtet ein.

Oder wie wäre es mit Sachleistungen statt Geldleistungen?

(Beifall der AfD –
Abg. Joachim Paul, AfD: Genau! Richtig!)

Ein weiteres ergiebiges Einsparpotenzial mit hoher Minderung von Migrationsanreizen ist das entscheidende. Wir winken geradezu, kommt zu uns. Und dann kommen sie. Dann müssen wir es auch bezahlen.

Aber Frau Spiegel mit ihrer gesamten Landesregierung weigert sich beharrlich, über Ankerzentren oder Sachleistungen für Asylbewerber auch nur ansatzweise nachzudenken, obwohl es rechtlich durchaus möglich wäre. Von ihrer leidigen Verweigerungshaltung, weitere sichere Herkunftsländer anzuerkennen, möchte ich an dieser Stelle nur am Rande sprechen.

Wieder werden wir einen Antrag stellen. Wieder werden die Grünen es schaffen, ein ganzes Bundesland in Mithaftung zu nehmen und sich im Bundesrat zu enthalten, obwohl wir alle wissen, dass die Maghreb-Staaten sichere Herkunftsländer sind.

Sicherheit und der Wohlstand der rheinland-pfälzischen

Steuerzahler sind für Sie ganz offensichtlich zweitrangig. Seit Beginn der Migrationswelle in 2015 macht Ihr Regierungshandeln eines deutlich, in erster Linie geht es Ihnen um Zuwanderung und einen dauerhaften Aufenthalt bei uns. Das gilt nicht nur für anerkannte Asylbewerber, die im Anschluss an ihr Verfahren ohnehin direkt in die staatlichen Sozialsysteme wechseln. Nein, auch im Falle einer Ablehnung muss der weitaus größte Teil der inzwischen rund 9.000 Ausreisepflichtigen nicht mit Leistungskürzungen oder gar seiner Abschiebung rechnen. Das ist ein Anreiz, der natürlich Schule macht.

Die Gelder, die für Rückführungen und freiwillige Ausreise bereitgestellt werden, haben Sie im neuen Haushalt sogar eingefroren.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Frau Spiegel, wie passt das zu Ihrer gebetsmühlenartigen Ankündigung, freiwillige Ausreisen forcieren zu wollen?

Wie glänzend Ihnen das gelingt, zeigen die Kirchenasylfälle aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis, in dem von den sieben ausreisepflichtigen Sudanesen, deren Abschiebung Sie persönlich blockiert haben, offensichtlich keiner daran dachte, das Land aus eigenem Antrieb zu verlassen. Stattdessen schöpft man alle erdenklichen Rechtsmittel aus. Jetzt dürfen die Herrschaften bleiben.

So sieht Ihre Asylpolitik aus, meine Damen und Herren. Das ist nicht Politik, das ist nur noch ein Skandal und ein Betrug am eigenen Bürger, Frau Spiegel.

Einem WELT-Bericht zufolge sind 78 % der abgelehnten und damit ausreisepflichtigen Asylbewerber inzwischen nachträglich legalisiert worden – 78 %, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Unglaublich!)

Die meisten von ihnen erhalten zunächst eine Duldung aufgrund eines von unzähligen Abschiebehindernissen. Später wird dies dann in ein Bleiberecht umgewandelt, und bereits nach 15 Monaten gibt es Asylbewerberleistungen auf dem Niveau der Sozialhilfe, finanziert aus Landesmitteln. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Mit dem viel zitierten Spurwechsel von der Asyl- in die Arbeitsmigration wird die Ausnahme dann endgültig zur Regel gemacht. Ziel ist offensichtlich eine 100 %-Bleibequote für abgelehnte Asylbewerber auf Kosten unserer Steuerzahler.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Oh je!)

Es wird auch daran deutlich, dass Sie neuerdings landesfinanzierte Integrations- und Sprachkurse für diese Klientel anbieten. Sie versuchen, illegale Zuwanderung schrittweise zu legalisieren, weil Sie, wie der Bundestagspräsident ebenfalls gesagt hat, nicht mehr daran glauben wollen, diese Menschen in ihre Heimatländer zurückschicken zu müssen. Aber anstatt dies offen und ehrlich auszusprechen, preisen Sie diese Integration stillschweigend in den

neuen Haushalt ein und bitten den Steuerzahler zur Kasse.

(Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, das ist ein fatales Zeichen im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie und unsere rechtsstaatliche Ordnung, ein folgenschwerer Fehler auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder. Sie werden es eines Tages Ihren eigenen Kindern erklären müssen. Über 110 Millionen veranschlagte Euro für die Betreuung und Anschlussförderung von derzeit etwa 2.700 unbegleiteten minderjährigen Ausländern runden Ihre Prioritätenliste ab.

(Glocke der Präsidentin)

– Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Wenn ich mich an Ihre Worte richtig erinnere, wollten Sie einmal Ministerpräsidentin aller Bürger werden, Frau Ministerpräsidentin. Stattdessen grenzen Sie aus und machen junge Bürger, die nicht Ihrer Überzeugung folgen, zu Menschenfeinden und Antidemokraten.

(Glocke der Präsidentin)

Damit fördern Sie eben nicht den Zusammenhalt, sondern spalten die Gesellschaft in gut und böse.

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Herr Junge, beenden Sie bitte Ihre Rede.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Meine Damen und Herren, Ihr Haushalt ist der Haushalt von Ideologen. Sie fahren im Nebel auf Sicht. Damit wird es zum realpolitischen Blindflug. Unsere Anträge werden zeigen, dass ein Haushalt möglich ist nach dem Motto – – –

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Herr Junge, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich habe schon zusätzliche Zeit gegeben.

Herr Junge, bitte unterbrechen Sie Ihre Rede.

(Abg. Jens Guth, SPD: Wieder kein Respekt vor dem Parlament! Nichts Neues bei Ihnen!)

Abg. Uwe Junge, AfD:

– Gerade noch diesen einen Satz.

Steigende Investitionen, zuverlässige Sicherheit und die Stärkung der Kommunen – – –

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Entschuldigung, Herr Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Ein gutes Zusammenleben verdient hat.

Vielen Dank.

(Starker Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Ein gewisses Überziehen der Redezeit, dass man den letzten Gedanken fertig zu Ende bringt, ist, denke ich, auch parlamentarisch verabredet. Aber das waren jetzt über zweieinhalb Minuten. Wir sollten uns an die Spielregeln halten.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, freue ich mich, dass ich weitere Besucherinnen und Besucher bei uns begrüßen kann, und zwar zum einen die Quizgewinnerin beim Verfassungsfest, Frau Christine Fuchs. Herzlichen Glückwunsch und herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Dann haben wir die Bündische evangelische Jugend Nahe im evangelischen Kirchenkreis an Nahe und Glan. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall im Hause)

Wir freuen uns über Mitglieder des Kreisfeuerwehrverbands des Kreises Trier-Saarburg. Schön, dass Sie da sind!

(Beifall im Hause)

Jetzt erteile ich der nächsten Rednerin das Wort. Für die FDP-Fraktion hat die Fraktionsvorsitzende Frau Cornelia Willius-Senzer das Wort.

Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Einbringung des Haushalts ist, sagt man im Parlament, die Sternstunde der Politik, insbesondere der Opposition. Aber, Herr Baldauf, was ich gehört habe, war kein Stern. Der hat nicht gefunktelt. Es war eine Bündelung von Sternschnuppen, die sehr wahrscheinlich sehr schnell verlöscht sind.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Junge, Ihr Glanz ist auch schon weg. Ihr Glanz ist weg, je weniger Probleme wir haben. Deswegen werde ich auch nicht auf Ihr Hauptthema „Asylpolitik“ eingehen.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Das habe ich mir
gedacht!)

Ich denke, dass meine nachfolgenden Redner das machen werden

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Mir geht es darum, wie die Zukunft des Landes aussehen

soll. Das ist die grundsätzliche Frage dieser Haushaltsdebatte. Deswegen müssen wir darüber diskutieren; denn wir wollen und gestalten, dass dieses Land die Zukunft ist. Rheinland-Pfalz wird die Zukunft sein.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Politik hat insbesondere die Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben im Blick zu haben. Wir orientieren uns an wichtigen Zielen, an Zukunftsfragen, und zwar über 2020 hinaus. Wir schreiben nicht ab. Das haben wir nicht nötig. Wir setzen Schritt für Schritt um.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Koalition handelt wie jeder private Haushalt, planvoll und überlegt.

Herr Junge, Sie dürfen uns gerne nach den Zwecken fragen, wenn Geld ausgegeben wird. Wir können jede Frage beantworten. Wir haben es uns gründlich überlegt. Da brauchen Sie sich keine Gedanken zu machen.

Wir Freien Demokraten haben uns dafür wichtige Ziele gesetzt und zu unseren Kernaufgaben gemacht, und zwar erstens eine Politik, die rechnen kann, zweitens eine Politik, die beste Bildung schafft, drittens eine Politik, die einen unkomplizierten Staat gestaltet, die kleine und mittelständische Unternehmen fördert, viertens eine Politik, die ein Vorankommen durch eigene Leistungen garantiert und fünftens eine Politik, die Selbstbestimmung in allen Lebenslagen ermöglicht.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Zentrum stehen natürlich Investieren und Konsolidieren.

Meine Damen und Herren, das ist kein Widerspruch. Unsere Leitlinie ist, die Ausgaben – wie schon in den letzten zweieinhalb Jahren bewiesen – weiter zurückzufahren, Schulden zu tilgen, gleichzeitig aber in die Zukunft zu investieren; denn wir wollen den Wohlstand von morgen absichern. Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel ist dazu die beste Voraussetzung.

Ich komme zu unserem ersten Ziel, eine Politik, die rechnen kann. Wir sind mit dem letzten Haushalt unserem Versprechen treu geblieben. Wir haben mit dem vorliegenden Haushalt unser Versprechen gehalten.

Es wurde schon gesagt, dass die Koalition einen historischen Haushalt aufgestellt hat. Vielen Dank, Frau Ahnen, für diese sorgfältige Aufgabe und die gute Verteilung.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der SPD: Danke, Doris!)

Das ist historisch, weil das in 50 Jahren nicht gelungen ist. Aber alle Bürgerinnen und Bürger werden von dieser guten Arbeit und Zusammenarbeit dieser Koalition profitieren.

Die Vorgaben der Schuldenbremse werden mit dem Haus-

halt übererfüllt. Wir erwirtschaften Überschüsse. Es wurde schon von meinem Vorredner gesagt. Das sind 111 Millionen Euro im Jahr 2019 und 229 Millionen Euro im Jahr 2020. Die planmäßige Schuldentilgung kommt hinzu. Gleichzeitig sichern wir zukünftige Investitionen.

Herr Junge, Sie haben gesagt, wir hätten einen kräftigen Schluck aus der Pulle genommen. Wenn Sie einem Alkoholiker sagen, trinken sie noch einen Schnaps, dann werden sie schneller trocken – glauben Sie, dass das unsere Politik ist? Wir machen eine andere Politik.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das haben Sie jetzt gesagt!)

Unsere Investitionsquote erhöht sich im Durchschnitt auf 8,7 %. Darauf sind wir stolz. So sieht erfolgreiche Politik aus.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Wenn Sie behaupten, das hat mit Konjunktur zu tun, dann sage ich, das hat nichts mit Glück zu tun. Wenn Türen offen sind, dann muss man durchgehen und keine Angst haben; denn dann sind irgendwann die Türen zu.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Falsche Tür!)

Wir haben überhaupt keine Angst. Die Türen sind offen. Wir gehen durch. Wir investieren in die Zukunft. Wir haben eine Politik, die rechnen kann, und haben die Mittelverwendung von morgen im Blick.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Wir müssen für die zukünftigen Aufgaben die Finanzen sicherstellen. Das kann man nur über vorausschauende Investitionspolitik erreichen.

Sie sagen, es ist ein Kessel Buntes. Was ist Rheinland-Pfalz? – Das ist nicht nur ein Thema, so wie Sie das haben. Natürlich bin ich stolz, dass es in Rheinland-Pfalz einen Kessel Buntes gibt. Jede Region ist anders.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Eine Digitalstrategie, die keinen Zusammenhang hat!)

Investitionen von heute schaffen morgen Erfolg. Das lernt schon jeder VWL-Student im ersten Semester. Wir konsolidieren, wir sanieren, und wir investieren in die Zukunft.

Jetzt bin ich bei unserem zweiten Thema, Voraussetzungen für beste Bildung schaffen. Wir haben in der Vergangenheit schon viel erreicht. Rheinland-Pfalz ist ein Bildungsland. Nirgendwo sonst ist die Bildungsmobilität so hoch wie bei uns. Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, über die andere streiten, ist bei uns schon lange Realität.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nirgendwo sonst hat der Bildungserfolg unserer Kinder so wenig mit der sozialen Herkunft zu tun wie in Rheinland-Pfalz. Egal, ob aus einer Familie, in der der Vater Schlosser oder die Mutter Hochschulprofessorin ist, bei uns haben alle Kinder die gleiche Chance auf Bildungserfolg. Durch eine chancengerechte Bildungspolitik können in Rheinland-Pfalz alle kleinen Träume zu großen Taten werden.

Niemand ist verpflichtet, das anzunehmen, aber wir bieten es an. Das ist anders als in anderen Bundesländern. Wir setzen uns weiter dafür zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen ein.

Im Haushalt sind 260 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer vorgesehen, damit es zur Verbesserung in der Bildungsqualität kommt. Wir haben noch die 80 sogenannten Feuerwehrlehrkräfte einzustellen. Das vermindert kurzfristigen Unterrichtsausfall. Damit rücken wir vor bis zu 100 %. Wir haben es bald geschafft und erreichen das. Wir investieren – jetzt einmal gut zuhören – in über 1.000 Projekte im Schulbau. Das sind Investitionen wie nie zuvor.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu den neuen Medien und der Digitalisierung. Die Digitalisierung ist schon häufig angesprochen worden. Das ist uns ein besonderes Anliegen. Die neuen Medien machen vor den Schulen nicht halt. 17 Millionen Euro werden pro Jahr gezielt für digitale Bildung eingesetzt, und zwar für die Ausstattung von Schulen und die Lehrerfort- und -weiterbildung in Stadt und Land.

Herr Junge, ich habe mich, als Sie über die Digitalisierung gesprochen haben, gefragt, in welcher Zeit Sie eigentlich leben. Sie haben gesagt, Sie sind am Ende Ihres Zieles. Den Eindruck habe ich auch.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Über Ihr Unvermögen! Wir sind hinter Kolumbien und Mexiko!)

Digitale Bildung funktioniert nur themenübergreifend. Das gilt für unsere Digitalisierungsstrategie, die im Haushalt ressortübergreifend erfolgt.

Wir denken zur rechten Zeit daran. Jetzt muss für die nächsten Jahre gehandelt werden. Kinder und Jugendliche sollen im Unterricht frühzeitig mit digitalen Medien vertraut gemacht werden. Bildung ist für unsere Regierung ein Bürgerrecht.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wir brauchen gut motivierte Lehrkräfte. An den Lehrern herumzumäkeln und sie zu kritisieren, wird sie nicht weiter motivieren. Wir tun das. Dazu gehört eine angemessene Besoldung. Wir haben es ermöglicht, dass ehemalige Hauptschullehrkräfte die gleiche Bezahlung erhalten wie ihre Kolleginnen und Kollegen an Realschulen plus. Das war uns als FDP ein besonderes Anliegen. Ich bin sehr froh, dass wir das geschafft haben. Vielen Dank, Frau Hubig.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genauso wichtig ist für uns die Sprachenvielfalt an Schulen. In der Oberstufe kann Spanisch als neu einsetzende zweite Fremdsprache gewählt werden. Das haben wir mit unseren Partnern erreicht. Wir arbeiten daran, weitere Verbesserungen hinzubekommen. Wir werden dazu Gespräche mit der Bildungsministerin führen.

Gerade im geeinten Europa ist Fremdsprachenkompetenz von unschätzbarem Wert. Rheinland-Pfalz macht die Kleinsten groß und stark.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Wir setzen uns für frühkindliche Bildung ein. Daher unterstützen wir den Haushaltstitel „Singen und Musizieren in der Kindertagesstätte (SIMUKI)“ mit 100.000 Euro, weil die Kleinen schon Musik und alles damit im Zusammenhang Stehende lernen sollen. Es ist uns wichtig, die Kultur des Landes Rheinland-Pfalz schon den Kleinsten zu vermitteln. Das ist die Grundlage.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich komme zu den Hochschulen in Rheinland-Pfalz. Wir wollen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen verbessert wird. Wir unterstützen das Hochschulforum Rheinland-Pfalz. Herr Minister, ich weiß, Sie sind auf einem sehr guten Weg dazu. Wir unterstützen das sehr gerne.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Wir bekennen uns zum Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz und entwickeln konsequent das Hochschulsystem weiter. Lebenslange Bildung bedeutet auch die Stärkung der beruflichen Weiterbildung. Genau das ist unser Standpunkt.

Der Meisterbonus ist eines unserer Projekte. So werden handwerkliche Berufe für junge Menschen attraktiver. So begegnen wir dem Fachkräftemangel. Das Land unterstützt jeden Meister mit 1.000 Euro. Nach abgeschlossener Meisterprüfung, wenn sie einen Betrieb gründen, setzen wir noch einmal 2.500 Euro ein. Das schafft neue Arbeitsplätze, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN –
Zuruf aus dem Hause: Sehr gut!)

Trotz der notwendigen Sparmaßnahmen, die wir alle kennen, haben wir es geschafft, dass wir diese Förderinstrumente etablieren.

Ein weiteres, im Herzen europäisches Projekt sind die grenzüberschreitenden Ausbildungskooperationen mit Belgien, Luxemburg und Frankreich; denn beste Bildung sichert die Ausbildung von Fachkräften. Die Handwerker – das wird von uns nie vergessen – sind die Baumeister unserer Gesellschaft.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deswegen soll sich der Bund an der Bildungsfinanzierung beteiligen können. Daher setzt sich die FDP für die Lockerung des Kooperationsverbots ein. Wir haben eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht.

Das dritte Ziel ist eine Politik, die einen unkomplizierten Staat gestaltet, der kleine und mittelständische Unternehmen fördert. Der digitale Fortschritt verändert unser Leben, unsere Arbeitswelt und die Wirtschaft. Aber Fortschritt macht uns keine Angst, im Gegenteil. Wir setzen auf den Fortschritt. Fortschritt macht uns keine Angst. Fortschritt begeistert uns.

Wir wollen den Menschen die Chance zur Teilhabe am digitalen Fortschritt ermöglichen. Die Digitalisierung ist ein ganz wichtiger Punkt auf der Agenda. Die CDU agiert hier planlos.

(Vereinzelt Beifall bei FDP, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf Landesebene berät die CDU über flächendeckenden Mobilfunk. Ich würde mich freuen, wenn sich der Bund mit gleichem Engagement für den Mobilfunk einsetzen würde.

(Zuruf von der CDU: Der Bund soll es
machen!)

Schaufensterdebatten helfen hier keinem weiter.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Die
Zuständigkeit liegt beim Bund! –
Abg. Martin Haller, SPD: Jetzt ist es aber
gleich mal gut!)

Die Bundesregierung streitet kleinkariert über die Finanzierung des Gigabit-Ausbaus. In Berlin wird ideenlos auf Zeit gespielt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Warum
macht denn dann Bayern selbst etwas?)

Meine Damen und Herren, in Rheinland-Pfalz werden Ideen für die Gigabit-Rücklage im Haushalt mit 90 Million Euro abgebildet. Sobald der Bund endlich einmal einen Plan vorlegt, können wir in Rheinland-Pfalz sofort loslegen; denn das Geld haben wir schon in der Rücklage.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Insofern gilt auch hier: Dieser Haushalt gestaltet die Zukunft des Landes auch über 2020 hinaus. Unsere Digitalisierungsstrategie ist klar und zielorientiert. Sie zieht sich durch alle Einzelpläne und schafft in allen Ressorts neue Potenziale. Ressortübergreifend stellt dieser Haushaltsentwurf dafür eine halbe Milliarde Euro bereit. Die Voraussetzungen dafür sind der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur mit Glasfasertechnologie.

Das Drehbuch für gelungene Digitalisierung geht über die Automatisierung der bestehenden Prozesse hinaus, zum Beispiel Geschäftsmodelle, die innovativ sind, Sharing-Modelle. Auch das autonome Fahren gehört dazu.

In allen Lebensbereichen ist die Digitalisierung ein Erfolgs-

faktor für die Zukunft. Wir schließen die Menschen an digitale Lebensadern an.

Gerne komme ich zur Landwirtschaft und zum Weinbau. Hand in Hand mit und für die Natur und die Menschen dieses Landes – dies meint, dass Landwirte mit der Natur, den Pflanzen und den Tieren gemeinsam arbeiten, und zwar nicht nur, weil sie gesunde Nahrungsmittel produzieren, sondern auch die Kulturlandschaft prägen und pflegen. Damit schaffen sie eine wichtige Basis für unser Land und den Tourismus

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Vizepräsident Hans-Josef Bracht
übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, der ländliche Raum ist die Herzkammer unseres Landes. Rund ein Drittel aller Menschen in unserem Land lebt in den ländlichen Räumen.

Aber die Bevölkerungsentwicklung zeichnet einen klaren Trend: Immer mehr Menschen ziehen in die Städte und urbanen Zentren unseres Landes. Dies führt zu Herausforderungen, denen wir natürlich konsequent begegnen werden.

Durch die Vielfältigkeit des ländlichen Raums gibt es keine pauschalen Konzepte. Natürlich haben wir auf unserer Rundreise durch das Land, bei der es um unsere Große Anfrage zum ländlichen Raum ging, gesehen, welchen Mut es auf kommunaler Ebene zu Veränderungen gibt. Als Beispiel nenne ich die Gemeinde Mörsdorf im Hunsrück. Mit dem Bau der Geierlay-Hängebrücke hat Bürgermeister Marcus Kirchhoff genau diesen Mut bewiesen, den wir brauchen.

Die Kritik an diesem ambitionierten Vorhaben war spürbar. Nicht zuletzt hat der Rechnungshof vor dem Bau der Brücke gewarnt. Und heute? Die Geierlay-Hängebrücke ist eine weit über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus bekannte Attraktion. Seit ihrer Einweihung im Jahr 2015 haben – jetzt bitte gut zuhören – über 800.000 Menschen aus aller Welt ihren Weg in eine Gemeinde mit etwas mehr als 500 Einwohnern und damit in den Hunsrück gefunden. Mit Mut, Eigeninitiative und Durchsetzungsstärke ist es einer kleinen Gemeinde in Rheinland-Pfalz gelungen, einen international bekannten Tourismusmagneten aufzubauen, von dem die gesamte Region profitiert. Das ist nur ein Beispiel für die Leistungsfähigkeit unserer kommunalen Ebene.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass Landespolitik hart daran arbeiten muss, die ländlichen Räume langfristig als lebenswerte Orte attraktiv zu halten.

(Beifall bei FDP und SPD –
Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Was hat denn das mit dem Landeshaushalt zu tun?)

Gerade für unsere Landwirte in Rheinland-Pfalz eröffnet der Ausbau der digitalen Infrastruktur ganz neue Möglichkeiten. Auch hier liegt uns der ländliche Raum am Herzen. Neue GPS-Steuerungseinrichtungen für den Traktor stei-

gern den effizienten Umgang mit den ländlichen Ressourcen. Ich sage Ihnen, jeder Landwirt, den ich kenne, sitzt lieber auf dem Trekker als auf dem Amt.

(Beifall und Heiterkeit der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der SPD: Ja, genau! –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Lieber auf dem Trekker als im Landtag! –
Abg. Marco Weber, FDP: Bravo!)

Deswegen bauen wir das digitale Agrarportal Rheinland-Pfalz auf und entlasten damit unsere Landwirtinnen und Landwirte von überflüssiger Bürokratie. Auch hier nutzen wir die Chancen der Digitalisierung.

Viele Landwirte begeistert zum Beispiel auch der uneingeschränkte Datenaustausch über die GeoBox. Dadurch entsteht für die rheinland-pfälzischen Landwirte ein wichtiger Informationsvorsprung. Dazu trägt natürlich auch bei, dass ressourcenschonender gearbeitet werden kann. Nicht nur auf den Feldern können Arbeitsprozesse verbessert werden; jeder Rheinland-Pfälzer weiß doch, wie mühsam die Arbeit auf einem Weinberg in Steillagen ist.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das weiß nicht jeder!)

Hier können Abläufe durch den Einsatz von Drohnen vereinfacht werden.

Meine Damen und Herren, die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz steht auf sicheren Säulen. Eine davon ist der Mittelstand. 90 % aller Unternehmen im Land sind mittelständisch geprägt. Sie sichern über die Hälfte der Arbeitsplätze. Der Mittelstand ist nachweislich Treiber unseres starken wirtschaftlichen Wachstums. Im ersten Halbjahr 2018 konnten wir eine Steigerung des Wirtschaftswachstums von 3,3 % verzeichnen. Damit liegt Rheinland-Pfalz auf Platz 1 und lässt Bayern zurück, das nur 2,8 % geschafft hat. Wir haben 3,3 % im ersten Halbjahr geschafft.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Quatsch! Sie müssen die Tabelle umdrehen!)

– Nur kein Neid, man muss auch einmal gönnen können.

Unser viertes Ziel heißt: Vorankommen durch eigene Leistung garantieren.

Hierfür schaffen wir die passenden Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz wird zum Gründerland, einem Land voller Ideen für die Zukunft. Wir wollen und müssen Innovationen fördern. Innovationen sind Treiber für Produktivität und Beschäftigung.

Unser Vorsatz ist, dass die nächsten Bill Gates, Steve Jobs und wie sie alle heißen, aus Rheinland-Pfalz kommen.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Logischerweise wurde der Etat zur Förderung von Innovationen im vorliegenden Haushalt weiter erhöht. Produkte aus Rheinland-Pfalz sind im In- und Ausland sehr gefragt.

Im Jahr 2017 erwirtschafteten sie 56 % der Umsätze im Ausland, und wir reden hier nicht nur über Wein, wir reden auch über moderne Medizintechnik, über Unterhaltungstechnik und sogar über Pumps. Wir können stolz sein; unsere Exportquote ist traditionell eine der höchsten Deutschlands.

Die tragende Säule der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz ist der Tourismus, meine Damen und Herren. Mit unseren Gästen teilen wir gern die Schönheit von Eifel und Hunsrück, die Geschichte des Mosellandes, die Kultur der Pfalz und die Vielfältigkeit des Rheinlands. Um den Tourismus als Standortfaktor weiter zu fördern, verfolgen wir auch hier eine klare Strategie. Wir unterstützen zielgerecht Projekte, wir verzichten auf eine finanzpolitische Gießkanne.

Durch die fraktionsübergreifende Arbeit der Enquete-Kommission gewinnt der Tourismus in Rheinland-Pfalz. Mit dem vergangenen Doppelhaushalt wurde schon ein Grundstein gelegt, und jetzt konzentrieren wir uns auf die Förderung für die Zukunft.

Besonders hervorheben möchte ich in diesem Rahmen zwei Projekte:

Erstens die Entwicklung der Wirtschaftsstandortmarke. Sie schafft eine Verbindung zwischen den tragenden Säulen der Weinwirtschaft, der Außenwirtschaft, des Tourismus und der Landwirtschaft. Dies ist ein erfolgreiches Standortmarketing. Ich bin überzeugt, dass diese Werbung die Besuchszahlen in Rheinland-Pfalz erhöhen wird.

Zweitens: Ich möchte das Förderprogramm für Beherbergungsunternehmen mit 3,47 Millionen Euro in den Fokus rücken. Hier eröffnen wir innovativen Unternehmen eine regionsunabhängige Förderung. Unsere Gäste in Rheinland-Pfalz sollen sich in den Herbergen wohlfühlen.

Mit unserer gesamten Tourismusstrategie werden wir langfristig die Zahl der Arbeitsplätze erhöhen. Das erreichen wir durch Steigerung der Besuchs- und Übernachtungszahlen. Diese Maßnahmen machen eine Erhöhung des Haushaltsansatzes erforderlich, den wir natürlich in allen Punkten unterstützen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit die Menschen auch den Weg ins Land finden, machen wir uns im klassischen Straßenbau weiter auf Rekordjagd. Im vorliegenden Doppelhaushalt sind die höchsten Straßenbauinvestitionen in der Geschichte des Landes mit insgesamt 250 Millionen Euro vorgesehen. Wir haben mehr Geld abgerufen, als uns eigentlich zusteht. Wir bauen und sanieren Straßen, wir entlasten die Dorfzentren und machen gleichzeitig auch die Schulwege sicherer.

Die personelle Ausstattung des LBM erweitern wir um 61 zusätzliche Stellen. Ich finde es nicht schön, wenn man sich darüber mokiert und sagt, dass dies junge Menschen ohne Erfahrung seien. – Wir sind froh, wenn diese jungen Menschen zu uns kommen, wir trauen ihnen viel zu.

(Beifall bei FDP, SPD und dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir gehen davon aus, dass die Bauvorhaben in Zukunft auch schneller umgesetzt werden können.

Um unser fünftes Ziel, Selbstbestimmung in allen Lebenslagen, zu ermöglichen, komme ich natürlich auf das Thema „Gesundheit“ zu sprechen. Gesundheit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben, und dazu gehört die flächendeckende Gesundheitsversorgung, die Stadt und Land gleichermaßen erreicht.

Wir Freien Demokraten stärken gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern wiederum die Digitalisierung auch in der gesundheitlichen Versorgung. Gerade im ländlichen Raum ergeben sich durch die Digitalisierung neue Möglichkeiten und entscheidende Vorteile. Die Patientenversorgung über weite Strecken zu realisieren, ist eine große Chance der Digitalisierung. Es gibt schon sehr schöne und kluge Maßnahmen: Zum einen steigt ergänzt durch die Transportdienste und mobilen Praxisteams die Flexibilität.

Wir wollen eine hochwertige und flächendeckende medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichern. Wir wollen die digitalen Brücken und Distanzen zwischen Ärzten und Patienten überwinden. Durch die Telemedizin kann ein Arzt in der Pfalz einen Patienten in der Eifel behandeln.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja!)

Wir als Ampelkoalition machen die Chancen der Digitalisierung zum Vorteil der Patienten. Unsere Landarzttoffensive stellt das sicher, und dazu brauchen wir von anderen keine Ratschläge und Konzepte; die machen wir schon gefälligst selbst.

(Heiterkeit des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD –
Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben der Gesundheit brauchen wir den Rechtsstaat, um unsere Selbstbestimmung in Freiheit und Sicherheit leben zu können. Dieser Doppelhaushalt stärkt die Handlungsfähigkeit der Justiz und des Rechtsstaats.

Die Große Koalition verhandelt in Berlin einen eigenen Pakt für den Rechtsstaat; aber bisher, wie so häufig, ohne Erfolg; noch ist alles offen. Da packt das Land Rheinland-Pfalz schon einmal selbstständig die Sache an.

Für eine starke Justiz schaffen wir ca. 265 zusätzliche Stellen – Justizwachtmeister, Geschäftsstellenbeamte, Rechtspfleger –, allein 50 neue Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Schon heute haben wir bundesweit die schnellsten Asylverfahren, und dies ist nur aufgrund der personellen Ausstattung unserer Gerichte möglich. Auch die Justiz ist Teil unserer Digitalisierungsstrategie.

Die Einführung der E-Akte bringt erhebliche Erleichterungen für die Gerichte mit sich. Bereits jetzt läuft ein erstes Pilotprojekt beim Landgericht Kaiserslautern. Die Handlungsabläufe werden optimiert.

Die Vorteile liegen auf der Hand: eine schnellere Abwicklung der Verfahren, weniger Datenverlust und Kosteneinsparung.

Das kostet natürlich auch alles Geld. Das Projekt steht in diesem Haushalt mit 4,6 Millionen Euro. Bis 2024 soll die E-Akte landesweit eingeführt sein.

Wir gestalten Justiz und Gericht bürgernah. Mit diesem Haushalt stellen wir sicher, dass der Bürger in Zukunft auf eine leistungs- und handlungsfähige Justiz bauen kann.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das geschieht Hand in Hand mit der Polizei. Wir sind stolz auf unsere Polizistinnen und Polizisten, die eine gute Aufklärungsquote haben. Auch durch die erhöhte Präsenz der Polizei ist die Anzahl der Wohnungseinbrüche signifikant gesunken. Wir richten auch hier den Blick in die Zukunft. Um diese hervorragende Arbeit auch in Zukunft zu garantieren, stärken und verbessern wir die Ausbildung junger Polizeianwärterinnen und -anwärter mit 580 Stellen. Materiell und inhaltlich werden sie gestärkt.

Auch Kriminalität findet heute nicht mehr nur in den dunklen Gassen um die Ecke statt. Zunehmend werden die Menschen in unserem Land Opfer von Kriminalität im Netz. Um dieser zu begegnen, wollen wir zusätzliche Stellen für Cyber-Spezialisten schaffen. Hiermit stärken wir den Schutz gegen Kinderpornografie oder Extremismus oder den Betrug an alten Menschen.

Wir haben uns viele Gedanken gemacht über die finanzielle Lage der Kommunen, insbesondere der kreisfreien Städte und mit Einschränkungen der Landkreise. Wir unterstützen deshalb unsere kreisfreien Städte und Kommunen in Rheinland-Pfalz.

Keiner hat hier je behauptet, dass alle kommunalen Haushalte ausgeglichen sind; aber sie stehen mit dem neuen kommunalen Finanzausgleich (KFA) weitaus besser da als vorher.

Das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs wächst stärker als die Ausgaben des Landes. Allein die Finanzausgleichsmasse steigt überproportional. Dadurch umfasst der KFA im Jahr 2020 ein Volumen von fast 3,3 Milliarden Euro.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diese Summe muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: 3,3 Milliarden Euro!

Wir unterstützen die kommunalen Haushalte durch den geplanten Verzicht auf die Anhebung der Gewerbesteuer.

Eine weitere wichtige Einnahmequelle der Kommunen ist die Grundsteuer. Diese wurde vor kurzer Zeit für verfassungswidrig erklärt. Die Große Koalition hat verschlafen, eine wichtige Reform auf den Weg zu bringen. Wir Freien Demokraten legen besonderen Wert auf Aufkommensneutralität, und wir fordern gleichzeitig eine einfache und transparente Gestaltung der Bemessungsgrundlage.

Meine Damen und Herren, die Grundsteuer darf keine un-

endliche Geschichte bleiben. Der Haushaltsentwurf bietet eine hervorragende Grundlage für die anstehenden Beratungen.

Ich wiederhole mich gern: Dieser Haushalt gestaltet die Zukunft des Landes. Er trägt eine ökologische, eine soziale und eine liberale Handschrift im Sinne unserer fünf Ziele. Er steht für erstens eine Politik, die rechnen kann, zweitens bessere Bildungsvoraussetzungen, drittens einen unkomplizierten Staat, der kleine und mittelständische Unternehmen fördert und viertens Vorankommen durch eigene Leistungen garantiert, und fünftens – last, but not least – Selbstbestimmung, in allen Lebenslagen ermöglicht.

Im Namen meiner Fraktion danke ich allen, die das ermöglichen: den fleißigen Menschen und den innovativen Unternehmen in unserem Land.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der FDP, der SPD und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nächster in der Runde ist Herr Abgeordneter Dr. Braun von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Herr Dr. Braun, ich erteile Ihnen das Wort, bitte schön.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich als letzter Redner, dem normalerweise nicht viel Gelegenheit gegeben wird, noch etwas Neues zu sagen, heute einige neue Themen ansprechen kann, die noch nicht genannt wurden.

(Abg. Martin Haller, SPD: Wir haben uns
auf Dich gefreut!)

– Danke.

Beispielsweise geht es heute in einem Urteil um saubere Luft in Mainz, also um Umweltschutz. Es geht nach dem heißen Sommer und nach dem, was wir an Waldschäden und Ernteschäden gesehen haben, um Klimaschutz. Die Menschen in diesem Land machen sich Sorgen um diese Themen. Deswegen ist es wichtig, dass im Landtag über diese Themen gesprochen wird und auch der Haushalt diese Themen berücksichtigt.

Gestern wurde schon angedeutet, dass wir einen Haushalt für alle machen, und auch diese Themen sind wichtige Themen, und sie betreffen alle Menschen in diesem Land. Deswegen glaube ich, man muss diese Themen an den Anfang stellen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Haushalt ist eindeutig zu sagen und diese Ampelkoalition zeigt eindeutig – ich glaube, auch die Opposition hat das inzwischen resignierend eingesehen, also zumindest war heute kein Großangriff auf den Haushalt festzustellen –, dass wir in Rheinland-Pfalz

die Kraft haben, dieses Land ruhig zu regieren, dieses Land mit aller Überlegtheit zu regieren, dieses Land vernünftig zu regieren und dieses Land mit Herz und Verstand zu regieren. Also das, was die Menschen haben wollen, bekommen sie auch in Rheinland-Pfalz.

Es ist nicht einfach ein Zufallsprodukt, dass die Zufriedenheit mit der Landesregierung in Rheinland-Pfalz steigt. Nein, das liegt daran, dass wir uns mit den Themen beschäftigen, die die Menschen in Rheinland-Pfalz umtreiben und

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

wir das – das will ich hinzufügen – mit aller Leidenschaft für eine offene und freie Gesellschaft machen. Meine Damen und Herren, Haltung ist gefragt, Haltung für die Demokratie, Haltung für Europa, Haltung für ein freies Land, Haltung für freie Meinungsäußerung und nicht das Gegenteil davon: sich wegducken oder diese Haltung irgendwo hinten anstellen. Wir als Ampelkoalition machen das so. Diese Haltung in Rheinland-Pfalz ist unsere Haltung gemeinsam mit der Landesregierung. Diese werden wir auch beibehalten und uns von niemandem abspenstig machen lassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Viele Themen, die heute diskutiert werden, sind Themen der Menschen in diesem Land. Es gibt aber auch andere Themen, die nicht unbedingt nur von der rheinland-pfälzischen Politik gelöst und angegangen werden können.

Wir haben – ich glaube, das darf man an diesem Tag auch nicht vermissen – in der letzten Woche erfahren, dass es in unserem Land, in dem es Altersarmut gibt, in dem es Kinderarmut gibt und in dem wir auch diese Armut bekämpfen wollen, Betrügereien gibt: 55 Milliarden Euro wurden durch die Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte dem Staat vorenthalten.

Ich glaube, das ist eine Sache, die die Menschen nicht mehr verstehen. Wie kann es sein, dass Großbanken, wie kann es sein, dass Großanleger, wie kann es sein, dass die Reichsten unter den Reichen 55 Milliarden Euro abzocken können, ohne dass das verfolgt wird, und wie kann es sein, dass dann der Haushalt eventuell knapp ist und es nicht mehr reicht, auf der anderen Seite die Armut zu bekämpfen?

Meine Damen und Herren, deswegen ist es so wichtig, dass wir für Gerechtigkeit eintreten, wir diese Verbrechen, die begangen werden, verfolgen und auf der anderen Seite die Armut in unserem Land bekämpfen. Der Haushalt zeigt ganz deutlich, dass wir das mit aller Gewalt und aller Macht bei uns auch tun wollen. Wir wollen nicht, dass es arme Menschen gibt. Wir wollen, dass jeder in unserem Land leben kann: frei, offen und so, dass er sich keine Sorgen um seine Zukunft machen muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Ich will aber noch einmal zum Klimaschutz zurückkommen. Er ist natürlich für die Grünen eines der wichtigsten The-

men und ich glaube, inzwischen weltweit auch eines der wichtigsten Themen insgesamt. Wir hatten einen heißen Sommer, aber das ist kein Zufall. Wir haben in Rheinland-Pfalz eine Durchschnittstemperatur, die 1,5 Grad C über der Durchschnittstemperatur des 19. Jahrhunderts liegt.

Damit sind wir in Rheinland-Pfalz nicht viel weiter im Klimawandel als andere, aber in der Rheinebene merkt man das. In der Rheinebene ist der Klimawandel weiter vorangeschritten als sonst in Deutschland. Wir haben in der Rheinebene schon 60 Sommertage. Früher waren es einmal 20.

60 heiße Tage belasten die Menschen, belasten vor allem ältere Menschen und belasten den Kreislauf. Das ist nicht gut für die Gesundheit, aber es ist auch nicht gut für die Umwelt. Wir sehen, wenn wir draußen spazieren gehen oder wenn wir am Rhein – wo dieser denn ist, kann man sich fragen – spazieren gehen wollen, dann sehen wir die Folgen dieses Klimawandels. Meine Damen und Herren, deswegen ist es auch wichtig, dass wir den Klimawandel bekämpfen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir haben in Rheinland-Pfalz – darüber werden wir wahrscheinlich noch in anderen Gremien und Debatten reden müssen – dieses Jahr Glück gehabt, dass wir in der Landwirtschaft nicht so viele Schäden hatten wie andere Bundesländer, Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise, wo es eine große Trockenheit gab. Wir können froh sein, und – ich habe es gestern gelesen – wir können uns auf einen Wein freuen, der sehr interessant ist, sagt der zuständige Minister. Das ist schön, dass wir das in Rheinland-Pfalz tun können,

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

aber wir haben auch Ernteauffälle. Diese Ernteauffälle müssen kompensiert werden. Wir haben vor allem Schwierigkeiten jetzt im Wald. Sie kennen die Geschichte, die Fichte muss gefällt werden, der Borkenkäfer ist überall unterwegs, und es wird immense Schäden nach sich ziehen. Meine Damen und Herren, auch darauf müssen wir uns in diesem Haushalt vorbereiten, dass wir gewappnet sind und gegen die Schäden in der Land- und der Forstwirtschaft gegensteuern können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP –

Abg. Christine Schneider, CDU: Ich bin mal gespannt, wie Sie den Borkenkäfer bekämpfen wollen!)

Das muss man auch Revue passieren lassen: Wir haben in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz schon viel für den Klimaschutz getan. Das wird hier nicht ganz so oft erwähnt, wie wir Grünen das gern erwähnen würden, aber wir haben ein Klimaschutzgesetz in Rheinland-Pfalz. Das war eine Initiative, die in der letzten Legislaturperiode von den Fraktionen kam. Das ist umgesetzt worden. Das ist jetzt geltendes Recht. Deswegen sind wir gut vorbereitet auf Maßnahmen, die wir zum Klimaschutz in den nächsten Jahren auch im Haushalt verankern können.

Meine Damen und Herren, dieses Klimaschutzgesetz ist der Anker dafür, dass wir ein Klimaschutzkonzept aufgesetzt haben. Dieses Klimaschutzkonzept nützt dafür, dass wir CO₂ und andere Treibhausgase zurückführen können. Wir haben es in Rheinland-Pfalz geschafft, schon fast 40 % gegenüber 1990 an Treibhausgasen zurückzuführen. Ja, das sind vor allem die Lachgase aus der Industrie, aber wir schaffen es auch durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, den Klimaschutz zu betreiben.

Meine Damen und Herren, deswegen muss der Ausbau der erneuerbaren Energien weitergehen. Wir haben das auch im Haushalt verankert. Knapp 12 Millionen Euro im nächsten Jahr und 12,8 Millionen Euro im übernächsten Jahr werden für die Wärmewende, also für die Investitionen in beispielsweise Holzheizungen, in Energiesparen beim Heizen und auch in die Energiewende investiert.

Meine Damen und Herren, wir haben inzwischen 1.739 Windenergieanlagen mit 3.553 MW Leistung und fast 100.000 Photovoltaikanlagen mit 2.000 MW Leistung in Rheinland-Pfalz installiert. Wenn Sie sich das vorstellen und wenn Sie das zusammennehmen – wenn die Sonne scheint und der Wind gut weht, ich weiß, das ist nicht immer so, aber wenn das zusammenkommt –, dann ist das die Kraft von etwa fünf Atomkraftwerken oder fünf großen Kohlekraftwerken. Deswegen ist Rheinland-Pfalz gut aufgestellt.

Wir haben in Rheinland-Pfalz kein Atomkraftwerk mehr. Es ist einmal von der CDU-Regierung versucht worden, ein Atomkraftwerk in Rheinland-Pfalz illegal zu bauen, oder zumindest im Nachhinein ist festgestellt worden, dass es illegal war. Das Thema von anderen Oppositionsparteien ist auch immer wieder, dass wir Kohlekraftwerke oder andere Energiegewinnungsanlagen bauen müssten.

Meine Damen und Herren, ich will es noch einmal sagen, in Rheinland-Pfalz brauchen wir das nicht. Wir sind gut aufgestellt. Immer mehr Energie aus Rheinland-Pfalz oder in Rheinland-Pfalz produziert kommt aus erneuerbaren Energien. Das kommt nicht von selbst. Das muss gemacht werden. Das muss vorbereitet werden. Das machen wir in dieser Landesregierung seit sieben Jahren.

Man sieht die Erfolge, vor allem auch in der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum. Schauen Sie sich den Hunsrück an. Schauen Sie sich an, was da im Kreis investiert werden kann in andere Dinge, weil viele Windkrafteinnahmen da sind. Also auf der einen Seite Umweltschutz und auf der anderen Seite Wertschöpfung ist das, was wir wollen – Ökologie und Ökonomie zusammenbringen –, und wir schaffen das.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir hatten in diesem Jahr auch andere negative Wetterereignisse. Wir hatten die Starkregen. Sie können sich erinnern, die Ministerpräsidentin und auch fast alle Ministerinnen und Minister unserer Landesregierung waren vor Ort und haben versucht, dort zu helfen. In Herrstein oder in Dudeldorf gab es Ende Mai 2018 katastrophale Niederschläge. Auch das hat etwas mit dem Klimawandel zu tun. Nur, wir werden jetzt nicht verhindern können, dass

es die Niederschläge gibt. Deswegen müssen wir auf der anderen Seite Vorsorge treffen, dass die Schäden nicht so hoch sind, wenn diese Niederschläge an einem Ort mit dieser Gewalt herunterprasseln.

Dafür ist im Umweltbereich und im Bereich Hochwasserschutz bei Frau Ministerin Höfken Vorsorge getroffen worden. Es gibt jetzt einen Dialog mit den Kommunen. Seit sehr langer Zeit sagen wir schon, Kommunen, bereitet euch darauf vor, ihr könnt nicht in den Hochwassergebieten bauen, ihr müsst aufpassen, dass ihr eure Anlagen und eure Gebäude hoch genug aufstellt. Aber ich glaube, das Bewusstsein wächst immer mehr, leider erst durch Schadensereignisse.

Wir sind dabei, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, beim Hochwasserschutz mitzumachen. Das ist ein ungeheurer Kraftakt, weil viele Kommunen neu mit dabei sind, aber ich danke der Ministerin dafür, dass sie diesen Kraftakt stemmt. Letzte Woche war gerade der Auftakt dafür, dass wir in den Dialog mit den Kommunen gehen und für Starkregenereignisse die Hochwasservorsorge verstärken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Auch Geld kostet das Ganze, das will ich nicht verschweigen. Wir haben zum Hochwasserschutz und für die Zusammenarbeit der Kommunen in diesem Bereich – wir werden auch einige Stellen schaffen müssen, die dann ein solches Management betreiben können – 33 Millionen Euro und 32 Millionen Euro in dem nächsten Jahr vorgesehen. Das ist ein Aufschlag, der wichtig ist. Meine Damen und Herren, das ist eine Hilfe, die für das gesamte Land und für die Bevölkerung in diesem Land wichtig ist.

Zwei Sätze will ich noch zur Energieagentur sagen. Die Energieagentur, vor fünf Jahren bzw. sechs Jahren gegründet, war hier oft sehr umstritten. Die Opposition – übrigens auch eines der Themen – hat immer dagegen gewettert und ist, glaube ich, ganz froh, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die kommunalen Strukturen von der Energieagentur beraten werden. Diese Energieagentur war bestimmt nicht leicht zu installieren. Es ist nie leicht, eine neue Beratung anzubieten. Es gab am Anfang natürlich Schwierigkeiten: Wer berät da was, und kommen nicht andere, die schon beraten haben, in Konkurrenz und werden verdrängt?

Meine Damen und Herren, zurzeit hat die Energieagentur viele, viele Aufträge, macht sehr gute Arbeit und wird vor Ort auch gelobt. Das zeigt, wir brauchen diese Energieagentur für die Einsparungen in den Kommunen. Das zeigt, wir sind den richtigen Weg gegangen, dass man auch manchmal durchhalten muss und man nicht immer gleich nachgeben darf, wenn es Kritik gibt.

Aber die Energieagentur leistet eine gute Arbeit für dieses Land, und sie leistet eine Arbeit für die Kommunen und die kommunalen Verbände. Das ist uns wichtig, dass es nicht nur darum geht, dass wir sagen, wir können etwas ins Schaufenster stellen. Nein, wir können klare Erfolge bei den Kommunen vorweisen, die sich sehr engagieren im Umweltschutz, im Klimaschutz und da auch in der Ener-

gieeinsparung und im Ausbau der erneuerbaren Energien. Das unterstützt die Energieagentur. Vielen Dank dafür, dass es die Energieagentur gibt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir haben außerdem in diesem Jahr zum ersten Mal, glaube ich, so intensiv über den Artenschutz diskutiert wie vorher noch nie, weil das Bienensterben im Zusammenhang mit dem Artenschutz eine heftige Diskussion in diesem Jahr ausgelöst hat. Artenschutz betrifft natürlich nicht nur das Bienensterben, sondern da geht es um ganz andere Zusammenhänge in der Ökologie. Es geht darum, wie ich die Landwirtschaft so betreibe – die größte Fläche, die wir in Rheinland-Pfalz haben –, dass sie nicht ökologisch schädlich ist. Das ist machbar. Das zeigen wir auch.

Es zeigt aber auch, wir können Artenschutz und Artenvielfalt in den Kommunen und Städten anbieten. Das ist nicht nur das Beispiel der Bienen auf dem Landtagsdach, die wir einmal hatten, sondern es ist tatsächlich das Beispiel, dass immer mehr Menschen etwas für den Klimaschutz und den Artenschutz tun wollen. Deswegen haben wir Programme entwickelt, die wir auch in die Fläche bringen.

Ich komme auf Ihren Vorwurf zurück. Ich nenne als Beispiel in der Südpfalz Herxheim. Wunderbar! Wenn Sie den Bürgermeister von Herxheim hören,

(Abg. Christine Schneider, CDU: Der
Beigeordnete!)

so ist er begeistert von dem, was er dort machen kann.

– Der Beigeordnete. Der Bürgermeister wird auch irgendwann begeistert sein.

(Staatsministerin Ulrike Höfken: Der auch!)

– Der auch. Ich höre, „der auch“. Okay, es sind also zwei Begeisterte. Auch schön! Wir haben vor Ort viele Menschen, die sich engagieren. Wir haben die Mittel dazu, jetzt Blühstreifen anzulegen. Wir haben die Mittel dazu, die Artenvielfalt in die Dörfer und in die Städte zu bringen.

Herr Baldauf hat kritisiert, dass die Mittel im ersten Jahr nicht abgerufen wurden. Ich kenne aber keine Programme, die im ersten Jahr, wenn sie starten, schon den vollen Mittelabruf haben. Soweit ich weiß, ist es im Moment so, dass der Mittelabruf kommt, dass die Projekte alle laufen. Es sind Hunderte von Projekten. Das ist gut für dieses Land. Die Menschen können mitmachen, sie sind begeistert vom Mitmachen. Sie können Artenschutz selbst betreiben. Sie können etwas für die Umwelt und die Natur tun. Wir fördern das. Das ist eine gute Idee; denn dort wächst Rheinland-Pfalz zusammen. Das wollen wir. Wir wollen den Zusammenhalt stärken!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich möchte ein Beispiel nennen, das eher ein leuchtendes Beispiel und nicht ein flächendeckendes Beispiel für Rheinland-Pfalz ist, nämlich der Nationalpark. Der Nationalpark ist bestimmt keine leichte und leicht zu schulternde

Einrichtung in dieser Region. Der Nationalpark hat sich bewährt.

Wir haben in den nächsten Jahren eine Mittelsteigerung von 4 Millionen Euro bzw. 5 Millionen Euro für den Nationalpark, weil wir investieren müssen. Wir müssen in die Nationalparktore investieren. Wir müssen in die Werbung für den Nationalpark investieren.

Soweit ich das bisher gehört habe, werden auch Arbeitsplätze geschaffen. Natürlich ist es schwierig. Der Nationalpark kämpft mit anderen Nationalparks. Aber genau an der Stelle muss man durchhalten. An der Stelle muss man auch sagen, wir wollen das. Die Menschen vor Ort sind glücklich darüber.

Wie gesagt, das ist nicht eine Gegend, in der jeden Tag Hunderttausende Touristen vorbeibekommen. Wir müssen dafür werben, dass die Menschen dort in Einklang mit der Natur auch den Tourismus gestalten können. Das machen wir immer wieder, wenn wir vor Ort sind.

Sie können uns glauben, in der Fraktion sind immer wieder viele vor Ort.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Dann darf
man aber die Naturparke auch nicht
vergessen!)

– Natürlich darf man die Naturparke nicht vergessen. Danke für den Zwischenruf.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD:
Pfälzerwald! –

Abg. Christine Schneider, CDU: Zum
Beispiel! Es gibt aber noch ein paar mehr!)

– Auf den Pfälzerwald beispielsweise können wir gerne noch zu sprechen kommen.

Aber der Nationalpark ist das leuchtende Beispiel. Deswegen investieren wir auch in den Nationalpark. Um das noch einmal zu sagen, die Naturparke kommen nicht kürzer, sondern sie erhalten ebenso Unterstützung. Das ist wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

In den Naturparken lernen die Menschen, die aus den Städten kommen und in den Naturparken wandern und dort ihre Freizeit verbringen, die Zusammenhänge der Ökologie. Viele Familien gehen gerne in die Pfalz, in den Hunsrück, in die Eifel – jetzt habe ich bestimmt wieder drei Gegenden vergessen –, in den Westerwald.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Schau
mich an!)

Rhein-Lahn, usw., überall. Deswegen glaube ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich hatte erwähnt, wir haben große Erfolge bei der Landwirtschaft. Wir haben öfter die Diskussion, ob die Bauern

und Bäuerinnen genug Ansehen haben. Ich möchte noch einmal ganz klar sagen, die Bäuerinnen und Bauern in diesem Land machen eine hervorragende Arbeit. Ohne diesen Berufsstand wäre dieses Land ein ganz anderes.

Wir haben nicht nur die Agraraufgaben bei den Bäuerinnen und Bauern, sondern wir haben natürlich auch Naturschutzaufgaben. Wir haben Landschaftsschutzaufgaben. Dieses Land wäre bei Weitem nicht so vielfältig, wie es ist, wenn diese Menschen, die tagtäglich dafür einstehen und gerne lieber auf dem Traktor sitzen als auf dem Amt, wie ich heute gelernt habe,

(Beifall des Abg. Marco Weber, FDP)

nicht tagtäglich dafür kämpfen würden, dass dieses Land vorankommt und so aussieht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Deswegen unterstützen wir die gesamte Landwirtschaft. Aber wir setzen als Grüne natürlich einen weiteren Akzent auf die Ökologisierung der Landwirtschaft. Es muss nicht jeder Bauer und jede Bäuerin eine Ökobäuerin oder ein Ökobauer sein. Nein, aber wir treiben den Anteil voran, meine Damen und Herren. Wir haben knapp 10 % Ökolandwirtschaft. Hätten Sie mich vor zehn Jahren gefragt, hätte ich gesagt, ich glaube nicht, dass wir das in Rheinland-Pfalz erreichen. – Aber es gibt großes Interesse, auch in Rheinland-Pfalz ökologisch in der Landwirtschaft zu arbeiten.

Das liegt nicht nur daran, dass es mehr Spaß macht. Ich kann aus meiner eigenen Familie erzählen, dass es natürlich Spaß macht, wenn man einen ökologisch guten Betrieb führt. Es ist anders, als wenn man Massentierhaltung hat. Entschuldigung, Massentierhaltung macht nicht immer Spaß. Von daher ist es der einzelne Antrieb.

Auf der anderen Seite ist die Nachfrage sehr hoch. Wir können im Land noch nicht einmal den Anteil der Nachfrage in Rheinland-Pfalz an ökologischen Lebensmitteln produzieren. Deswegen hat sich diese Koalition zum Ziel gesetzt, 20 % ökologischen Anbau in der Landwirtschaft zu haben. Ich wage jetzt schon anzudeuten, wir werden das schaffen und noch weitere Ziele erreichen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir haben – das gehört dazu – ein Ernährungsproblem, wir haben aber auch ein Schulobstprogramm, ein Schulumilchprogramm, das wirklich einzigartig ist. Wir haben eine regionale Produktkette. Wir haben ökologische Produkte in diesem Programm.

Immer wieder dann, wenn wir über diese Programme reden, müssen wir gleichzeitig mitdenken, dass das auch ein Gesundheitsprogramm ist. Natürlich geht es darum, Kinder an eine gute Ernährung heranzuführen. Natürlich geht es darum, Kindern, die zu Hause viel zu wenig über Kochen und Lebensmittel erfahren, das Kochen nahezu bringen und an das gute Essen heranzuführen, vor allem an das Essen, das gesund ist.

Deswegen ist es wichtig, dass man ökologische Landwirtschaft mit regionaler Vermarktung verknüpft. Wir steigern die regionalen Vermarktungsmittel jedes Jahr immer wieder neu um 10 bis 15 %. Das ist wichtig. Das schafft Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz.

Es ist aber eben auch der Weg, dass man regionale Produkte im eigenen Land hat, die im eigenen Land verbraucht werden. Deswegen ist das auch von der ökologischen Seite her absolut sinnvoll.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Einverstanden!)

Das Ernährungsprogramm kommt dazu. Ich muss Ihnen nicht sagen, wie oft Frau Höfken mit dem Ernährungsprogramm unterwegs ist. Sie ist an den Schulen und an den Kindergärten unterwegs. Es ist tatsächlich eine Sache, die von ganzem Herzen und mit ganzem Engagement kommt. Ich glaube, das weiß man in Rheinland-Pfalz. Wir freuen uns darüber.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wenn wir schon beim Herzen sind, dann kommen wir doch am besten zu dem Teil Familie, Jugend und Integration. Ich glaube, da können wir vorweisen, dass wir ein Programm und Engagement haben, das voll und ganz auf dem Verstand beruht, aber auch mit dem Herzen gemacht ist, meine Damen und Herren. Wir werden bei den Familien, vor allem bei den armen Familien, die Förderungen erhöhen. Wir werden bei der Jugend die Förderungen erhöhen. Wir werden bei der Integration unsere Förderhöhen beibehalten. Das heißt, die Menschen sollen sich in diesem Land Rheinland-Pfalz gut fühlen können. Sie sollen gut miteinander leben können, und sie sollen wissen, dass sie gebraucht, gewollt und in Rheinland-Pfalz akzeptiert sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Die familienfördernden Maßnahmen werden in den Jahren 2019 und 2020 jeweils um 1 Million Euro erhöht, für Häuser der Familien, Familienzentren, also dort, wo die Menschen zusammenkommen, sich austauschen und erfahren können, wo sie weitere Hilfe erhalten können. Es ist nicht leicht – das weiß inzwischen jeder –, heutzutage eine Familie zu haben, dies bei der Arbeitsbelastung, die die Menschen haben, und bei dem sonstigen Stress. Wir fördern also die Beratung in den Familien, damit die Familien auch zusammenhalten können. Dafür setzen wir mehr Geld ein. Dafür wollen wir auch in Zukunft mehr Engagement zeigen, gerade für arme Familien, für kinderreiche Familien, für diejenigen, die unsere Hilfe brauchen. Diese bekommen sie in Rheinland-Pfalz. Das ist gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Gerade die Kleinen unter den Kindern müssen im Leben gut ankommen. Deswegen haben wir das Programm „Guter Start ins Kinderleben“. Wir haben viele junge Mütter, die mit der Situation überfordert sind, wenn sie eine Familie gründen. Familie ist für uns da, wo mehrere Menschen sich

liebhaben und zusammenleben. Es sind also nicht nur Vater, Mutter und Kinder, sondern wir haben verschiedene Arten von Familien. Ich glaube, deswegen ist es richtig, dass wir all diese Familienarten unterstützen, wir das Ankommen im Leben unterstützen, wir denjenigen, die Probleme haben, ihre Kinder zu erziehen, helfen, auch denjenigen, die schwanger sind, und ihnen auch Beratung zu kommen lassen. Wir lassen sie nicht alleine, sondern holen sie da ab, wo sie sind. Das alles wird finanziell gesteigert, aber – soweit ich das weiß – natürlich auch mit dem Gesamtengagement, das in diesem Ministerium vorherrscht. Von daher freuen wir uns, dass wir das als Landtag finanziell unterstützen können. Danke dafür!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich glaube, der Verbraucherschutz hat heute in den Reden noch keine Rolle gespielt. Ich bin immer froh, wenn ich neue Themen anreißen kann. Der Verbraucher und Verbraucherinnenschutz wird erhöht werden, gerade der digitale Verbraucherschutz. Sie hatten gesagt, es passieren immer mehr Verbrechen auch im Netz. Die Menschen müssen davor geschützt werden, sie müssen aufgeklärt werden. Sie müssen sich, wenn sie betrogen worden sind, irgendwo hinwenden könnten. Deswegen ist der digitale Verbraucherschutz wichtig.

Die Verbraucherzentrale, aber auch andere Institutionen erhalten in den nächsten beiden Jahren mehr Geld. Es war nicht immer so, dass wir uns das leisten konnten. Das ist natürlich eine wichtige Aufgabe. Deswegen ist es umso besser, dass wir dieses Mal noch etwas drauflegen und sagen können, knapp 500.000 Euro insgesamt im Jahr 2020 mehr für den Verbraucher-/innenschutz, als wir jetzt haben. Ich glaube, das nützt den Menschen in Rheinland-Pfalz. Ich glaube, es nützt auch uns in der Politik, dass wir den Verbraucherschutz stärken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Die Finanzministerin hat gestern zu Recht gleich am Anfang ihrer Rede darauf verwiesen, dass wir frauenfeindlichen Tendenzen in Rheinland-Pfalz keinen fußbreit Platz lassen. Deswegen ist es wichtig, 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts – ich glaube, das war keine Einführung, das war eine Er kämpfung; die Frauen haben sich dieses Wahlrecht erkämpft, es ist nicht nach dem Motto eingeführt worden, liebe Frauen, wollt ihr auch das Wahlrecht haben, nein, die Frauen haben dafür gekämpft, dieses Wahlrecht zu erlangen – allen Tendenzen zu widersprechen und sich dagegen zu stellen, dass dieses Wahlrecht und die Gleichheit zwischen Mann und Frau infrage gestellt werden.

Meine Damen und Herren, deswegen ist es wichtig, dass wir im Frauenministerium einen Aufwuchs an Mitteln haben, und zwar nicht nur dafür, dass wir für die Gleichstellung sind, sondern auch dafür, dass wir Kampagnen unterstützen, die Frauen in die gleichen Positionen, also in die Spitzenpositionen dieser Gesellschaft bringen,

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

und dazu beitragen sollen, die Bezahlung gleich zu gestalten. Endlich einmal sollten Frauen gleich bezahlt werden. Ich bin nicht unbedingt dafür, besser zu bezahlen, aber auf jeden Fall gleich. Das haben wir bis jetzt nicht geschafft – 100 Jahre Frauenwahlrecht –, außerdem haben wir es bis jetzt nicht geschafft, dass es eine gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit gibt. Meine Damen und Herren, in dem Bereich ist noch sehr viel zu tun.

Vor allem müssen wir uns darum kümmern – das ist die negative Seite, um die wir uns kümmern müssen –, dass Gewalt gegen Frauen, die es immer wieder gibt, abgemildert wird, dass wir dagegen kämpfen. In engen sozialen Beziehungen gibt es immer wieder Gewalt. Wir haben dafür in Rheinland-Pfalz das wunderbare Programm „Rheinland-pfälzisches Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG)“. Wir sind stolz darauf. Deswegen werden wir die Mittel in dem Bereich auch erhöhen.

Wir werden die Mittel auch – das sollte die CDU mitbekommen – für ein weiteres Frauenhaus erhöhen, weil Frauen in Not aufgenommen werden müssen. In dem Bereich müssen wir mehr Geld, mehr Power und Unterstützung leisten. Das ist gut so. Soweit ich weiß, soll das im Norden von Rheinland-Pfalz sein. Dort ist es auch notwendig. Wir sind sehr, sehr froh, dass wir diese Mittel im Haushalt haben. Vielen Dank dafür an die Frauenministerin.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir haben, das habe ich am Anfang betont, bei der Jugend mit den Ausgaben kräftig zugelegt. Aber es ist nicht der Sinn eines Haushaltes, dass man kräftig mit den Ausgaben zulegt, sondern es geht darum, was man mit dem Geld macht. Dazu wurde im Ministerium eine neue Strategie entwickelt, nämlich die Jugendstrategie „JES! Jung. Eigenständig. Stark.“

Diese Jugendstrategie ist vor Ort, die Menschen sind vor Ort und sagen: Ihr müsst Euch engagieren als Jugendliche! Wir unterstützen Euch dabei! Macht Politik als Jugendliche – das Wahlalter 16 muss ich jetzt gar nicht ansprechen –! Macht Eure eigene Politik, Eure eigenen Veranstaltungen! Seid mutig genug, Euer Schicksal in die Hand zu nehmen! Zeigt Euch auch in Eurem normalen Lebensumfeld in der Politik!

Deswegen gibt es die entsprechenden Jugendräte; deswegen wird die Jugendarbeit dort vor Ort mobil unterstützt, wo es kein Jugendhaus gibt. In Rheinland-Pfalz mit weit über 2.000 Gemeinden kann es nicht in jeder Gemeinde ein Jugendhaus geben. Deswegen ist es richtig, dass man mobil vor Ort die Jugendarbeit unterstützt, Veranstaltungen macht und auf die Möglichkeiten hinweist, was Jugendliche machen können.

Das Ganze ist mit den Kommunen abgestimmt, das ist doch selbstverständlich. Wir machen das nicht von der Landesregierung aus, sondern die Kommunen können eigene Jugendstrategien entwickeln, die Landkreise können Jugendstrategien entwickeln, und dann haben wir vor Ort die Bewegung. Das wollen wir machen, dafür geben wir 1 Million Euro mehr im Jahr aus.

(Unruhe bei der CDU)

Natürlich könnte man da noch einmal draufpacken, aber das ist ein Haushalt der Vernunft und der Abgewogenheit. Deswegen tun wir das, was wir können, und das sind im Moment diese 1 Million Euro mehr im Jahr für die Jugendarbeit. Wir sind sehr dankbar dafür, und ich glaube auch die Jugendlichen sind dankbar dafür, soweit sie uns das aus ihren jugendlichen Organisationsstrukturen zurückmelden, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir haben – das diskutieren die Grünen, glaube ich, am längsten; aber das weiß jeder in diesem Land – eine Situation, in der Menschen in dieses Land einwandern. Sie wandern ein, und sie werden bleiben. Es ist nicht mehr wie früher, als man von Gastarbeitern gesprochen hat: Menschen, die kommen und die dann wieder gehen sollen. Nein, die Menschen kommen, und auch viele von den Gastarbeitern sind geblieben, haben hier Familien gegründet und sind einfach Bestandteil dieser Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, deswegen muss man sich darauf vorbereiten. Man kann doch nicht einfach so tun, als wäre die Tendenz nicht so, dass Menschen zu uns kommen wollen. Wir brauchen Menschen in Deutschland, wir werden sonst weniger in Deutschland, und wir brauchen natürlich mehr Menschen in Deutschland, um unsere ganze Wirtschaft, um unser ganzes System aufrechtzuerhalten.

(Abg. Matthias Joa, AfD: Besonders die
Qualifizierten! –

Abg. Michael Frisch, AfD: Da hätten Sie
mal etwas dafür tun sollen! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Deswegen brauchen wir ein Einwanderungsgesetz. Das haben wir als Landesregierung bereits vor vielen Jahren in den Bundesrat eingebracht. Das werden wir wieder tun. Soweit ich das höre, kommen wir immerhin ein Stückchen voran. Ich glaube das zwar noch nicht, aber vielleicht werden wir in diesem Herbst oder im nächsten Jahr ein Einwanderungsgesetz haben. Es wird eines vorgelegt werden.

Dann kommt es natürlich darauf an – das will ich hier ausdrücklich sagen –, dass es die Möglichkeit des Spurwechsels gibt. Jetzt ist das kritisiert worden. Man solle doch nicht Menschen, die illegal nach Deutschland gekommen sind, hier behalten wollen. Meine Damen und Herren, Sie alle, soweit Sie vertrauenswürdig und kommunal aktiv sind,

(Abg. Joachim Paul, AfD: Immer wieder
neue Facetten!)

werden Zuschriften von Menschen bekommen, die darum bitten, dass man Freundinnen und Freunde, Menschen, die in der Schule mit den Kindern Kontakt haben, Menschen, die bei einem arbeiten und die wichtig sind für einen selbst – emotional wichtig, ökonomisch wichtig –, hier behalten soll.

(Abg. Matthias Joa, AfD: Ökonomisch!)

Wir bekommen solche Briefe immer wieder. Wir wollen den Menschen eine Chance geben, die gut integriert sind, die hier einen Arbeitsplatz haben, die ihre Kinder hier haben, deren Kinder im Sportverein sind und

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So sieht
es aus!)

deren Vater dort Trainer ist. Was bekomme ich da an Briefen? – Der Verein müsse zumachen, weil der drei Jugendmannschaften trainiert usw.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Das darf doch
aber nicht von der Mitgliedschaft im
Fußballverein abhängen!)

Solche Menschen sollen nach wie vor nach unserem geltenden Recht abgeschoben werden, meine Damen und Herren. Das kann und darf doch nicht sein! Deswegen brauchen wir den Spurwechsel im Einwanderungsgesetz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir haben – das geht manchen zu weit – den Menschen, die hier sind, Sprachkurse angeboten. Wir werden das weiterhin tun. Zur Integration gehört vor allem das Lernen der deutschen Sprache. Soweit sind wir uns wahrscheinlich einig. Wir bieten auch den Menschen, die nicht unbedingt gleich als Asylbewerber anerkannt werden, Sprachkurse an, weil sie hier leben und sich hier orientieren müssen, sich in dieser Gesellschaft orientieren und mit den anderen zusammenleben müssen. Deswegen ist es so wichtig, dass diese Sprachkurse gemacht werden.

Wir werden weiterhin 2,8 Millionen Euro für Sprachkurse anbieten. Neu dabei ist, dass wir Sprachkurse berufs- und ausbildungsbegleitend anbieten können. Das heißt, sie zielen genau auf diejenigen, die in einen Beruf wechseln oder eine Ausbildung anfangen, damit sie noch einmal speziell für die Berufe, in denen sie aktiv sind, Sprachkurse belegen können.

Ich glaube, es ist wichtig für die Zukunft dieses Landes, dass man Menschen, die hier arbeiten wollen, entsprechend begleitet und es keine riesige Abbrecherinnen- und Abbrecherquote gibt, sondern sie die Sprache können und man hilft, wo man kann. Das ist eine sehr gute Maßnahme, die wir weiterführen werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wenn ich jetzt auf die Uhr schaue, dann sehe ich, dass ich nicht alle Themen so weit ausführen kann. Deswegen vielleicht andere Themen, die uns sehr wichtig sind, in aller Kürze.

Meine Damen und Herren, die Innere Sicherheit ist die Grundlage des Zusammenlebens. Natürlich können wir nicht miteinander zusammenleben, wenn wir Angst haben müssen, draußen auf der Straße direkt überfallen zu werden. Deswegen ist die Innere Sicherheit wichtig, damit wir Vertrauen haben in diesem Land. Wir danken dem

Innenministerium und vor allem den Menschen, die die Innere Sicherheit herstellen, nämlich den Polizistinnen und Polizisten, den Ehrenamtlichen in den verschiedenen Katastrophenschutzeinrichtungen.

Wir danken herzlich für diese Arbeit, und wir haben – das haben andere schon gesagt – auch da die Mittel erhöht. Vor allem haben wir die Mittel für den Schutz der Polizistinnen und Polizisten erhöht, für den passiven Schutz, aber wir haben auch Drohnen und andere Dinge gekauft, Taser zum Beispiel. Damit haben wir eine Ausrüstung, die sich sehen lassen kann. Das ist vielleicht noch nicht alles zu Ende gedacht und noch nicht alles angeschafft, aber wir wollen, dass Polizistinnen und Polizisten in diesem Land sicher sind, und wir wollen klarstellen, dass unsere volle Solidarität und unsere volle Unterstützung allen Menschen gilt, die für Sicherheit sorgen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Die Bildung ist Landessache, deswegen ist es immer schön, wenn wir in Rheinland-Pfalz über Bildung reden können. Wir haben – der Wissenschaftsminister freut sich schon – in Rheinland-Pfalz vorbildliche Einrichtungen für die Bildung. Meine Damen und Herren, deswegen werden wir auch in diesem Jahr mehr Lehrkräfte einstellen.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Wir werden, obwohl wir natürlich von anderen Parteien immer hören, wir würden die falschen Schwerpunkte setzen, die richtigen Schwerpunkte setzen. Wir werden Lehrerinnen und Lehrer einstellen, weil wir mehr Schülerinnen und Schüler haben als gedacht. Wir haben mehr Menschen in der Schulsozialarbeit. Dort, wo Probleme sind, handeln wir, um den Problemen entgegenzusteuern.

Deswegen freuen wir uns, dass wir nicht nur beim Personal, sondern auch im Schulbauprogramm und der digitalen Bildung noch einmal zulegen können. Wir werden – ich erwähne das jetzt nur kurz, wir werden darüber noch lange Diskussionen führen – in den Kindertagesstätten die Situation verbessern können. Vielen Dank dafür, Frau Hubig.

Das ist gut, was wir in diesem Land machen, das geht voran. Die Opposition hat bisher keine besseren Vorschläge gemacht. Ich glaube, sie hat auch keine besseren. Deswegen machen wir das, was wir machen wollen.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Wir machen,
was wir machen wollen, das ist der
Grundsatz! –
Abg. Christine Schneider, CDU: Wir
machen das sehr wohl!)

Auch bei der Ganztagschule und bei der Inklusion haben wir Aufwüchse von 40 auf 50 Millionen Euro. Das sind gute und wichtige Projekte, meine Damen und Herren. Danke dafür.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Das gilt auch für die Hochschulen: Rheinland-Pfalz ist nun nicht der klassische Hochschulstandort. Ich glaube, als

die CDU noch regiert hat, gab es nicht so viele Hochschulen und so viele Universitäten in Rheinland-Pfalz. Das ist alles in den letzten Jahren gestemmt worden. Wir haben eine hervorragende Forschungslandschaft, und wir haben hervorragende Hochschulen. Allein die Stärkung der Universitätsmedizin in Mainz umfasst eine fast dreistellige Millionensumme.

Wir stehen hinter diesen Ausgaben. Wir wollen, dass die Forschung in Rheinland-Pfalz bleibt. Wir wollen, dass Hochschulen in Rheinland-Pfalz gut existieren können, dass sie exzellent werden und Exzellenzcluster ausfüllen können. Sie haben es gehört, Kaiserslautern ist einer dieser Standorte, aber eben nicht nur Kaiserslautern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir halten am Hochschulpakt fest. Natürlich lösen wir unsere Verpflichtungen ein. Wir wären froh, wenn wir von der Bundesebene bereits die entsprechende Nachricht hätten, dass der Hochschulpakt weitergeführt wird. Wir wollen die Hochschulen in Rheinland-Pfalz entwickeln.

Dazu gehört natürlich auch das Medizinstudium. Andeutungsweise kann man bereits sagen, dass wir uns geeinigt haben, mehr Medizinstudienplätze in Rheinland-Pfalz auf den Weg zu bringen, um mehr Medizinerinnen und Mediziner ausbilden zu können. Das ist wichtig in Rheinland-Pfalz, da geht es um das Land, da geht es aber genauso um die Stadt. Ich bekomme in der Stadt als Kassenpatient auch nicht schneller einen Termin beim Arzt. Das ist nicht nur ein Problem auf dem Land, sondern wir brauchen einfach mehr Ärztinnen und Ärzte.

Deswegen ist das richtig, was wir machen. Wir haben im Krankenhausbereich mehr als 20 Millionen Euro Aufwuchs pro Jahr. Das ist wichtig, weil wir die Krankenhäuser erhalten wollen. Das gilt auch für die Dinge, die nicht immer nur Geld bringen, beispielsweise für Geburtsstationen. Wir wollen, dass die ortsnah sind. Wir wollen, dass sich die Menschen sicher fühlen, auch wenn sie krank sind, und in der Nähe eine Versorgung haben. Dafür geben wir vermehrt Geld aus. Das muss sein, und das ist gut investiertes Geld. Ich glaube, wir können das zeigen.

Wir sind nicht so reich wie andere Bundesländer – das will ich auch dazu sagen –,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Aber
sexy!)

aber für die Krankenhäuser sorgen wir, für die ärztliche Versorgung sorgen wir, und deswegen machen wir das auf der Seite auf jeden Fall richtig.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ähnlich sieht es mit der Armutsbekämpfung aus, auch da stocken wir auf. Kinderarmut hatte ich schon erwähnt, aber das gilt auch für die Armut von älteren Menschen. Die Grünen plädieren dafür, dass auf Bundesebene eine Kindergrundsicherung eingeführt wird. Hier im Lande tun wir das, was wir tun können, nämlich die Grundsicherung aus

Bundesmitteln für ältere Menschen weiterzuleiten und aufzustocken, soweit wir von Landesseite aufstocken können.

Der soziale Anteil an dieser Landesregierung kann sich sehen lassen. Wir sind ausgewogen, wir haben einen ökologischen, wir haben einen wirtschaftlichen, wir haben einen sozialen und wir haben vor allem einen menschlichen Anteil. Das macht diese Landesregierung so stark.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Den Wohnungsbau will ich noch erwähnen, weil wir letzte Woche als Grüne in unserer Klausur ein Papier dazu verabschiedet haben. Wir sind froh, dass wir diese Mittel, die wir in Rheinland-Pfalz für den Wohnungsbau bereitstellen können, auch bereitstellen.

Wir wollen darüber hinaus weitere Förderungen. Wir wollen kommunale Wohnungsbaugesellschaften auch in Landkreisen voranbringen. Wir wollen einen vermehrten Bau von Studierendenwohnungen, wo dies möglich ist. Es gibt Städte mit Studierenden, die sehr wenig Studierendenwohnungen haben. Wir wollen auch schauen, ob wir nicht ein Zweckentfremdungsverbot für Wohnungen durchsetzen können, damit Wohnungen als Wohnungen und nicht als Pseudohotels genutzt werden. Meine Damen und Herren, das ist wichtig; denn wenn die Wohnungen da sind und dastehen, dann müssen sie auch entsprechend genutzt werden. In die Richtung wollen wir weitergehen.

Zur Wirtschaft in Rheinland-Pfalz kann man sagen, dass sie sich perfekt entwickelt. Wir hatten in den letzten Jahren einen Aufwuchs in der Wirtschaft, den wir uns früher nicht hätten träumen lassen. Natürlich ist das gut für die finanziellen Einnahmen, aber es ist auch gut für die Wachstumsbegriffe, die wir haben. Die Wirtschaft wächst 2 bis 3 % im Jahr. Rheinland-Pfalz ist ein Land, das davon profitiert.

Wir haben sehr, sehr starke Betriebe, viele, viele Hidden Champions und viele weltweit führende Betriebe in Rheinland-Pfalz. Man muss sich das nur anschauen. Immer, wenn wir vor Ort Termine wahrnehmen, sehen wir, dass es solche wunderbaren Betriebe in Rheinland-Pfalz gibt.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: So ist es!)

In der Kultur haben wir – das wurde gestern schon erwähnt – gut zugelegt. „Mister 10 %“, Sie haben es tatsächlich geschafft, auch in der freien Kulturszene und bei den Musikschulen noch einmal ein wenig draufzupacken. Das brauchen wir auch. Wir sind nicht das Land, das bei den Kulturausgaben führend ist, aber wir wollen auch nicht abgehängt werden. Deswegen ist es so wichtig, in der Kultur voranzukommen.

Meine Damen und Herren, die Mobilität ist für die Grünen nicht nur Autoverkehr. Wir hören nachher noch, was das Urteil sagt. Ich hoffe, wir haben keine Fahrverbote.

(Zuruf aus dem Hause: Doch, 01.04.! –
Weitere Zurufe von Abg. Alexander Licht,
CDU, und Abg. Jutta Blatzheim-Roegler,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Hoffnung nicht erfüllt. Umso wichtiger ist es, vom Auto wegzukommen und den Fahrradverkehr, den öffentlichen Nahverkehr, den Zugverkehr und vor allem das Elektroauto und die Elektrofahrzeuge zu stärken.

Das sind Dinge, die eine saubere Luft und auch Mobilität garantieren. Wir wollen keine Fahrverbote. Wir wollen, dass wir sauber fahren und uns sauber bewegen können, damit wir in den Städten in Rheinland-Pfalz nicht mehr diese Fahrverbote haben werden.

Meine Damen und Herren, dem Ehrenamt möchte ich danken, egal ob das der Landesjugendring, die Feuerwehr, die politische Bildung oder die Gedenkarbeit ist. Das sind viele, viele Menschen, die Gutes tun in Rheinland-Pfalz, die engagiert Gutes tun und ohne die wir in der Politik mit den Geldern, die wir heute einbringen und demnächst verabschieden wollen, wirklich nicht so weit kämen.

Den Landesbeamtinnen und -beamten haben wir zum bisherigen Einkommen einen Zuschlag gewährt. Das war eine Diskussion, die in dieser Landesregierung intensiv geführt wurde. Ich glaube aber, wir haben ein gutes Ergebnis erreicht. Insofern gibt es auch für die Landesbeamtinnen und -beamten gute Voraussetzungen.

Meine Damen und Herren, die Kommunen hatte ich hier schon öfter angesprochen. Das will ich jetzt nicht noch einmal extra tun.

Ich will noch einen Satz zu Europa sagen. Im nächsten Jahr sind Europawahlen. Meine Damen und Herren, wenn wir in diesem Landtag, wie eben schon gesagt, mit Herz, Verstand und Vernunft regieren und wir uns in diesem Landtag um die besten Konzepte streiten, dann ist das ein gutes Beispiel für Europa und ein gutes Beispiel dafür, dass Demokratie gelebt werden kann, Demokratie eine lebendige Gesellschaft ist und wir in Rheinland-Pfalz mit dem Hambacher Schloss als historische Grundlage

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Und der Mainzer Republik!)

– und der Mainzer Republik – eine Vorbildfunktion für die Demokratie einnehmen und gegen Rassismus, Ungleichheit und für Menschlichkeit sind. Das können wir feststellen.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf weitere Gäste auf unserer Besuchertribüne willkommen heißen. Wir freuen uns über die Anwesenheit von Gemeinderatsmitgliedern der Gemeinde Winden. Seien Sie uns hier im Plenarsaal herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Außerdem begrüße ich Mitglieder des Ortsvereins DRK Alzey, der Rentnergruppe „Zappewichte“ aus Spiesheim sowie ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 33, Alzey. Auch Ihnen ein ganz herzliches Willkommen bei uns in der Haushaltsdebatte! Schön, dass Sie da sind.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerpräsidentin Dreyer.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Vielen herzlichen Dank, lieber Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete! Das ist schon ein ganz schöner Marathon. Ich bemühe mich, mich auf die Dinge zu konzentrieren, die aus meiner Sicht besonders wichtig sind.

Ich will mich zuallererst sehr herzlich bei den regierungstragenden Fraktionen bedanken, Herrn Schweitzer, Herrn Braun und Frau Willius-Senzer; denn durch die Debatte hat man wieder gespürt, dass dieser Haushalt von diesen getragen wird. Ich tue das ganz bewusst, weil wir auch Zeiten hatten, in denen wir sehr stark sparen mussten und wirklich schwierige Dinge zu bewältigen hatten, wir aber verlässlich mit dieser Regierung nach vorne gehen konnten. Also ein herzliches Dankeschön für diese positive Debatte.

Lieber Herr Baldauf, wenn ich ein Wort an Sie richten darf, dann möchte ich einfach sagen, dass ich zwischen den Zeilen gehört habe, dass Sie gerne hier und da eine andere Schwerpunktsetzung hätten. Insgesamt haben Sie aber keine Zweifel daran gelassen, dass die Landesregierung einen guten Haushalt vorgelegt hat.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Na, na! –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das habe
ich auch so verstanden!)

Darüber bin ich froh.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auch begründen, weshalb ich persönlich fest davon überzeugt bin, dass das ein guter Haushalt ist.

Das Wort „Zusammenhalt“ ist sehr häufig in dieser Debatte gefallen. Auch ich bin davon überzeugt, dass Zusammenhalt das Lebensgefühl der Rheinland-Pfälzer und der Rheinland-Pfälzerinnen ist. Wenn das Motto einer Grundschule in Bottenbach in der Südwestpfalz „MITEINANDER – FÜREINANDER“ lautet oder eine ganze Dorfgemeinschaft ein paar Kilometer weiter im Örtchen Rumbach – Sie wissen über Twitter, dass ich mit dem Bundespräsidenten dort war – gemeinsam unter dem Leitspruch „Gemeinsam geht mehr“ anpackt, um einen Treffpunkt für Jung und Alt, für Fitte und mit Handicap zu bauen; wenn wir Spitzenreiter im Ehrenamt sind, dann weiß ich einfach, dass sich die allermeisten Rheinland-Pfälzer für den Zusammenhalt einsetzen.

Sie wollen nicht nur den Zusammenhalt, sondern sie setzen sich auch für diesen Zusammenhalt ein. Sie sind verlässlich, und sie verlassen sich auf uns. Sie sind in ihrer Heimat fest verwurzelt. Das gilt für Basberg mit 87 Einwohnern genauso wie für Gehlert mit 570 Einwohnern, für Zweibrücken mit 36.000 Einwohnern genauso wie für Koblenz mit fast 115.000 Einwohnern. Die Menschen fühlen sich mit ihrer Region verbunden. Sie fühlen sich wohl in ihrer Region, und zwar völlig egal, ob sie in der Stadt wohnen oder auf dem Land leben.

(Präsident Hendrik Hering übernimmt den
Vorsitz)

Die Menschen in Rheinland-Pfalz wollen in dieser Verwurzelung ein europäisches, ein weltoffenes Land, weil in der Pfalz, in der Eifel, in Rheinhessen, im Westerwald und im Hunsrück unsere Nachbarn aus Frankreich, Belgien, Luxemburg eben nicht mehr nur Nachbarn sind, sondern weil sie längst unsere Freunde sind. Deshalb ist das alles so selbstverständlich in unserem schönen Bundesland Rheinland-Pfalz. Das ist Ausdruck dessen, dass die Menschen zum einen gerne hier leben, egal wo sie im Land leben, und sie zum anderen für ein weltoffenes, für ein europäisches Land streiten und sich selbst sehr stark für den Zusammenhalt in unserem Land einsetzen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Baldauf, natürlich wissen wir auch, dass viele Menschen zurzeit aufgrund der großen Umbrüche verunsichert sind. Wir haben häufig genug – auch hier im Parlament – genau darüber gesprochen. Deshalb bin ich auch davon überzeugt, dass dieser Haushalt so wichtig ist, weil wir die Zukunft gestalten und mit Zuversicht gestalten. Wir verteidigen unsere offene Gesellschaft. Dort, wo Angst und Verunsicherung sind, zeigen wir, dass diese Regierung handelt. Mit diesem Haushalt stellen wir die Weichen dafür. Wir investieren in die Zukunft, in Infrastruktur, ins Netz, in Straßen, Bildung, Sicherheit, Klimaschutz und gute ärztliche Versorgung. Wir lassen niemanden zurück. Weil wir das gemeinsam tun, können wir zuversichtlich in die Zukunft schauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushalt ist deshalb nicht nur wichtig und richtig, sondern er ist auch etwas ganz Besonderes. Es ist schon häufig gesagt worden: Es ist nun einmal in unserem Land der erste Haushalt seit 50 Jahren, der ohne neue Schulden auskommt. Wir planen sogar Überschüsse.

Herr Baldauf, Frau Finanzministerin Ahnen hat doch sehr deutlich gemacht, dass wir ganz bewusst im laufenden Haushalt Sicherheitsabstände und Rücklagen gebildet haben, um auf mögliche Risiken vorbereitet zu sein. Im Finanzplan sind ein möglicher Zinsanstieg, steigende Versorgungsausgaben oder die überproportionale Berücksichtigung unserer Kommunen bereits berücksichtigt.

All das zeigt, dass wir planvoll vorgehen. Frau Ahnen hat es gesagt, es ist kein Strohfeuer. Wir haben von Anfang an deutlich gemacht, wir wollen einen Haushalt ohne Schulden vorlegen. Wir wollen das auch in Zukunft gewährleisten. Wir wollen unsere Kommunen stark machen. Ebenso wollen wir die Investitionsquote wieder steigern. All das

machen wir mit diesem Haushalt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wie wollen Sie das machen?)

Deshalb ist das nicht nur ein wichtiger, sondern ein ganz besonderer Haushalt, den wir vorlegen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Baldauf, eine der wenigen konkreten Forderungen, die Sie erhoben haben, ist die Forderung nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

(Abg. Martin Haller, SPD: Lächerlich!)

Ich kann nur sagen, das ist die Forderung, die vor zwei Monaten genau an dieser Stelle, am gleichen Ort, vom CDU-Landtagsabgeordneten Reichert noch wie folgt kommentiert worden ist: „Die Forderung nach einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist reiner Populismus.“

(Abg. Martin Haller, SPD: Vor zwei Monaten!)

So viel zu konkreten Vorschlägen am heutigen Tage.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Unser Anspruch, den wir mit diesem Haushalt verbinden, ist, dass alle Menschen vom Wohlstand und Fortschritt profitieren. Soziale Gerechtigkeit – das ist eben noch einmal zum Ausdruck gekommen – ist für uns ein nachprüfbarer Maßstab. Ich glaube, Frau Willius-Senzer hat gesagt, immer wieder gibt es Vergleichsstudien, die deutlich machen, dass es kein anderes Land als Rheinland-Pfalz gibt, in dem die Bildungsgerechtigkeit seit vielen, vielen Jahren so stark und klar ist. Ich sage sehr deutlich: Bildungsgerechtigkeit ist für mich einer der Wesenskern für soziale Gerechtigkeit. Das ist ein wesentlicher Punkt, der auch dem Zusammenhalt in unserem Land dient.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Land ist in allen Feldern innovativ. So in der digitalen Landwirtschaft. Herr Baldauf, da mache ich jetzt einen kurzen Exkurs, denn selbstverständlich haben wir Schwerpunkte in der digitalen Landwirtschaft. Die liegen bei den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum sowohl in Neustadt als auch in Bad Kreuznach. Der neue Leiter von Neustadt war jetzt gerade zusammen mit Herrn Wissing im Silicon Valley.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Was haben die da gemacht?)

Dort konnten sie sich davon überzeugen, dass wir natürlich mit den Entwicklungen Schritt halten können und wir in der digitalen Landwirtschaft ganz weit vorne sind. Die GeoBox – auch das ist hier schon öfter berichtet worden – in der Landwirtschaft ist absolut spitze. Die Agrarministerkonferenz hat jetzt entschieden, dass die GeoBox bundesweit eingeführt wird.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Das dauert!)

Wer also in diesem Raum behauptet, dass es in der digitalen Landwirtschaft keine Schwerpunkte gibt, der liegt falsch. Im Gegenteil, wir sind in diesem Bereich ganz vorne mit dabei.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Land ist nicht nur in der digitalen Landwirtschaft innovativ, sondern auch bei neuen Wohnformen und mit den Digital Hubs in Mainz, Kaiserslautern, Trier und anderen Städten.

Klar ist, eine starke Wirtschaft und eine saubere Umwelt stehen für uns in Rheinland-Pfalz gerade nicht im Widerspruch. Rheinland-Pfalz ist Spitzenreiter beim Ausbau alternativer Energien. Viele unserer mittelständischen Unternehmen leben sehr erfolgreich auch von der Produktion erneuerbarer Energien.

Unser Land ist sicher. Auch ich stelle das hier noch einmal fest. Die Zahl der Straftaten war in Rheinland-Pfalz im Jahr 2017 so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Das sind Fakten. Deshalb sollte man nicht immer so tun, als wäre es anders.

Ja, der scheidende Gewerkschaftschef, der jetzt gerade von Herrn Minister Roger Lewentz verabschiedet wird – Herr Schweitzer hat dazu eigentlich alles gesagt –, hat markante Worte für sich gewählt. Natürlich gilt es für eine Interessensvertretung, immer noch einmal deutlich zu machen: Wir fighten auch noch für mehr.

Nichtsdestotrotz sage ich sehr klar, wir stärken die Polizei – das machen wir mit diesem Haushalt auch wieder deutlich –: Wir stellen weiterhin 580 Polizeianwärter und -anwärterinnen pro Jahrgang neu ein. Wir steigern damit auch die Anzahl der Polizisten. Bis 2021 werden wir über 9.600 ausgebildete Polizistinnen und Polizisten haben.

Es gibt eine von Ihnen sehr geliebte Statistik. Das ist die Statistik, die die CDU immer wieder vorlegt, obwohl die Innenministerkonferenz schon lange gesagt hat, dass diese Statistik nicht wirklich taugt, weil sie letztendlich nichts darüber aussagt, wie gut die Präsenz oder die Anwesenheit von Polizei an den Brennpunkten ist, an denen wir sie brauchen. Trotzdem will ich sie noch einmal zitieren; denn wenn Sie sie schon zitieren, dann möchte ich gerne, dass sie auch richtig zitiert wird.

Im Oktober 2018 veröffentlichte das Statistische Bundesamt eine neue Untersuchung zur klassischen Polizeidichte der Länder. Da geht es um Vollzeitäquivalente im Aufgabenbereich Polizei je 100.000 Einwohner, unterteilt nach Bundesländern. Da steht das Land Rheinland-Pfalz eben nicht so da, wie Sie das darstellen, sondern Bayern, Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen stehen hinter uns.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Deshalb sage ich, wir erreichen einen guten Schnitt auch in dieser Statistik, die in der Vergangenheit aus meiner

Sicht zu Recht eigentlich nicht die große Rolle gespielt hat und das auch in Zukunft nicht sollte.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dank der guten Arbeit der Polizisten und Polizistinnen steigt auch die Aufklärungsquote. Ich muss nicht wiederholen, dass wir in diesem Bereich ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt liegen.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Liebe Damen und Herren Abgeordnete, ich sage noch einmal deutlich: Es ist nicht so, als würden wir uns nicht immer wieder herausgefordert fühlen, noch besser zu werden. Es ist nicht so, wie Sie das behaupten, aber ich stelle fest, dass wir in den vergangenen Jahren erhebliche wichtige Schritte gemacht haben und sich die Polizeistärke in unserem Land auf einem Niveau befindet, das wir noch nie hatten.

Klar ist aber genauso – das zeigt dieser Haushalt –, dass einer unserer wichtigsten Schwerpunkte auch in diesem Haushalt die Sicherheit ist. Das betrifft einerseits die Polizei, und das betrifft andererseits die Justiz. Bei beiden legen wir nach.

Deshalb sage ich noch zwei Sätze zur Justiz, weil es mir persönlich – Herr Mertin weiß das – ein besonderes Anliegen ist. Ich war Staatsanwältin – nicht lange, aber ich war Staatsanwältin. Ich weiß, was die Justiz bei uns zu stemmen hat. Deshalb bin ich auch sehr froh, dass sich der Justizminister und die Finanzministerin darauf verständigt haben, dass es auch da einen deutlichen Stellenaufwuchs gibt.

Ich glaube, man kann heute, wenn man über Sicherheit im Land spricht, Polizei und Justiz nicht voneinander trennen, sondern beides muss gut funktionieren. Wir bauen deshalb diese Stellen auf.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung setzt mit der Verbesserung bei Polizei und Justiz einen klaren Schwerpunkt auf einen starken Rechtsstaat als Garant für Sicherheit und Freiheit in unserem Land, und das finde ich, auch als Ministerpräsidentin, richtig und gut.

Sehr verehrte Herren und Damen Abgeordnete, anpacken, wo Hilfe gebraucht ist, aufeinander achtgeben, das macht das Zusammenleben in Rheinland-Pfalz immer wieder aus; das haben wir auch beim Hochwasser erlebt. Jeder zweite Rheinland-Pfälzer ist ehrenamtlich aktiv. Das wissen wir inzwischen, aber man muss es trotzdem immer wieder sagen, weil wir im Grunde die deutsche Meisterschaft in diesem Bereich haben. Es ist ein großer, großer Dank, auch an dieser Stelle, angesagt an alle, die sich in unserem Land ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagieren.

Herr Baldauf, auch hier an dieser Stelle: Ja, wir werden mehr Geld für das Ehrenamt ausgeben. Aber es ist doch selbstredend, dass das Geld nicht für uns ist,

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

sondern wir arbeiten schon immer in der Staatskanzlei – in der Leitstelle – für das Ehrenamt, und wir bieten Schulungen, Fortbildungen und Kongresse an. Das Ehrenamt wandelt sich. Das war mit ein Grund dafür, warum ich als Ministerpräsidentin die neue Initiative „Ich bin dabei!“ gegründet habe. „Ich bin dabei!“ ist eine Initiative, die von den Kommunen sehr, sehr gut angenommen wird.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Grund dafür, dass wir diese Initiative ausweiten und mit den Kollegen und Kolleginnen im Ehrenamt neue Wege gehen werden, weil der demografische Wandel auch im Ehrenamt eine große Rolle spielt. Das ist es ein Zeichen dafür, dass wir das Ehrenamt in unserem Land wertschätzen und wir uns immer anstrengen, gute Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu schaffen.

Wir können das Ehrenamt nicht bezahlen – es wäre dann kein Ehrenamt mehr –, aber wir können gute Rahmenbedingungen dafür schaffen. So verstehe ich mich als Ministerpräsidentin und so versteht sich unsere Landesregierung: Wir geben das Beste, um das Ehrenamt in unserem Land zu unterstützen. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass sich die Menschen so engagieren, und deshalb tun wir das, und das spiegelt sich in dem Haushalt auch wider.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht so, wie es gesagt worden ist, Herr Baldauf, dass die regierungstragenden Fraktionen die ländlichen Räume entdecken, weil jetzt Kommunalwahlen sind. Wir möchten, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz überall gut leben, und zwar so, dass sie dort gut leben, wo sie leben wollen.

Die Mehrheit der Menschen in Rheinland-Pfalz wählt ihren Wohnsitz im ländlichen Raum. Deshalb machen wir schon immer Politik für alle Menschen überall in unserem Land. Es ist doch selbstverständlich, dass wir als Landesregierung nicht fragen, wo jemand wohnt, sondern was jeder und jede braucht, um gut leben zu können. Wir erkennen die unterschiedlichen Bedürfnisse und entwickeln auch dementsprechend passgenaue Lösungen.

Das war ein großes Thema auf der Reise des Bundespräsidenten. Ich nenne Ihnen jetzt zwei, drei einleuchtende Beispiele, die zeigen, dass wir unterschiedlich agieren, im Wissen, dass die Herausforderungen in den ländlichen Regionen manchmal andere als in den Städten sind. Das erste Thema ist das Thema „Wohnen“. Es ist bereits angesprochen worden, in vielen Städten kämpfen wir zurzeit mit dem Thema „Bezahlbarer Wohnraum“.

Es ist aber nicht so, Herr Baldauf, als müssten wir jetzt anfangen, Oberbürgermeister einzuladen. Bereits im Jahr 2015 hat die Bauministerin das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ eingerichtet. Dieses Bündnis besteht genau darin, dass alle, die mit dem Thema „Wohnen“ zu tun haben, gemeinsam an einem Tisch sitzen und Maßnahmen entwickeln, um das bezahlbare Wohnen nach

vorne zu bringen. Selbstverständlich sind auch die kommunalen Spitzen und betroffenen Oberbürgermeister mit dabei.

Das Resultat dieses Bündnisses ist, dass das Land öffentlichen Wohnraum erheblich fördert. Das Resultat ist, dass wir unsere Verwaltungs- und Umsetzungsvorschriften mehrfach verändert haben und zum Beispiel nicht nur Darlehen geben, sondern auch Zuschüsse. Das Resultat ist, dass zunehmend in unseren Städten wieder bezahlbarer Wohnraum gebaut wird. Das Resultat ist auch, dass wir die Kommunen erfolgreich dazu animieren, bestimmte Dinge umzusetzen, zum Beispiel Sozialquoten in Bebauungsplänen, damit dort, wo Private investieren, klar ist, dass sie auch in bezahlbaren Wohnraum investieren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Das ist
Spiegelfechtere! Bei kleinen Bauprojekten
leicht umsetzbar!)

Ich weiß auch nicht genau, ob es mit dem Wahlkampf in Hessen zu tun hat, dass seitens der CDU häufig Hessen als Vergleich genannt worden ist, aber an dieser Stelle nicht. Ich sage Ihnen auch, warum. In Hessen ist es nämlich nicht rechtzeitig erkannt worden, dass man umsteuern muss.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist
es! 60.000 Wohnungen verkauft!)

Wir haben bereits im Jahr 2015 umgesteuert, und man kann sagen, wir haben investiert, auch vorher schon, aber in Hessen ist das nicht geschehen. Es ist lange her, lieber Herr Baldauf, dass wir neidvoll nach Hessen geschaut haben. Das war einmal. Heute ist es ganz oft so, dass die Hessen zu uns schauen. Wir sind jedoch gute Nachbarn und tauschen uns positiv miteinander aus. Es ist aber tatsächlich nicht so, dass uns bei dem Thema irgendjemand etwas vormachen könnte.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichtsdestotrotz haben wir hier weiteren Handlungsbedarf, und den gehen wir auch mutig an. Wir haben mit dafür gekämpft, dass wir eine Grundgesetzänderung bekommen, durch die es noch mehr Geld für die öffentliche Förderung bezahlbaren Wohnraums gibt; wir haben viele Anreizinstrumente, damit auch Private in bezahlbaren Wohnraum investieren, und das macht mich ganz besonders stolz.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Das Geld
alleine macht es nicht!)

In ländlichen Räumen ist es tatsächlich so, dass wir es mit einem ganz anderen Thema zu tun haben, nämlich eher mit leer stehenden Gebäuden als mit zu hohen Mieten. Deshalb agiert auch an dieser Stelle die Landesregierung sehr konsequent, zum Beispiel mit Dorferneuerungsmitteln, der Städtebauförderung oder dem Investitionsstock.

An vielen Stellen – das konnte man auf der Reise des Bundespräsidenten noch einmal betrachten – entstehen aus alten, verlassenen Häusern wunderschöne Anwesen, in denen, beispielsweise in der Südwestpfalz, Ferienwoh-

nungen entstanden sind, oder in denen neue Bewohner und Bewohnerinnen gemeinsam wohnen. Wir sehen also, es gibt unterschiedliche Herausforderungen beim Thema „Wohnen“, und wir agieren ganz spezifisch auf diese Belange hin, die im Land oder in der Stadt vorhanden sind. Das macht gute Politik aus, nämlich Politik für alle Bürger und Bürgerinnen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das nur noch einmal ganz kurz skizzieren; man könnte das ewig weiter herunterdeklinieren, auch beim Thema „Mobilität“. Aber es ist mir schon ein Anliegen, deutlich zu machen, dass wir Mobilität als Mobilität für alle verstehen und die Herausforderung annehmen bei diesen unterschiedlichen Bedingungen, die wir in Städten und ländlichen Regionen haben. Wir wollen mehr Radwege, und zwar überall im Land. Wir investieren mehr Geld in Landesstraßen.

Ich werde das jetzt nicht noch einmal im Detail darstellen, das haben so viele Vorredner inzwischen getan, aber wir steigen auch wieder in die Busförderung ein, und zwar ökologisch und nachhaltig in Busse mit neuer Antriebstechnologie. Wir haben den Rheinland-Pfalz-Takt, und wir haben ihn vor einigen Jahren mit Blick auf die Städte und die Verbindung des ländlichen Raums mit den Städten verändert. Wir arbeiten daran, dass bis 2030 konsequent weitere Angebote gemacht werden können, zum Beispiel zum Thema „Barrierefreiheit“. Auch die Menschen in ländlichen Räumen werden alt, und deshalb müssen wir bei unserem Schienenpersonennahverkehr auch an sie denken.

Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land bedeutet auch Teilhabe an guten Kulturangeboten, das ist schon sehr viel besprochen worden. Mir ist es wichtig, das einfach noch einmal zu nennen. Ich will an der Stelle erklären, warum wir es tun. Kultur in der Fläche eines Landes erfahrbar zu machen, ist aus meiner Sicht außerordentlich wichtig. Wenn man sieht, was die Kulturschaffenden in unseren ländlichen Regionen alles tun und wie sie die Menschen dort zusammenhalten, dann hat das einen ganz besonderen Wert. Deshalb ist die Kultur in der Fläche von außerordentlicher Bedeutung.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir brauchen natürlich auch die lebendige kulturelle Vielfalt unserer Oberzentren und Großstädte. Wir brauchen diese Leuchttürme. Ich bin einfach nur erstaunt – wir sind hier in Mainz –: Wenn ich weiß, dass das Staatstheater am laufenden Band Nominierungen, Preise, nationale Anerkennung erfährt, dann frage ich mich, wer eigentlich in Zweifel zieht, dass wir kulturelle Leuchttürme in diesem Land haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Eine gute Mischung aus Breiten- und Hochkultur“ ist unsere Devise, und wer in den ländlichen Räumen unterwegs ist – es ist noch nicht lange her, Manfred, dass ich in der Pfalz war –, sieht, wie stark auch die ländlichen Regionen

von unseren Zentren profitieren, weil jedes Theater, jedes Orchester natürlich auch im Land unterwegs ist und dort die Angebote in der Kultur stabilisiert. Das ist einfach wunderbar. Diese Erhöhung, die jetzt im Haushalt vorgesehen ist, ist deshalb angemessen und wird genau dieser Tatsache Rechnung tragen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist auch schon so viel zu den Kommunen gesagt worden und zum kommunalen Finanzausgleich. Ich will aber trotzdem noch zwei, drei Sätze dazu sagen, und zwar zu diesem einen Aspekt. Wir haben den neuen KFA genau so entwickelt, dass wir den Herausforderungen von Städten einerseits und Landkreisen andererseits auch gerecht werden können. Das war hier in dem Haus sehr, sehr umstritten.

Ich will jetzt nicht noch einmal auf den Haushalt der Stadt Pirmasens eingehen; gestern ist dazu genug gesagt worden. Aber dass die neue Schlüsselzuweisung C3 tatsächlich dazu führt, dass auch die Stadt Pirmasens von sich sagt, sie werde keine neuen Schulden mehr machen, ist doch genau ein Zeichen dafür, dass wir richtig steuern. Das ist auch die Aufgabe einer Landesregierung: Die Bedarfe der Städte und ländlichen Regionen und auch die Unterschiedlichkeit unserer Städte zu sehen. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit dem neuen Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) genau darauf eine Antwort gegeben haben.

Meine Damen und Herren, ich will es noch einmal sagen – ich rechne Ihnen das auch gerne noch einmal vor –, mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben unseres Haushalts geht an die Kommunen. Wer sich heute hier hinstellt und so tut, als wäre das immer noch nicht genug, der sollte doch wenigstens zunächst anerkennen – und dann erst weiterreden –, was das eigentlich heißt, wenn 6,1 Milliarden Euro an die Kommunen gehen. Das sind im KFA alleine 1,3 Milliarden Euro mehr, als es zu Beginn meiner Zeit als Ministerpräsidentin waren.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, man kann viel kritisieren, man kann vielleicht vieles auch anders machen wollen, aber man kann nicht die Fakten ignorieren. Wir haben bei den Kommunen ein deutliches Zeichen gesetzt. Wir haben unsere Versprechen gegenüber den Kommunen eingehalten, und wir werden sie auch in Zukunft einhalten, weil es schon immer meine Auffassung war, ein Land kann nur gemeinsam mit den Kommunen erfolgreich sein. Deshalb ist klar, über Geschmack kann man streiten, aber nicht über Fakten.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Warum klagen
die dann? Sind die alle doof?)

Sie alle sind auch in Ihren Kommunen unterwegs, und Sie merken selbst, dass diese Maßnahmen tatsächlich zu Verbesserungen der Finanzsituation vor Ort führen. Genau das werden wir auch in Zukunft sicherstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

– Ich sage Ihnen auch noch einmal dazu etwas, Herr Licht. Wir haben immer deutlich gemacht,

(Abg. Alexander Licht, CDU: Dass es ihnen
gut geht!)

wir wollen zunächst dafür sorgen, dass die Kommunen keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Das war ein totaler Kraftakt, das möchte ich Ihnen auch noch einmal sagen. Es ist doch vollkommen klar, dass wir auch in Zukunft die Kommunen nicht alleinlassen. Also, was reden Sie denn hier?

(Abg. Alexander Licht, CDU: Über
6 Milliarden Euro Überziehungskredite!)

Ich wollte es eigentlich weglassen. Ich habe heute den tollen Tipp gehört, wir sollen die „HESSENKASSE“ nachmachen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Also, etwas
mehr Demut bei dem Thema! –
Zurufe von der SPD –
Glocke des Präsidenten)

– Ich sage Ihnen etwas zur HESSENKASSE, Herr Licht. Es ist schon erstaunlich: Sie fordern einen Fonds, also nichts anderes als eine Bad Bank, das sage ich dazu. Es ist zunächst ein durchaus fragwürdiges Konzept – das ist unsere Einschätzung –, Schulden an einer bestimmten Stelle zu parken. Das ist die HESSENKASSE. Viel interessanter ist aber die Finanzierung. Deshalb sind ja die Kommunen in Hessen auch gar nicht begeistert von der HESSENKASSE. So bezieht die Landesregierung Mittel aus der Integrationsmilliarde sowie aus dem dortigen Landesausgleichsstock mit ein. Die Kommunen werden mit 25 Euro pro Einwohner beteiligt.

Der Kämmerer der Stadt Frankfurt stellt dazu fest, dass der Stadt Frankfurt aufgrund der Finanzierung der HESSENKASSE rund eine halbe Milliarde Euro verloren geht.

(Große Unruhe bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe aus dem Hause)

Das geben Sie uns hier als Empfehlung! Unsere Antwort ist eine andere Antwort, meine sehr geehrten Herren und Damen von der CDU.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds seit 2012 Verantwortung übernommen. Da waren wir auch ziemlich früh mit dabei. Bei einem Gesamtvolumen von 3,5 Milliarden Euro geben wir 160 Millionen Euro Landesgeld pro Jahr. So übernehmen wir Verantwortung. Wir setzen diesen Weg fort, und zwar mit dem Zinssicherungsschutz und auch mit dem Abbaubonus,

(Zurufe von CDU und AfD)

mit zusätzlich rund 30 Millionen Euro pro Jahr. Aber auch der Bund steht in der Pflicht, das haben wir immer sehr, sehr deutlich gesagt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja, der Bund!)

Deshalb haben wir uns sehr stark für die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt, um dort über das Thema „Kommunale Altschulden“ zu sprechen. Frau Ahnen hat schon darauf hingewiesen, dass der Finanzstaatssekretär in der Leitung dieser Arbeitsgruppe ist, und selbstverständlich ist klar, dass wir dort konstruktiv mitarbeiten werden, um auch für uns in Rheinland-Pfalz eine Lösung zu finden.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Wissen Sie, was der Sachverständigenrat genau dazu gesagt hat?)

Abschließend sage ich Ihnen dazu, weil ich gerade das Wort habe, Herr Licht

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

– ich bin jetzt dreimal auf Ihren Zwischenruf eingegangen; das ist auch okay und macht die Debatte ein bisschen aus –,

(Zurufe von der CDU)

als ich Ministerpräsidentin wurde, haben die Kommunen mir gegenüber immer nur von der Neuverschuldung gesprochen. Ich habe damals gedacht, das ist jetzt echt ein Riesending, das wir vor uns haben, um das wirklich gestemmt zu bekommen. Heute sage ich ganz klar, die Ziele, die wir uns gegeben haben, haben wir mit diesem Haushalt erreicht.

Wir sagen mit diesem Haushalt nicht, dass wir nicht auch noch weitermachen. Vielmehr hat es Ihnen Frau Ahnen vorgerechnet, was die Kommunen in der nächsten Zeit zusätzlich an Geld bekommen werden. So werden die allermeisten Kommunen in der Lage sein, erst einmal ihre Aufgaben besser wahrzunehmen, zweitens anzufangen, ihre Schulden abzubauen – einige tun das bereits heute –, und drittens werden wir neben dem Zinnsicherungsschirm dafür sorgen, dass wir auf der Bundesebene bei dem Thema „Altschulden“ ein Stück weiterkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb – ich sage es auch noch einmal zu den Kommunen – habe ich immer gesagt, ich will partnerschaftlich mit den Kommunen zusammenarbeiten. Obwohl wir bei dem Thema „Geld“, was irgendwo nachvollziehbar ist, eigentlich immer nur Druck bekommen haben, haben wir in dieser Sache Wort gehalten. Wir werden auch in Zukunft Wort halten. Ich bin ganz zuversichtlich, dass das, was wir heute erleben, nämlich dass die Kommunen bereits Überschüsse machen, so weitergeht und das Thema „Altschulden“ Stück für Stück angegangen wird.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch gerne etwas zum Thema „Digitalisierung“ sagen, weil das natürlich eines der Leitthemen dieser Landesregierung ist. Wir wollen, dass die Menschen – ich habe es gesagt – da gut leben, wo sie gerne leben möchten. Für uns ist vollkommen klar, dass gutes Leben in Stadt

und Land bedeutet, dass wir mit hohen öffentlichen Investitionen dort für schnelles Internet sorgen, wo es für den Markt keinen ausreichenden wirtschaftlichen Anreiz gibt.

Ich will die Zahlen nicht wiederholen. Beim Breitbandausbau geht es natürlich einerseits um die Dynamik, aber es geht auch um das Thema der Anschlüsse, Herr Baldauf, wie Sie das formuliert haben. Es ist immerhin so, dass 80 % der Bevölkerung, der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, inzwischen schnelles Internet, also die Anschlüsse für 50 Mbit/s haben. Sie wissen, dass überall in den Landkreisen die Bewilligungsbescheide laufen und die Bagger rollen, sodass wir davon ausgehen, sehr zügig sagen zu können, dass das flächendeckende Ziel erreicht ist. Das erste Ziel. Dafür werden wir 124,7 Millionen Euro verausgabt haben.

Aber wir denken weiter. Wir wollen in die Gigabit-Gesellschaft. Deshalb sieht dieser Haushalt 2019/2020 vor, dass wir einen Verfügungsrahmen von insgesamt 575 Millionen Euro haben. Das zeigt, dass der Haushalt klare Schwerpunkte setzt, aber auch vorausschauend ist und Zukunft gestaltet. Wir warten darauf, dass der Bund seine entsprechenden Bund-Länder-Programme aufsetzt. Wir sind in der Lage, aufgrund unserer Haushaltsaufstellung sehr schnell einzusteigen.

Beim Thema „Mobilfunk“ müssen wir gar nicht darum herumreden. Ich finde auch, dass es kein guter Zustand ist. Aber ich will noch einmal sehr deutlich sagen, auf den Mobilfunk hat das Land leider keinen Einfluss.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Tipp von Herrn Baldauf, bezogen auf Hessen, wir sollen es Hessen und Bayern nachmachen, die in der Zeit der Wahlen Programme aufgelegt haben, ist kein guter Tipp für uns. Die Bezuschussung der Betonsäulen für den Mobilfunk liegt im Moment zur Notifizierung in Brüssel. Aber alle anderen Bundesländer sagen, eigentlich kann es nicht sein, dass die Länder da jetzt einsteigen. Warum? –

Ich habe mit dafür gesorgt, dass die Frequenzen versteigert werden.

Die Digitale Dividende II hat die Mobilfunkanbieter dazu verpflichtet, dass sie einen bestimmten Ausbaustand bis Ende 2019 erreichen. Im Moment steht das Land Rheinland-Pfalz wirklich nicht gut da. Deshalb haben Herr Wissing und ich entschieden, dass wir die Mobilfunkanbieter einladen, dies deutlich machen und sie fragen, wie sie sich eigentlich vorstellen, mit der Ausbaupflichtung zurande zu kommen. Wir wollen gescheiterten Mobilfunk in unserem Land.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind nicht nur Sie, das ist eine Forderung auch von uns. Wir wollen diejenigen in die Pflicht nehmen, die dafür verantwortlich sind und hierfür Frequenzen ersteigert haben. Es kann doch nicht sein, dass dann Dritte mit Steuermitteln dieser Aufgabe übernehmen, die eigentlich die private Wirtschaft zu stemmen hat.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letzter Punkt zum Thema „Digitalisierung“. Wir haben Digitalisierung nie nur als Breitbandausbau verstanden. Wir haben ganz bewusst eine breit angelegte Strategie vorgelegt, die wir gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern entwickelt haben. Deshalb bin ich schon ein bisschen erstaunt über den Vorschlag, Herr Baldauf, in Kaiserslautern eine Professur für Digitalisierung einzurichten.

Die TU Kaiserslautern hat allein im Fachbereich Informatik 20 Professorenstellen. Nicht mit eingerechnet sind die Professorenstellen, die wir im DFKI, im Max-Planck-Institut, im Fraunhofer Institut haben.

Letzte Woche war ein großer Kongress „30 Jahre DFKI“. Da konnte man sehen, wie weit dieser Standort ist, und zwar wie weit vorne wir national sind. Es ist ein Netzwerk in Kaiserslautern, das mit vielen öffentlichen Mitteln über die TU, aber auch in den Instituten, über die Wirtschaft und die Wissenschaft gestemmt wird. Deshalb sage ich, wir brauchen keinen „Lehrstuhl Digitales“ in der TU Kaiserslautern, sondern wir haben dort einen echten Leuchtturm, in den wir auch in Zukunft investieren werden und auf den wir sehr stolz sind.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

– Sie können gerne nachfragen.

Herr Schmitt und andere waren mit dabei. Es ist tatsächlich so. Wir haben für Kaiserslautern wirklich hohe Anerkennung. Das lässt uns nicht ruhen. Wir wollen noch mehr machen gerade im Bereich der künstlichen Intelligenz. Vor 30 Jahren hat man dort schon angefangen, an der künstlichen Intelligenz zu forschen, und nicht erst heute damit angefangen, einen Lehrstuhl einzurichten. Seit 30 Jahren sind dort die Netzwerke zugange, und deshalb sind wir in der Forschung und der Wissenschaft in diesem Bereich ganz vorne.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Kaiserslautern hat übrigens den zweiten Preis in einem nationalen Wettbewerb errungen und ist digitale Stadt geworden. Nur das sei vielleicht auch einmal erwähnt. In unseren Oberzentren entstehen Digital Hubs. Das heißt, wir sind in ganz vielen Bereichen unterwegs. Aber auch hier gilt, Stadt und Land, weil wir digitale Dörfer haben und in den Regionen mit den digitalen Projekten unterwegs sind.

Sehr verehrte Herren und Damen Abgeordnete, es ist ein wichtiges, ein spannendes Thema. Ich bin immer offen dafür, weiter zu schauen: Können wir es noch besser machen? Können wir noch mehr Push hineingeben? Wo läuft es nicht gut genug? Ich will in diesem Raum nicht versäumen – das würden mir die Kollegen in Kaiserslautern nicht verzeihen –, auch zu erwähnen, dass gerade Kaiserslautern, dass unsere Oberzentren sehr weit sind, genau wie unsere digitalen Dörfer.

Es ist immer eine Frage der Prioritäten, wofür eine Landesregierung Geld ausgibt. Für uns hat natürlich die Bildung Priorität. Deshalb investieren wir in die frühkindliche und schulische Bildung sehr viel Geld – 4,69 Milliarden in 2019 und 4,78 Milliarden im Jahr 2020. Das ist mehr als ein Viertel unseres Haushaltes. Es ist der Markenkern unserer Landesregierung.

Eine gute Bildung, so möchte ich hier noch einmal betonen, ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass junge Menschen in Sicherheit und mit großem Selbstbewusstsein aufwachsen können und Chancen in unserer Gesellschaft haben. Wir investieren gerne in die Zukunft unserer Kinder und unserer jungen Menschen. Wir brauchen sie auch, die kreativen Köpfe, die Expertinnen und Experten. Sie sind unsere Zukunft. Deshalb ist das eine unserer allerwichtigsten Zukunftsinvestitionen. Ohne gute Bildung können wir unser Land abschreiben. Deshalb ist das seit langer Zeit unser Schwerpunkt.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Tosender
Applaus!)

Dazu gehört auch die Bildungsgerechtigkeit und dazu gehören Ganztagschulen.

– Es ist schon gesagt worden, das muss man jetzt einfach einmal verstehen.

Was noch nicht gesagt worden ist, wir haben Grundschulen, die hervorragend aufgestellt sind. Das sage ich jetzt noch einmal, weil Sie es sich nicht nehmen lassen, die Grundschulen noch einmal anzusprechen. Wir haben die kleinsten Klassen und das dichteste Netz. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen, auch an die Bürgerinnen und Bürger. Es gibt kein Bundesland, in dem es so viele Grundschulen gibt, in dem es so kleine Grundschulen gibt. Weil wir wollen, dass die Schüler vor Ort in die Schule gehen können.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in der Unterrichtsversorgung gibt es überhaupt gar nichts zu skandalisieren, wie es vorhin versucht worden ist. Jedes Jahr kommen 130 Stellen für die Unterrichtsversorgung hinzu. Dazu kommen 80 Stellen für sogenannte Feuerwehrlehrkräfte und 50 Sprachförderlehrkräfte. Dass sich in jedem Haushalt die Stellen zwischen den Schulformen immer wieder verschieben, ist doch völlig normal, weil die Schülerzahlen sich an den jeweiligen Schulen verschieben. Das ist der einzige Grund, der dahintersteht.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Meine sehr verehrten Herren und Damen, gebührenfreie Kitas – auch das ist unser Markenzeichen. Das ist deshalb wichtig zu erwähnen – ich glaube, Herr Braun hat es gemacht –, weil wir ein Familienland sind. Viele Maßnahmen sind schon genannt worden. Da kann man sich jetzt als CDU kaputtträgern. Aber ich erlebe gerade wieder auf der

Bundesebene, dass die CDU zum Thema „Gebührenfreie Bildung“ eine total gespaltene Haltung hat. Für Sie ist das nicht so wichtig, aber für uns. Wir sagen, es ist eine Grundvoraussetzung für Bildungsgerechtigkeit, und wir können uns nicht mehr vorstellen, dass Bildung in Kitas Gebühren kostet. Deshalb sind wir Vorreiter, und Gott sei Dank gibt es genug Bundesländer, die es allmählich auch machen.

Ich sage Ihnen sehr klar, mit Gebührenfreiheit, Schülerbeförderung, Schulbuchausleihe und Ganztagschulen sparen Familien sehr viel Geld.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe hier ein Beispiel. Eine Familie mit einem vierjährigen und siebenjährigen Kind spart rund 4.000 Euro jährlich, und das ist ein Wort. Jeder von uns kann es auch anders erzählen. Wir haben Kinder, wir haben Enkel, wir haben Nichten, was weiß ich, die in anderen Bundesländern leben, und da spüren wir und sehen wir, was dort junge Eltern bezahlen müssen. Das ist ein klarer Standortvorteil für unser Land. Ich bin sehr sicher, dass genau das ein Punkt ist, warum Rheinland-Pfalz so ein beliebtes Land zum Leben und zum Wohnen ist. Weil wir gute Familienpolitik machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Einen Punkt möchte ich ansprechen, den Herr Junge angesprochen hat. Ich sehe ihn gerade nicht, aber ich rede dann zu Ihnen.

(Abg. Martin Haller, SPD: Es ist nicht so
ganz klar, wer Fraktionsvorsitzender ist!)

Es ist ehrlich gesagt ein Punkt, den ich jetzt anspreche, weil er mich einfach total geärgert hat. Es geht um die Demokratiebildung. Ich fand es etwas unterirdisch, was da von der AfD gesagt worden ist.

(Zurufe von der SPD)

Vor allem Erzieherinnen in unseren Kindertagesstätten sind total engagiert. Ganz spielerisch diskutieren sie beispielsweise mit den Kindern, was man die Woche tun will oder was es zum Essen gibt, wie der Speiseplan aussieht oder ob man bestimmte Dinge tut oder nicht tut. Da gibt es ganz, ganz viele Dinge. Die reden auch über Kinderrechte, oder sie reden darüber, wie es anderen Kindern zum Beispiel in unserem Partnerschaftsland Ruanda geht. Das ist für uns Demokratiebildung, weil Kinder so auf ganz einfache Art und Weise lernen, wie eigentlich Diskutieren, Auseinandersetzen, Sich-informieren geht und man es vielleicht schafft, mit ein paar anderen Kindern zusammen Meinung zu bilden in einer Kindertagesstätte.

Wenn Herr Junge sagt, dass Demokratiebildung – dass man sich das so vorstellt, so hat er es gesagt – das Vorlesen des Kommunistischen Manifests in unseren Kindertagesstätten ist, dann kann ich nur sagen, dass das nicht mehr und nicht weniger ist als eine Selbstentlarvung. Man kann es wirklich nur bedauern.

Wenn Sie so Politik machen, sage ich Ihnen – – –

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD –
Unruhe im Hause)

– Herr Paul – – –

Präsident Hendrik Hering:

Herr Paul, Sie können sich melden, wenn Sie einen Vortrag halten.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Herr Paul, wissen Sie, was jetzt gerade das Schlimme ist? – Sie bestreiten es noch nicht einmal. Herr Junge steht hier vorne und erzählt, wir indoktrinieren die Kinder in den Kindertagesstätten, und Demokratiebildung in der Kindertagesstätte wäre überhaupt nicht nötig. Man sollte die Kinder spielen lassen usw. und ihnen nicht das Kommunistische Manifest vorlesen. Sie erzählen genau dasselbe sozusagen in Grün, in dem Falle in Rot.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Ich rede von Ihrer
politischen Gesellschaft, in der Sie sich
bewegen, Frau Ministerpräsidentin!)

Wir sagen ganz klar, wir wollen unsere Kinder in den Kitas engagiert, spielerisch beteiligen. Das ist Demokratiebildung. Das ist wichtig in unserem Land, weil Kinder schon von früh an spielen und lernen sollen, wie man Entscheidungen beeinflusst.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Ich kann leider gar nicht alle Themen durchgehen. Ich will zu einem der letzten Themen etwas sagen. Zum Wirtschaftsstandort und zu unseren guten Daten, wie wir in diesem Land dastehen, ist ganz viel gesagt worden. Ich möchte als Ministerpräsidentin anmerken, mir ist es peinlich, dass daran immer herumgemäkelt wird. Das ist doch keine Protzerei der Landesregierung, wenn man ganz normale Statistiken und Zahlen wiedergibt, wie unser Land wirtschaftlich dasteht.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Dann fragen
Sie mal Ihren Herrn Wirtschaftsminister!)

Unser Land steht wirtschaftlich sehr gut da. Darüber sollten sich alle, die hier sitzen, freuen. Es ist gut für unsere Bevölkerung, dass wir eine gute, boomende Wirtschaft in unserem Land haben. Dafür tun wir viel.

Natürlich ist es hauptsächlich das Verdienst der Unternehmer und Unternehmerinnen, dass sie so gut wirtschaften in unserem Land. Natürlich geht es auch darum, welche Rahmenbedingungen ein Unternehmen hat. Wir schaffen gute Rahmenbedingungen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir sind Ansprechpartner in diesem Land. Wir sorgen dafür, dass die Dinge aufgenommen werden, die für sie

wichtig sind. Deshalb sage ich, wir sind stolz darauf, dass wir so fitte Unternehmer und Unternehmerinnen in unserem Land haben. Wir werden uns auch in Zukunft Mühe geben, ihr Wort zu hören und dafür zu sorgen, dass sie in Zukunft in unserem Land gut aufgestellt sind.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Ich glaube, zu den Hochschulen habe ich genug gesagt. Ich will vielleicht nur zwei Sätze zum Thema „Umwelt und Naturschutz“ sagen. Dazu hat Bernhard Braun schon sehr viel gesagt. Ich sage es noch einmal. Wenn man heute an das Rheinufer geht, dann sieht man, dass der Klimaschutz für unsere Lebensgrundlage bitter notwendig ist. Die Trockenheit auf der einen Seite und die Starkregenereignisse auf der anderen Seite in diesem Jahr fordern uns heraus, wirklich auf das Thema „Klimaschutz“ Wert zu legen.

Ich bin sehr froh, dass wir im Gegensatz zur Bundesregierung sagen können, dass das, was wir uns im ersten Klimaschutzgesetz vorgenommen haben, eingehalten wird. Die festgelegten 40 % Reduktion der Treibhausgasemission bis 2020 ist praktisch schon erreicht. Das lässt uns nicht ruhen, sondern wir werden weiter daran arbeiten, dass wir gute Rahmenbedingungen beim Thema „Klima“ schaffen.

Dazu gehört, dass die Starkregenereignisse Konsequenzen haben. Die Konsequenzen sind, dass wie versprochen die Ministerin eng zusammen mit den Kommunen daran arbeitet, dass es entsprechende Hochwasser- und Klimaschutzregelungen für die Regionen gibt, damit sie in Zukunft nicht so hart getroffen sind. Wir werden es aber auch in Zukunft nicht vermeiden können, Starkregenereignisse in unserem Land zu haben.

Mir ist es wichtig, hier noch einmal deutlich zu machen: Diese Regierung ist angetreten, wir sind breit aufgestellt, wir haben unterschiedliche Schwerpunkte. Wir sind angetreten, diese Aspekte im Blick zu haben, die die Bürger und Bürgerinnen in unserem Land sehr stark bewegen. Das ist, dass wir ökologisch und ökonomisch agieren, wir ein sozial gerechtes Land – das sind unsere Maßstäbe – sind, wir innovativ und mutig mit den Dingen sind, die wir tun. Ich sage sehr klar, das kann man diesem Haushalt, den Konsequenzen und Folgen ablesen, die wir in den letzten Jahren miteinander geschaffen haben.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, ich muss vielleicht jetzt noch einen Satz zum Diesel sagen, damit nicht jemand denkt, ich will dazu nichts sagen. Ich habe es eben nur auf Twitter gesehen. Ehrlich gesagt, für mich ist es sehr schwer, das zu kommentieren, weil uns nicht ganz klar ist, was entschieden worden ist.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Lassen Sie es doch!)

Wir müssen das auswerten. Wir haben gelesen, es gibt die Option des Fahrverbots in den Plänen der Stadt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Es gibt einen Kompromiss!)

Verzeihen Sie, wir können das nicht näher kommentieren. Wir werden uns das genau anschauen und sehen, was die Folgen sind und wie wir gegebenenfalls die Stadt unterstützen können, wenn ein bestimmter Handlungsbedarf besteht.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Zum Hahn können Sie etwas sagen!)

Zum guten Schluss möchte ich noch etwas sagen, damit es nicht untergeht. Im Bereich der Sozialpolitik ist noch einmal die ärztliche Versorgung angesprochen worden. Das ist ein Thema, mit dem wir wirklich viel zu tun haben. Es ist vollkommen klar, dass das Thema „Ärztliche Versorgung“ kein Thema ist, das wir uns von der Opposition erst sagen lassen müssen.

Wir haben bereits vor zehn Jahren als Landesregierung den Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung auf den Weg gebracht, und zwar sehr früh im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern. Die jetzige Ministerin hat gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen, die dafür zuständig sind, und auch der Kassenärztlichen Vereinigung, die eigentlich für die Sicherstellung zuständig ist, ganz klare Schwerpunkte in diesem Plan gesetzt. So schaffen sie lokale Zukunftswerkstätten. All diejenigen in den Kommunen und Regionen, die mit der ärztlichen Versorgung zu tun haben, sitzen zusammen, um zu überlegen, wie wir auch in Zukunft die ärztliche und pflegerische Versorgung sicherstellen können.

Dazu gibt das Land Unterstützung. Das geschieht nicht nur dadurch, dass diese Runden mit unserer Unterstützung stattfinden, sondern auch durch konkrete Förderung für die Niederlassung von Ärzten, die Gründung von Ärztegenossenschaften oder die Gründung von medizinischen Versorgungszentren.

Wenn Herr Baldauf heute sagt, dass neben der Landarztquote auch andere Dinge notwendig sind, dann sage ich, ich bin sehr froh, dass ich das jetzt einmal im Plenum höre.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Das haben wir schon schriftlich gemacht!)

– Frau Thelen, ich erlebe, dass die Ministerin im Plenum versucht zu erklären, dass es neben der Landarztquote noch viele andere Dinge gibt, die man tun muss, damit die ärztliche Versorgung in unserem Land gelingt.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Diese vielen Mosaiksteine hat die Ministerin auf den Weg gebracht und lebt sie mit den Ärzten und Ärztinnen zusammen in unserem Land.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Ach Quatsch!)

Jetzt kommen noch die Landarztquote und die Steigerung der Studienplätze.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Herr Baldauf, wir investieren in Krankenhäuser. Ich sage,

es wird spannend werden; denn es ist wie immer, die Krankenkassen erzählen uns, wir haben zu viele Betten und zu viele Krankenhäuser. Eigentlich ist das alles viel zu viel. Es ist seit Jahren ein ewiger Abwehrkampf gegen die Krankenkassen und gegen andere Protagonisten, dass wir unsere kleinen Krankenhäuser aufrechterhalten können. Wir wollen sie aufrechterhalten. Das ist auch das Credo der Ministerin.

Wir wollen, dass die kleinen Krankenhäuser auch in Zukunft Anlaufpunkte sein können für Bürger und Bürgerinnen und Ärzte und Ärztinnen. Deshalb ist es gut, dass wir mehr in die Krankenhäuser investieren, damit wir die Infrastruktur in unserem Land weiterentwickeln können. Das ist der Plan.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Damit zeigen wir, dass wir die medizinische Versorgung in unserem Land sehr ernst nehmen. Wir wissen, dass Bürger und Bürgerinnen große Sorgen haben, auch wenn sie jetzt noch gut versorgt sind. Weil viele Ärzte schon alt sind, wollen mit diesen Konzepten vor Ort für das sorgen, was die Menschen brauchen, nämlich Sicherheit in der ärztlichen und pflegerischen Versorgung.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Demokratie ist ein hohes Gut. Wir alle wissen, dass sie keine Selbstverständlichkeit ist, sondern sie wurde und wird weltweit hart erkämpft und muss gerade aktuell immer wieder verteidigt werden. Wir wollen eine starke Demokratie, die von ihren Bürgern getragen wird; denn Demokratie, das sind wir alle.

Dieser Doppelhaushalt legt die Grundlage dafür, dass Menschen in diesem Land gute Lebenschancen haben, egal, ob sie in der Stadt leben oder auf dem Land, ob sie alt oder jung sind, ob sie zugewandert oder hier geboren sind, egal ob sie gesund sind oder unsere Unterstützung brauchen. Wir schaffen damit die Grundlage für ein gutes Leben für alle Menschen in Rheinland-Pfalz. Gute Lebenschancen für alle ist die Basis für ein gutes Miteinander in einer Gesellschaft.

Unsere lebendige Demokratie braucht das Engagement von uns allen und eine selbstbewusste Bürgergesellschaft. Meine Landesregierung fördert das freiwillige Engagement und die Bürgerbeteiligung ganz aktiv. Wir sind stolz darauf – ich habe es am Anfang gesagt –, dass jeder Zweite in unserem Land mitmacht. Deshalb sind wir zuversichtlich und wissen, dass wir unser Land weiterhin gemeinsam gut gestalten können, und zwar ganz im Sinne des Lebensgefühls der Rheinland-Pfälzer, solidarisch und weltoffen.

Das Einzige, was jetzt noch fehlt, ist mein großer Dank an Doris Ahnen und an Stefan Weinberg, weil wir wirklich sehr froh über diesen Haushalt sind.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage vielen Dank zu den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Finanzministeriums und der anderen Ressorts, die mit ihrer engagierten und konstruktiven Arbeit dafür

gesorgt haben, dass wir einen solch überzeugenden Haushalt vorlegen konnten.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, wir gestalten die Zukunft unseres Landes. Das tun wir gemeinsam und mit großer Zuversicht.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen zahlreiche Gäste im Landtag begrüßen, Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung aus Mayen-Koblenz, Schülervertretungen des Gymnasiums Nieder-Olm, die Gewinnerin des Rheinland-Pfalz-Tag-Quiz, Frau Gabriele Gerlach, und Studierende des Studentenparlaments der Technischen Hochschule in Bingen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgrund der Redezeit der Regierung steht den Fraktionen eine zusätzliche Redezeit von jeweils 6 Minuten zur Verfügung. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf und den Finanzplan an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse zu überweisen. Besteht Einverständnis? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes und des Landesfinanzausgleichsgesetzes sowie besoldungsrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/7431 – Erste Beratung

Die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Punkt ohne Aussprache zu behandeln. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen. Besteht Einverständnis? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Landesmediengesetz Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/7591 – Erste Beratung

Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von 5 Minuten geeinigt. Herr Schäffner wird für die SPD-Fraktionen den Gesetzentwurf begründen.

Abg. Daniel Schöffner, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heute von den Fraktionen SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachte Gesetzentwurf zur Änderung des Landesmediengesetzes könnte auch die Überschrift „Für eine vielfältige und stabile Medienlandschaft in Rheinland-Pfalz“ tragen. Dem Grundverständnis folgend, dass uns freie und pluralistische Medien sehr wichtig sind, ist es den vier Fraktionen in dieser Überarbeitung des Landesmediengesetzes gelungen, einen Konsens zu finden, wie das hier in diesem Haus gute Tradition ist. Ebenso wichtig wie der Konsens mit den Kolleginnen und Kollegen im Landtag ist uns der ständige Austausch mit allen Akteuren, die von diesem Gesetz in unserem Land betroffen sind.

Liebe Kolleginnen Kollegen, wir alle betonen immer wieder die Besonderheiten unseres schönen Rheinland-Pfalz. Als Flächenland mit vielen kleinen Orten und sehr unterschiedlich besiedelten Regionen müssen wir uns als Gesetzgeber darüber Gedanken machen, wie eine qualitativ hochwertige lokale Berichterstattung ermöglicht wird. Deshalb haben wir zum Beispiel die Rahmenbedingungen bei der Vergabe von Zulassungen in § 24 angepasst. Dadurch, dass wir grundsätzlich Verlängerungen zulassen, schaffen wir die Voraussetzung, dass die vor Ort verwurzelten Sender weiterhin ein gutes Programm anbieten können und dabei nicht drauflegen müssen.

Die Entscheidung erfolgt jeweils auf Antrag von der Versammlung der Landeszentrale für Medien und Kommunikation, die dabei natürlich sicherstellt, dass durch entsprechende Programmschemata die einzelnen Regionen gestärkt werden.

Gerade im Medienland Rheinland-Pfalz gibt es aber nicht nur den kommerziellen Bereich, sondern wir sind besonders stolz auf unsere bundesweit einmalige Landschaft an Offenen Kanälen. OKs oder – wie sie jetzt auch oft genannt werden – die Bürgermedien stellen einen wichtigen Bestandteil einer vielfältigen Medienlandschaft dar.

In § 28 stellen wir deshalb sicher, dass Landesregierung und LMK darauf zu achten haben, dass entsprechende Übertragungskapazitäten verfügbar sind. Gerade bei lokalen Ereignissen sind die Ehrenamtler gern zur Stelle und leisten so ihren Teil, dass Nischenthemen an Reichweite gewinnen und örtliche Aktivitäten dokumentiert werden. Außerdem geht es aber auch darum, Medienkompetenz zu vermitteln, ein wichtiger Schwerpunkt, den wir in Rheinland-Pfalz schon lange setzen, der aber tendenziell immer wichtiger wird.

In diesem Zusammenhang ist für uns alle klar, die Medienbranche wandelt sich. Telemedien haben sich in Inhalt und Gestaltung maßgeblich gewandelt. Im Social Media und Streaming ist kaum noch ein Unterschied zum Rundfunk zu erkennen;

(Abg. Joachim Paul, AfD: Ja, genau, deshalb brauchen wir sie auch nicht!)

von daher ist es nur konsequent, hier auch die Zuständigkeit der Telemedienaufsicht anzupassen. Diese wird nun

der LMK übertragen, so wie es in den meisten Bundesländern schon der Fall ist.

Die vorgenommenen Anpassungen in § 44 bezüglich Wahl von Direktor bzw. Direktorin und dem Stellvertreter bei der LMK standen nie wirklich zur Diskussion. Uns allen ist ein transparentes Auswahlverfahren wichtig. Dazu ist eine Ausschreibung das einfachste und nachvollziehbarste Mittel. Deshalb regeln wir das jetzt auch verbindlich im vorliegenden Gesetz. Auch für diesen Bereich haben die Fraktionen eine gemeinsame konstruktive Lösung gefunden.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Aktualisierung des Landesmediengesetzes machen wir einen ausgewogenen Vorschlag, die Medienlandschaft zukunftsgerecht aufzustellen und die Gesetzgebung an die moderne Medienwelt anzupassen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Dötsch das Wort.

Abg. Josef Dötsch, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gesellschaft verändert sich, so wie es soeben auch mein Vorredner bemerkt hat, und mit ihr verändern sich auch die Medien und die Anforderungen und Erwartungen an die Medien. Medien müssen diskriminierungsfrei ihren Informationsauftrag erfüllen können. Dies, Meinungsfreiheit, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen und der Schutz vor Hass, bedingen einander. Regeln sind hierfür erforderlich. Diese Regeln sind, wo notwendig, den Veränderungen und Anforderungen anzupassen, und dies erfolgt nun mit dem uns vorliegenden Gesetzentwurf in verschiedenen Punkten des Landesmediengesetzes.

(Beifall der CDU)

Regeln müssen eingehalten und kontrolliert werden. Diese Aufgaben werden neben anderen Aufgaben auch von der Landeszentrale für Medien und Kommunikation wahrgenommen. Für den gesetzlichen Rahmen sind wir, sind die Politiker, ist der Landtag verantwortlich.

Die LMK nimmt somit Aufgaben im öffentlichen Interesse in eigener Zuständigkeit wahr. Deshalb ist es aus unserer Sicht auch wichtig, dass Handeln und Entscheidungen so weit wie möglich nachvollziehbar und transparent sind.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Ja, genau! Richtig!)

Dies gilt auch und gerade an erster Stelle für die Besetzung der Direktorenstelle der Landesmedienanstalt. Wir haben in diesem Hause bereits im Januar hierüber gesprochen, nachdem auch die CDU hierzu einen Antrag eingebracht hat. Ich freue mich, dass wir nun im Einvernehmen mit

den Regierungsfractionen auf der Grundlage unseres damaligen Vorschlags einen gemeinsamen Gesetzentwurf einbringen konnten.

(Beifall der CDU –
Abg. Joachim Paul, AfD: Ein schönes
Einvernehmen!)

Wir wollen hiermit gesetzlich regeln, dass die Stelle des Direktors der LMK künftig öffentlich ausgeschrieben wird. Wir wollen eine transparente, nachvollziehbare, ehrliche und freie Bestenauslese, wir wollen ein modernes und offenes Ausschreibungsverfahren festschreiben.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Wir wollen im Gesetz nicht unnötige Dinge regeln, die in der Geschäftsordnung der LMK und damit von der Versammlung eigenverantwortlich und in eigener Zuständigkeit geregelt werden können.

Daneben beinhaltet der heutige gemeinsame Gesetzentwurf weitere Änderungen, auf die soeben schon eingegangen worden ist. So wird zum Beispiel die Aufsicht über die Telemedien gebündelt von der LMK durchgeführt. Die Zulassung von Rundfunkveranstaltungen wird entfristet, ich denke, ein richtiger Schritt zur Reduzierung von Verwaltungs- und Ausschreibungsaufwand auch für die Unternehmen. Juristische Konkretisierungen und Anpassungen von Begrifflichkeiten und redaktionelle Änderungen runden das Änderungspotenzial des Landesmediengesetzes insgesamt ab.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, das Gesetz stärkt durch mehr Transparenz und mehr Rechtssicherheit die LMK. Wir begrüßen die konstruktiven Gespräche und die gemeinsame Gesetzesinitiative. Dies ist aus unserer Sicht ein guter Schritt, um den Medienstandort Rheinland-Pfalz wieder zu stärken und zur alten Stärke zu führen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Paul das Wort.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kollegen! „Wer weiß, wie Gesetze und Würste zustande kommen, kann nachts nicht mehr schlafen.“ Dieser Satz stammt von Bismarck.

Und tatsächlich hat das Gesetz, das Sie heute hier in trauriger Eintracht beschließen werden, eine Vorgeschichte, und zwar eine illustre Vorgeschichte, und in dieser spielt unsere AfD-Fraktion die Hauptrolle als einzige Opposition in dieser Sache.

Wir haben damals die Pläne der LMK-Amigos, Eumann-Finder und -Finderinnen und des Medienklerikers Bähr

durchkreuzt. Die Altparteien wollten in Ludwigshafen geräuschlos und ohne viel Aufhebens einen Spitzengenossen aus NRW versorgen. Der ehemalige Staatssekretär Eumann, Berater des SPD-Bundesvorstands in Sachen Medienpolitik, stand nach einem Schicksalsschlag – die SPD hatte die Landtagswahl verloren – dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

„Wir lassen keinen zurück, wir halten zusammen!“ Frau Ministerpräsidentin hat es ja eben erwähnt. Das gilt insbesondere für Spitzengenossen. Diese Motti wurden bei der Besetzung des Postens des LMK-Direktors hierzulande zügig umgesetzt.

Die CDU machte bei diesem Versorgungsritual zunächst mit; sie wurde ja auch bedacht mit einem Stellvertreterposten.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Der war gar nicht neu zu besetzen!)

Medienpolitik ist Machtpolitik, und die wird mit Personalpolitik gemacht. Die Achtundsechziger erkannten sehr richtig: Die Medienlandschaft bildet Machtverhältnisse ab, gestern wie heute.

Die viel beschworene Staatsferne ist und bleibt ein frommer Wunsch. ARD, ZDF, Medienaufsicht – sie sind informell auf vielfache Weise mit der Altparteienpolitik verwoben, und das soll, geht es nach den Parteizentralen, so bleiben. – Sie nennen es „Vielfalt“, wir nennen es „schöneder Machterhalt“. Das ist es.

(Beifall der AfD)

Das gerade belegt der Fall Eumann. Er sorgte für überregionale Schlagzeilen. Er machte offenkundig, wie die SPD eingreift, mal hinter den Kulissen, mal auf offener Bühne.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:
AfD-Fernsehen! AfD-Fernsehen mit dem
Intendanten Paul!)

Dabei wurden die Regulierungslücken des Mediengesetzes virtuos und mit Chuzpe ausgenutzt. Keine öffentliche Ausschreibung, keine Konkurrenz, noch nicht einmal Bewerbungsunterlagen musste der Mediengenosse einreichen. Es reichten einige E-Mails.

Es ist unvorstellbar, dass die Staatskanzlei von dieser Personalie aus den Medien erfahren hat; denn die Ministerpräsidentin, Fernsehfürstin Dreyer, ist ja „eine von hier“, wie der SWR jüngst mit einem rosaroten Portrait zur Prime Time feststellte.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Es ist einfach nur zynisch!)

Stichwort „Hofberichterstattung“: Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus Wikipedia:

„Im übertragenen Sinn wird der Begriff heute für die kritiklose Veröffentlichung von Informationen und für eine gefällige Berichterstattung im Interesse von Politikern und Parteien durch subventionierte, abhängige oder beeinflusste Medien verwendet. Lange Perioden ohne Regierungswechsel begünstigen es, dass die Regierungspartei

großen Einfluss auf die Medien hat, insbesondere auf die öffentlich-rechtlichen Sender in ihrem Bundesland. In einer Landeshauptstadt ist die Landesregierung dann etwa das, was früher der Hof war.“

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das wissen Sie ja genau!)

Malu Dreyer, eine von hier. – Das stimmt, und zwar insbesondere hinsichtlich ihrer Medienpolitik. Die Ministerpräsidentin ist eine verlässliche Garantin des Status quo, vom Finanzierungsmodell über Zwangsbeiträge bis zur Personalpolitik, und das konnte man in Ludwigshafen par excellence beobachten.

Um Regulierungslücken zu schließen, um dem roten Medienfilz Grenzen zu setzen, haben wir im Januar einen umfangreichen Gesetzentwurf eingebracht. Außerdem wurde die CDU tätig,

(Zurufe von der CDU: Als Erste! Wir wurden als Erstes tätig!)

jedoch wohl weniger aus innerer Überzeugung, sondern aufgeschreckt durch das verheerende Medienecho. Das ist die Wahrheit.

(Beifall der AfD –
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Sie hatten das ja verschlafen!)

Aufgeschreckt durch das verheerende Medienecho von der F.A.Z bis hin zu diversen Bloggern. Die CDU einigte sich mit der Ampel nun doch auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf – bemerkenswert, aber keine Überraschung; denn für die Medienpolitik der Altparteien gilt: Man kennt sich, man hilft sich und will ja doch das Gleiche, den Status quo über die Zeit retten.

(Abg. Michael Frisch, AfD: So ist es!)

Wer von den Bürgern da draußen glaubt denn, dass die Union – von den Ampelparteien ganz zu schweigen – das fragwürdige Verfahren bei der Eumann-Findung grundsätzlich stört? Denn was die CDU forderte, nun im gemeinsamen Gesetzentwurf ja schon fast verschämt einfügen hat lassen, ist doch wieder nur das eigentlich Selbstverständliche: eine öffentliche Ausschreibung.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Der glaubt alles, was er denkt!)

Wir aber wollen mehr, mehr Chancengleichheit für die Bürger, die kein Parteibuch haben, liebe Freunde.

(Beifall der AfD)

Wir wollen verhindern, dass man aus der Regierung sofort auf den Direktorenposten der LMK wechseln kann, weil nur so der Einfluss der Politik eingedämmt und etwaige Abhängigkeiten minimiert werden können. Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung, eine öffentliche Ausschreibung und eine Karenzzeit sind notwendig, und nur das ist konsequent.

(Beifall der AfD)

Außerdem wollen wir, dass der LMK-Direktor über die Befähigung zum Richteramt verfügt, so wie das in Nordrhein-Westfalen oder Sachsen-Anhalt der Fall ist. Erfahrungen im Medienbereich, so die schwammige Formulierung des Gesetzentwurfs, stellen aus unserer Sicht keine ausreichende Qualifikation dar. Sie erinnert mich eher an Schüler, die mit einem Blick auf ihre Noten in Mathematik und Deutsch sagen, zukünftig irgendetwas mit Medien machen zu wollen.

Deshalb, weil Ihr Gesetzentwurf diese Regulierungslücken nicht schließt, weil es kein Anti-Filz-Gesetz ist, lehnen wir Ihren Gesetzentwurf ab. Er ist ein medienpolitisches Feigenblatt. Er sorgt zwar für eine geradezu winzige Verbesserung, aber gleichzeitig wird wieder, und zwar ganz bewusst, die Gelegenheit schlechthin verspielt, den Medienfilz einzudämmen und ein deutliches Mehr an Staatsferne zumindest bei der Medienaufsicht zu gewährleisten.

(Glocke des Präsidenten)

Wir als AfD sind die einzige Partei, die Strukturreformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks inklusive der Medienaufsicht will, und wir werden so lange kämpfen, bis auch das Zwangsbeitragssystem gekippt ist, so wie in Dänemark.

(Beifall der AfD –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wink das Wort.

Abg. Steven Wink, FDP:

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In Zeiten wie heute machen Begriffe wie „Lügenpresse“, „Systemmedien“ die Runde, und wir haben es auch eben wieder gehört.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Es ist nichts von Lügenpresse gesagt worden! Bleiben Sie bei der Wahrheit! –

Abg. Joachim Paul, AfD: Mit keinem einzigen Wort ist das gesagt worden!)

Teilweise wird die Medienlandschaft in Rheinland-Pfalz und auch in der Bundesrepublik mit noch härterem Vokabular belegt.

Wir haben an dieser Stelle in den vergangenen Monaten und Jahren schon öfter über die Medienlandschaft gerade in Rheinland-Pfalz debattiert, und ich stelle immer wieder eines fest: Es gibt eine klare Mehrheit in diesem Haus, die gemeinsam notwendige Reformen diskutiert, die entstandenen Herausforderungen angeht und keineswegs das Ende des dualen Rundfunksystems einläuten will.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutlich macht das heute auch wieder der vorliegende Gesetzentwurf. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU,

ich bin froh, dass wir in einem konstruktiven und demokratischen Prozess, wie es sich für dieses Hohe Haus gehört, dies gemeinsam in die parlamentarische Arbeit einbringen können.

Das Landesmediengesetz (LMG) ist Grundlage für unsere Landschaft an Presse, Rundfunk, Telemedien, und es wird in vielen Bereichen novelliert. Wir passen mit dem Gesetzentwurf Regelungen an den bestehenden Rundfunkstaatsvertrag an.

Wir präzisieren Formulierungen und erneuern Regelungen zum Beschwerdeverfahren. Wir nehmen den Begriff der Bürgermedien in das Gesetz mit auf und stellen ein transparentes Verfahren zur Auswahl des Direktors der LMK sicher. Klarstellungen im Zulassungsverfahren

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

– es ist so, das Verfahren ändert sich; wenn Sie es gelesen hätten, wüssten Sie es –, Stichwort Umwandlungsgesetz oder Verlängerung, schaffen Planungssicherheit für die Unternehmen und vermeiden aufwändige bürokratische Vorgänge.

Meine Damen und meine Herren, die Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen hat uns im Ausschuss eindrücklich aufgezeigt, wie es derzeit um die Beziehung zwischen Bürgerinnen und Bürgern in Bezug auf die Medienlandschaft steht. Zu den Befunden gehört, dass das Medienvertrauen nach einem Tiefpunkt aus dem Jahr 2016 wieder steigt. Die sogenannte Lügenpressehysterie ebbt ab. Das Vertrauen in einzelne Medien ist stabil und wächst weiter.

(Vereinzelt Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausschließlich Quellen aus dem Netz wird hingegen weniger vertraut. Keinem Medium schenken die Bürgerinnen und Bürger mehr Vertrauen als dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Dennoch, so die Johannes Gutenberg-Universität (JGU), entstehe eine Entfremdung trotz hohen Vertrauens.

Uns Freien Demokraten ist es deshalb wichtig, dass wir weiter konstruktiv über die Entwicklung der Medienlandschaft in Rheinland-Pfalz debattieren. Das Landesmediengesetz ist dazu eine der wichtigsten Grundlagen überhaupt. Mit dem LMG muss die Politik höchste Maßstäbe an Transparenz, Qualität und vor allem Verantwortung der Medien gegenüber der Gesellschaft stellen. Nur so wird das Vertrauen in die Medienlandschaft weiter gestärkt. Vor diesem Hintergrund freue ich mich über weitere Beratungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Inhalte haben die Rednerinnen und Redner aus der CDU und den Koalitionsfraktionen schon vorgestellt. Die Grünen stimmen diesen Änderungen zu. Wir sind froh, dass sie auf den Weg gebracht wurden.

Ich will nur eine Sache erwähnen. Ich halte es für falsch, dass Herr Paul mit AfD-Button hier vorne stehen kann,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

und eine Rede hält, die dann später im AfD-Fernsehen, das er selbst betreibt, reproduziert wird. Was Herr Paul hier gesagt hat, dieser hanebüchene Blödsinn, den er hier vorgetragen hat,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sehr parlamentarisch!)

der wird dann in den Netzen als Rede im rheinland-pfälzischen Landtag mit AfD-Button übertragen. Das halte ich für problematisch, wollte ich sagen.

Ich würde Sie auffordern, entweder Ihren Button abzulegen oder vielleicht inhaltlich auch irgendetwas Sinnvolles zu sagen. Das wäre auch einmal schön.

Danke schön.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Da warten wir bei Ihnen schon seit Jahren drauf!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Herr Staatssekretär Hoch.

Clemens Hoch, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich danke den Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür, heute gemeinsam einen Gesetzentwurf vorgelegt zu haben, der die Medienordnung in Rheinland-Pfalz zukunftsfest weiterentwickelt.

Nach etlichen Jahren war und ist es notwendig, ein konsistentes kongruentes Landesmediengesetz vorzulegen, das den vielfältigen Bestimmungen, die sich in der Zwischenzeit in den Rundfunkstaatsverträgen geändert haben – Anforderungen an Veranstalter, aber auch technische Gegebenheiten –, gerecht wird.

Es ist hier ein bisschen so das Übliche, dass ich zum Landesmediengesetz rede, weil parallel immer die Rundfunkkommission tagt. Das ist sowohl hier als auch im Ausschuss irgendwie gut von den Kolleginnen und Kollegen organisiert worden. Ich darf aber herzlich den Gruß und den Dank der Kollegin Heike Raab, die das bilateral im Einzelnen mit Ihnen besprechen konnte, übermitteln.

Neben den redaktionellen Änderungen – das ist auch an-

gesprachen worden – überwiegen vor allem die systematischen Änderungen, also die einheitliche Aufsicht über Telemedien, aber auch die Ausschreibung von Übertragungskapazitäten und die Bündelungsfunktion. Ich glaube, die Entfristung der Zulassung ist ein Meilenstein in der Fortentwicklung dieses Gesetzes, um das Gründerland des ersten privaten Fernsehens tatsächlich so aufzustellen, dass es neuen und zukunftsfähigen Anforderungen gerecht wird.

Es können die Ausschreibungen von Übertragungskapazitäten mit inhaltlichen Anforderungen versehen werden, und die offenen Kanäle werden um den Begriff der Bürgermedien nicht nur ergänzt, sondern bewusst erweitert.

Natürlich findet sich auch ein Punkt, der uns hier mehr beschäftigt hat, nämlich die Anforderungen an die Direktorin oder den Direktor, in den neuen gesetzlichen Bestimmungen. Eines war klar, es gibt ein klares Urteil der Gerichte in Rheinland-Pfalz, das besagt, das damalige Verfahren war rechtmäßig und ordnungsgemäß. In den inhaltlichen Anforderungen soll das neue Gesetz keine Abweichung bringen, aber es soll, so ist die Vereinbarung, die Transparenz sicherstellen über die Ausschreibung und die Begründung an die plural besetzte Versammlung, die dann in einem Wahlakt die Entscheidung trifft.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Das ist Scheinpluralismus!)

– Herr Paul, was Sie hier vorne dann dazu gemacht haben – wir reden immerhin über das Landesmediengesetz –, war eine fünfminütige Rede über Fake News. Sie haben sich mit nichts Inhaltlichem beschäftigt in diesem Gesetz, was da stattfindet.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

– Reden Sie doch nicht von Scheinpluralität.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Sie haben die Chuzpe, sich, ohne den Fall Eumann anzusprechen, da vorne hinzustellen! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Herr Paul, Herr Hoch hat das Wort.

Clemens Hoch, Staatssekretär:

Dann wollen Sie doch Anforderungen an die Qualifikation des Direktors oder der Direktorin schaffen. Ich habe Ihnen beim letzten Mal schon gesagt: Der einzige Redner, der diese Anforderung erfüllt, bin scheinbar ich. Jetzt könnte ich Ihnen vorwerfen, Sie haben möglicherweise keine Ahnung, wovon Sie reden. Mache ich aber gar nicht.

Ich glaube, Ihre Profession ist es aber, Lehrer zu sein. Wenn man sich das Gesetz ansieht und worüber Sie reden, dann haben Sie Ihren Schülerinnen und Schülern eine Mathearbeit gestellt. Da hat der Schüler gesagt, von den 18 Aufgaben löse ich nur eine, und die löse ich auch nicht auf die Fragestellung hin, die sich da gestellt hat, sondern ich denke mir noch eine eigene Lösung aus und

behaupte, sie wäre richtiger und ignoriere dabei, dass unsere Gerichte entschieden haben, so wie die Anforderungen sind, ist das völlig korrekt und auf rechtsstaatlichen Tatsachen basierend.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der AfD)

Sie können sich doch nicht ausdenken, in einer Welt zu leben. Was Sie machen, ist Paralleluniversum. Sie würden Ihren Schülerinnen und Schülern darunter schreiben, sechs, setzen, Thema verfehlt. Ich würde es höflich umschreiben: Sie haben hier Fake News gemacht.

Das Gesetz – da bin ich den Fraktionen dankbar – stellt die Medienlandschaft weiterhin zukunftsfähig auf. Bei den Direktorinnen und den Direktoren kann die plural besetzte Versammlung auch zukünftig frei entscheiden und wählen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Paul das Wort.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Herr Staatssekretär Hoch, ich bin Ihnen geradezu dankbar für die Chuzpe und die Überheblichkeit, mit der Sie hier vorgetragen haben, ohne den Fall Eumann, der überregionale Schlagzeilen geschaffen hat, überhaupt zu erwähnen. Sie scheinen die Eumann-Debatte nicht als sozusagen Glaubwürdigkeitsverlust angesehen zu haben. Sie glauben weiterhin, dass man Versorgungsrituale wie in Ludwigshafen einfach so weitermachen kann. Machen Sie so weiter. Sie werden die politische Quittung dafür erhalten.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ui! –
Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Mehr als drohen können Sie ja
auch nicht!)

Der Beschluss des Verwaltungsgerichts hat lediglich gesagt, es gibt hier keine Regulierungen, also kann man nicht gegen Regulierungen verstoßen haben: ein Urteil, das Till Eulenspiegel gut zu Gesicht gestanden hätte. Es zeigt, dass hier eine Regulierungslücke ausgenutzt worden ist für roten Medienfilz, um dem roten Medienfilz in Ludwigshafen den roten Teppich auszulegen.

Sogar Medienpolitiker,

(Abg. Martin Haller, SPD: Von der AfD oder was?)

die den Grünen nahestehen, sagen, das ist ein Problem. Ihre medienpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion hat das als großes Problem gesehen.

Die F.A.Z., und damit möchte ich schließen, hat eine Sache gesagt: Dieser Beschluss ist tatsächlich gefasst worden.

Es handelt sich nicht um einen Aprilscherz. – Schade.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Es gibt offensichtlich keine weiteren Wortmeldungen.

(Unruhe im Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Unruhe im Hause)

wird Ausschussüberweisung beantragt? – Herr Schweizer?

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Wir kommen jetzt erst einmal zum Verfahren dieses Tagesordnungspunktes. Wird Überweisung beantragt? – Ich nehme an, an den Ausschuss für Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik – federführend – und mitberatend an den Rechtsausschuss. Ist jemand dagegen? Enthält sich jemand? – Dann ist es so beschlossen.

Nun zur Debatte, die hier geführt worden ist, weil Herr Paul ein Abzeichen seiner Partei hier trägt: Die Fraktion ist darauf hingewiesen worden, dass das gegen unsere Verfahren verstößt.

(Abg. Martin Haller, SPD: Mach das Ding weg!)

Wir stellen fest, Sie tragen das trotzdem weiterhin noch.

(Abg. Joachim Paul, AfD, nimmt sein
Parteiabzeichen ab –
Zurufe aus dem Hause)

Wir haben uns darüber verständigt, dass das hier nicht getragen wird. Wir haben den dezenten Hinweis an Ihre Fraktion gegeben. Sie haben das jetzt ausgezogen.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Das hat
bestimmt der Herr Junge nicht
weitergegeben!)

Das gehört zur internen Kommunikation der AfD-Fraktion. Jedenfalls ist klar, das Parteiabzeichen soll hier nicht getragen werden. Wir haben es schon einmal gestattet, wenn das jemand einmal bei Aktionen von karitativen Organisationen trägt.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

– Herr Dr. Bollinger, darüber führen wir keine Debatte.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Ja, aber zur
Geschäftsordnung!)

Dann bitte zur Geschäftsordnung.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Ich wollte
nur sagen, er hat Sie gerade als Pfeife
bezeichnet, Herr Präsident! –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Nein, das habe
ich nicht! –
Weitere Zurufe)

Herr Dr. Bollinger hat erst einmal das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Ich möchte nur darauf hinweisen, das wir das gern im Ältestenrat in der Runde der Parlamentarischen Geschäftsführer besprechen, was eben über das Abzeichen gesagt wurde.

Vielen Dank.

(Abg. Martin Haller, SPD: Da gibt es nichts
zu besprechen! Das haben wir
besprochen! –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Da ging es um
die Schriftführer, wenn ich richtig informiert
bin! –

Zurufe aus dem Hause: Nein!)

Präsident Hendrik Hering:

– Nein.

Wir haben das besprochen. Zur Klarstellung, Sie haben durch einen Mitarbeiter der Landtagsverwaltung den Hinweis erhalten. Das entspricht doch dem, dass wir auch mit Ihnen fair umgehen. Jeder kann es einmal vergessen. Es kann auch einmal theoretisch passieren, man zieht ein Jackett an und hat nicht überprüft, ob ein Abzeichen dran ist.

Wir haben den dezenten Hinweis gegeben. Das entspricht dem fairen Miteinander, das wir haben. Dann habe ich zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sie das weiter getragen haben und habe das hier angemerkt. Herr Paul hat auch konsequenterweise das Abzeichen heruntergenommen. Damit ist das zunächst einmal erledigt.

Das Weitere kann ich nicht beurteilen, weil ich nicht gehört habe, was Frau Schneider gesagt hat. Dann gehört es im Leben dazu, wenn man es gesagt hat, man steht dazu oder man steht nicht dazu.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Ich habe
nichts dergleichen gesagt! –

Abg. Christine Schneider, CDU: Er hat sich
selbst als Pfeife bezeichnet, oder was? Er
hat sich selbst gemeint!)

Okay, damit ist jetzt der Tagesordnungspunkt 4 beendet.

(Unruhe im Hause –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist eine Unverschämtheit! –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Unverschämt sind Sie und Ihr Auftreten! Aber das wird Ihnen noch vergehen, das Lachen! –
Abg. Christine Schneider, CDU: Herr Präsident, ich fühle mich bedroht! –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Schauen Sie mal nach Bayern! Warten Sie mal Hessen ab!)

Wir kommen zu **Punkt 5** der Tagesordnung:

Erhebung und Austausch von Daten zu Asyl und Migration

Antrag der Fraktion der AfD
– Drucksache [17/7291](#) –

Wer spricht für die antragstellende Fraktion? – Herr Joa.

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch den letzten Tagesordnungspunkt bekommen wir noch ordnungsgemäß beendet. Jetzt hat Herr Abgeordneter Joa das Wort.

(Abg. Martin Haller, SPD: Ach, es bleibt einem nichts erspart!)

Herr Joa, gestatten Sie mir, dass ich noch Gäste begrüße: Senioren der Verbandsgemeinde Deidesheim und Neustadt. Herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Abg. Matthias Joa, AfD:

Geehrter Präsident, liebe Kollegen! Steuergelder sind sparsam, effizient und transparent einzusetzen. Unnötige Kosten müssen vermieden, Sparpotenziale erschlossen, Prozesse und Maßnahmen stetig optimiert und verbessert werden, und dies insbesondere dann, wenn sich die Verhältnisse ändern. Schlanke, effektive und auswertbare Prozesse sind unabdingbar für ein nachhaltiges staatliches Handeln.

Während sich die Politik auch in den Haushaltsberatungen gern um kleinere Etatposten öffentlichkeitswirksam streitet, gerät einer der größten Ausgabenposten doch gern aus dem Blick.

Zur Veranschaulichung: Allein im Kreis Germersheim verursachen 3.000 Asylbewerber bzw. verschiedene Asylbewerber etwa 50 Millionen Euro Kosten für die Steuer- und Beitragszahler pro Jahr. In Ludwigshafen laufen wir konservativ berechnet Richtung 80 Millionen Euro pro Jahr. Wir haben das einmal umgerechnet. Dies bedeutet faktisch, 10.000 Steuerzahler zahlen den Durchschnittssteuersatz von 8.000 Euro, das heißt 10.000 Arbeitnehmer arbeiten in Ludwigshafen nur für diese Kosten.

Wir sehen also den hohen Gesamtinvest, und wir sollten uns der Dauerhaftigkeit dieser Kosten bewusst werden.

Landesweit entstehen dem Steuerzahler allein Asylausgaben von 1,3 Milliarden Euro bis 1,5 Milliarden Euro. Die Politik trägt für einen effektiven Geldeinsatz Verantwortung.

Liebe Kollegen, niemand kann ernsthaft bestreiten, dass die Aufnahme Tausender Migranten viele rheinland-pfälzische Kommunen an die Grenze ihrer finanziellen, logistischen, aber auch sozialen Leistungsfähigkeit gebracht hat. Langsam, aber sicher scheint sich eine wichtige Erkenntnis durchzusetzen, die da lautet: Weniger ist manchmal mehr. –

Die Integration Tausender fremdkultureller Menschen ist nämlich in erster Linie keine Frage des Wollens. Sie ist eine Frage der faktischen Machbarkeit. Integration kann gelingen. Es ist schwierig bei einem Problemerkientel, aber sie kann gelingen, wenn entsprechende Voraussetzungen geschaffen sind und entsprechende Ressourcen an der richtigen Stelle zur Verfügung stehen.

Genau an diesem Punkt setzt der Antrag unserer Fraktion an. Es geht darum, bestehende Strukturen und Prozesse im Bereich Asyl und Migration grundsätzlich zu überdenken und hinsichtlich ihrer Funktionalität und Praxistauglichkeit auf den Prüfstand zu stellen.

Wir beobachten heute, dass sich viele ungelöste Probleme, die ihre Wurzeln bereits in der Vergangenheit haben, nun überlagern und addieren. In Städten wie Ludwigshafen oder Germersheim sorgt der wachsende Migrantenanteil in den Grundschulen und Kitas zwischen 80 und 90 % schon seit Längerem für Spannungen und erhebliche Konflikte – Missstände, deren Ursache nun endlich analysiert und angegangen werden müssen. Kurzum, wir benötigen nachhaltige, strukturierte Verbesserungen beim Asyl-, Migrations- und Integrationsmanagement in Rheinland-Pfalz.

Unser Antrag beruht deswegen auf zwei wesentlichen Säulen. Wie bereits in der Besprechung der Großen Anfrage „Einwanderung und Asylpraxis in Rheinland-Pfalz“ deutlich wurde, braucht es zunächst einmal aktuelle und valide Daten in allen relevanten Bereichen. Nur auf Grundlage verlässlicher Informationen lassen sich Tendenzen abschätzen, Regulierungsbedarfe erkennen. Darauf sind nicht nur wir als politische Entscheidungsträger angewiesen, sondern auch die Menschen vor Ort, die Lehrer, die Polizisten, die Erzieher, die Mitarbeiter von Arbeits- und Jugendämtern.

Die Ergänzung der Kriterien „Schutzsuchender“ und „Migrationshintergrund“ in bereits bestehende amtliche Statistiken ist deswegen schnellstens voranzutreiben und zugleich doch nur ein erster logischer Schritt.

Dazu gehören natürlich auch landesweit einheitliche statistische Begriffsdefinitionen und Erhebungsstandards ebenso wie eine angemessene Aufbereitung des vorhandenen Datenbestands. Wir brauchen endlich Vergleichbarkeit!

Wir können es uns nicht leisten, dass manche Behörden Daten erheben, andere nicht, andere Behörden wiederum ganz andere Definitionen ansetzen. Auch kann es nicht sein, dass die Kommunen selbst nicht wissen, wie sich die Migrationssituation in ihrem Gebiet darstellt.

Wie sollen von solchen unvollständigen Informationen überhaupt politische Maßnahmen abgeleitet werden?

(Abg. Joachim Paul, AfD: Genau!)

Die zweite, gewichtigere Säule unseres Antrags ist die Einrichtung einer effektiven Kommunikationsstruktur zwischen Ministerien, Behörden und kommunalen Instanzen. Wir haben in den Kommunen zahlreiche Praktiker und Migrationsexperten. Diese Leute sollten wir mit ins Boot holen, wenn es darum geht, Prozesse und Erhebungsstandards auf den Prüfstand zu stellen. Dies fängt schon mit ganz banalen Fragen an, wie zum Beispiel folgende: Welche Daten sind nötig, welche sind vielleicht unnötig, welche brauchen wir zusätzlich? Was wissen die Kommunen selbst über die Situation in ihrer Stadt? Wie wird sich die Demografie entwickeln? Wo sehen Mitarbeiter und Landräte Verbesserungspotenzial? Wo brauchen die Verantwortlichen vor Ort weitere Unterstützung?

Oder wird es jetzt Standard, die Verantwortlichen vor Ort im Regen stehen zu lassen, wie zum Beispiel den Kreis Germersheim mit einem Dutzend Asylintensivtätern, die die Bürger bedrohen? Wir fordern hier einen ganz anderen Ansatz. Wir möchten schon im Grundsatz einen schnellen und routinemäßigen Austausch von asyl-, migrations- und sicherheitsrelevanten Daten. Wir brauchen ein behördliches Reportingverfahren auch hinsichtlich der Erfolgskontrolle von Einzelmaßnahmen.

Wie steht es nun um die Bedürfnisse der Kommunen? Viele Bürgermeister, Schulleiter, Lehrer, Erzieher fühlen sich bei konkreten Fragen im Stich gelassen. Die „Ihr werdet das schon irgendwie hinbekommen“-Mentalität führt zu Verunsicherung, Ratlosigkeit und innerer Kündigung bei Mitarbeitern vor Ort. O-Ton einer Lehrerin: Mein Unterricht ist nur noch reine Mängelverwaltung. –

Ähnliches gilt für die Situation von Erzieherinnen in Kitas. Sie alle brauchen die richtigen Daten zum richtigen Zeitpunkt, ungeschönt und vollständig. Alle Verbesserungen sind aber nur dann nachhaltig, wenn sie messbar werden.

(Glocke des Präsidenten)

Wir fordern deswegen – ich komme zum Ende – eine Evaluation und eine Erfolgskontrolle. Die Stadt Ludwigshafen geht hier bereits voran, und sie braucht unsere Unterstützung. Es liegt somit in der Verantwortung der Landesregierung, Plattformen und Netzwerke zu erstellen und Hilfestellung zu geben.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, beweisen Sie, dass Sie an echten Verbesserungen in der rheinland-pfälzischen Politik interessiert sind, indem Sie unserem Antrag zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Koalitionsfraktionen hat Frau Abgeordnete Binz

das Wort.

Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Kollege Joa, es ist schon absurd, dass Sie zu Beginn Ihrer Rede effiziente Geldverwendung anmahnen und dann diesen Bürokratiemonster-Antrag hier vorstellen, der, glaube ich, nicht zu einer effizienten Arbeit in unseren Behörden

(Abg. Matthias Joa, AfD: Das ist kein Monster! Das ist das, was nötig ist!)

und nicht zu einer effizienten Geldverwendung beiträgt. Wir werden Ihren Antrag ablehnen, und zwar vor allen Dingen aus zwei Gründen: Zum einen haben Sie einmal wieder Dinge in diesen Antrag hineingeschrieben, die teilweise schlicht falsch sind und mit denen Sie eher Ihre politischen Vorstellungen suggerieren wollen, als dass sie die Realität beschreiben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP)

Das geht schon damit los, dass Sie damit beginnen, es wäre die Kernidee des deutschen Asylrechts, dass der Aufenthalt des Asylberechtigten immer befristet ist. – Dann haben Sie das Asylrecht schlicht nicht gelesen; denn wer in Deutschland Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes erhält, der bekommt einen Zugang zu einem unbefristeten Aufenthaltsrecht nach drei Jahren.

Es geht damit weiter, dass Sie den Zuzug aus muslimischen Ländern pauschal als „Sicherheitsfaktor“ bezeichnen. Auch das ist eine Pauschalierung, der wir sicherlich nicht zustimmen werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP)

Auch ist es so, dass es für Ihre Forderung – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –, „das Kriterium ‚Schutzsuchender‘ (...) inklusive des zugehörigen ‚Herkunftsstaates‘ in alle amtlichen Statistiken aufzunehmen“, schlicht gar keine gesetzliche Grundlage gibt; denn selbstverständlich und aus gutem Grund gibt es gesetzlich geregelte Anforderungen über die Erhebung und Speicherung solcher Daten.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Das kann man ändern!)

Dann machen Sie in Ihrem Antrag – Sie haben jetzt eben in Ihrer Vorstellung des Antrags natürlich in erster Linie über geflüchtete Menschen gesprochen – aber etwas, das Sie sehr gerne in Ihrer politischen Arbeit tun: Sie beginnen in Ihrem Antrag mit Asylberechtigten, mit Geflüchteten.

(Abg. Matthias Joa, AfD: 1,4 Milliarden Invest!)

Sie beschreiben deren – Zitat – „Sonderstatus“, um eine Ausweitung der statistischen Erfassung zu begründen. Sie führen die Kosten der Flüchtlingsaufnahme an, um das zu begründen. Dann machen Sie einen Sprung: Auf einmal sind Sie nicht mehr nur dabei, Menschen, die geflüchtet

sind, in alle Statistiken aufzunehmen, sondern Sie sind auf einmal dabei, pauschal alle Menschen in Rheinland-Pfalz aufgrund ihres Migrationshintergrunds in alle Statistiken aufzunehmen. Da sage ich Ihnen, das werden wir ganz sicher nicht mitmachen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP)

Wenn Sie so bestehende Probleme, über die wir hier, im Ausschuss und überall ständig diskutieren und die wir angehen, lösen wollen, dann setzen Sie sich auch einmal mit den Maßnahmen im Bildungs- und Integrationsbereich in diesem Sinne auseinander. Dann setzen Sie sich auch einmal mit den Maßnahmen auseinander, über die heute gesprochen wurde, die wir auch wieder im Haushalt verankert haben.

Das hat zum Beispiel Ihr Fraktionsvorsitzender in seiner Rede überhaupt nicht getan. Die einzige Maßnahme, die beschrieben wurde, war einmal wieder die Abschiebung. Ansonsten ist zu Integration aus Ihrer Fraktion nichts zu hören.

Wir werden das nicht mitmachen; denn Sie kommen, wie gesagt, von geflüchteten Menschen auf einmal auf alle Menschen mit Migrationshintergrund.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Wir sprechen uns ganz vehement dagegen aus. In allen möglichen Lebensbereichen – auch das schreiben Sie in Ihrem Antrag, es geht über das Bildungssystem bis dahin, wer sich in welchen Krankenhäusern wie behandeln lässt –, also überall soll abgespeichert werden, ob die Person einen Migrationshintergrund hat. Wie gesagt, wir wissen nicht, was Sie damit überhaupt bezwecken wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Welche Probleme wollen Sie damit überhaupt lösen? Was soll uns eine Statistik sagen, in der ein afghanischer Geflüchteter genauso pauschal abgebildet wird wie die Kinder eines deutsch-dänischen Ehepaars?

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das ist doch gar nicht so! Der Hintergrund soll doch differenziert erfasst werden!)

Was soll uns das in einer Bildungsstatistik helfen, bestimmte Probleme zu lösen? Das haben Sie in Ihrer Rede nicht erklärt. Aus diesen Gründen werden wir diesen Antrag sicherlich ablehnen.

Sie haben auch wieder vergessen – wir haben bereits in der vorletzten Sitzung aufgrund Ihrer Großen Anfrage sehr intensiv darüber diskutiert –, welche Statistiken vorliegen,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Die reichen nicht!)

welche Statistiken auch vom Ministerium zum Arbeiten herangezogen werden. Diese Diskussion ist anscheinend spurlos an Ihnen vorbeigegangen, denn Sie haben sich in Ihrer Argumentation kein Stück weiterentwickelt. Aus diesem Grund lehnen wir diesen Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Wir haben es
differenziert dargelegt!)

Präsident Hendrik Hering:

Zu einer Kurzintervention hat der Abgeordnete Joa das Wort.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Matthias Joa, AfD:

Verehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Binz, ich weiß gar nicht, was Sie überhaupt wollen. Wir erleben hier immer dasselbe Spiel. Wir stellen einen sachlichen Antrag. Wir sprechen von 1,4 Milliarden Euro Invest. Das müssen die Steuerzahler bezahlen. Was wir wollen, ist, dass wir eine vernünftige Datenbasis bekommen.

Sie sind auf dem Migrationshintergrund herumgeritten. Darauf möchte ich Ihnen gerne antworten. Es stimmt natürlich, einen Migrationshintergrund haben auch Italiener, Spanier, polnische Familien. Richtig! Diese werden in einen Topf mit Asylzuwanderung geworfen.

Jetzt muss sich doch eine Kita-Erzieherin oder eine Lehrerin zum Beispiel auf ihre Klasse entsprechend einstellen können. Sie müssen doch vorher wissen, welche Klientel in die Klasse kommt und woher die Menschen kommen. Sie brauchen diese Daten, um ihrer Arbeit vernünftig auszuführen.

Alles, was wir sagen, ist doch Folgendes: Wenn wir als Staat 1,4 Milliarden Euro allein in Rheinland-Pfalz ausgeben, dann brauchen wir auch Angaben, was bei jedem anderen Projekt genauso ist, das Sie auflegen, in das man Geld investiert, man braucht ein Reporting. Man muss schauen, was gut läuft, was schlecht läuft, und wo es Verbesserungspotenzial gibt. Darauf zielt unser Antrag.

Wir haben konkrete Vorgaben gemacht und konkrete Beispiele genannt. Das, was Sie hier tun, ist, Sie stellen sich hierhin, verdammen alles in Bausch und Bogen, nur um sich mit den inhaltlichen Themen nicht auseinanderzusetzen zu müssen. Das erleben wir hier immer wieder. Ich bin nicht überrascht, aber erneut enttäuscht.

Danke.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Zur Beantwortung erteile ich der Abgeordneten Binz Wort.

Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Kollege Joa, wir setzen uns jeden einzelnen Tag mit den Herausforderungen von Migration und

Integration auseinander, und wir gehen die Probleme sehr differenziert an.

(Abg. Matthias Joa, AfD: Schauen Sie sich einmal die Große Anfrage an, wie differenziert Sie das angehen!)

Das, was Sie hier vorschlagen, ist genau das Gegenteil von Differenzierung. Es ist genau das Gegenteil von Differenzierung! Laut Ihrem Antrag soll in allen amtlichen Statistiken jeder Mensch in diesem Land, der eine Migrationsgeschichte hat, aufgrund seiner Migrationsgeschichte gespeichert und aufgenommen werden. Das löst kein einziges Problem.

(Abg. Matthias Joa, AfD: Das sind doch keine persönlichen Daten!)

Das löst kein einziges Integrationsproblem. Es pauschalisiert und steckt diese Leute alle in eine Schublade. Sie tun so, als würden alle diese Leute irgendwelche Probleme auslösen, und es löst kein einziges Problem.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Es gibt doch
bevölkerungsspezifische
Herausforderungen!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Herber das Wort.

Abg. Dirk Herber, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erneut versucht die AfD-Fraktion, mit dem Anschein nach rechtschaffenden Forderungen nach Fakten ihre Polemik salonfähig zu machen. Ihr Antrag steckt voller versteckter Parolen, die ganze religiöse Gruppen diskreditieren und der gesamten Zuwanderung jegliches positive Potenzial absprechen.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der vereinzelt Nennung von Daten versucht man dann, dem Ganzen noch einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben,

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

was Ihnen, liebe Kollegen der AfD, ohne Nennung von Quellen wie immer nicht im Ansatz gelingt. Aber dass dies mittlerweile Ihr Politikstil ist, muss ich niemandem in diesem Haus mehr erklären.

Die Trennung zwischen Asyl und Migration wird von Ihnen als Feinheit im System abgetan, und es wird dann gerne indirekt von mangelnder Rechtsstaatlichkeit und dem daraus resultierenden verloren gegangenen Vertrauen gesprochen. Mit diesem Stil werden Sie aber keine Probleme lösen, ganz im Gegenteil.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Wenn der AfD also wirklich daran gelegen wäre, die institutionelle Arbeit zu fördern,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Nur weil Sie es nicht verstanden haben!)

würde sie – statt über das Ziel weit hinausgehende Anträge zu stellen – tatsächliche und realitätsnahe Forderungen stellen, die dann auch einen Mehrgewinn bedeuten.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch klarstellen, wir in der CDU werden unsere Diskussionen immer auf der Grundlage von vernünftig zusammengetragenen und bewerteten Informationen führen.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Wir akzeptieren weder eine pauschale Diskreditierung noch wollen wir vorhandene Probleme herunterspielen.

(Beifall der CDU)

Was wir wollen, ist eine ehrliche und sachbasierte Debatte; denn nur so können langfristig auch nutzbringende Lösungen entstehen. Wir alle sind uns auch der Probleme und Herausforderungen, die in der Zuwanderung liegen, bewusst. Das sind auch die Schwierigkeiten, die wir aktiv angehen müssen.

Die CDU hat ihre Hausaufgaben gemacht. Unsere Ziele und Ideen sind Ihnen alle durch zahlreiche Debatten bekannt. Es liegt nun aber auch an der Landesregierung, endlich einmal den Mut zu haben und die entsprechenden Schritte zu gehen. Es gilt zum Beispiel immer noch, die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer einzustufen.

(Beifall der CDU)

Wir müssen uns auch über Transitzentren und über Aussteigerprogramme für islamistische Radikalisierung Gedanken machen.

Geltendes Recht muss konsequent Anwendung finden, und das Ministerium darf seine Arbeit nicht auf die Kommunen abwälzen. Das Integrationsministerium muss endlich seine Koordinationsfunktion an- und wahrnehmen. Diese Baustellen sind uns aber allen längst schon aus den vergangenen Debatten bekannt, genau wie die Lösungsvorschläge der CDU, die tatsächlich alle auf öffentlichen und nachweisbaren Fakten beruhen.

(Vizepräsidentin Astrid Schmitt übernimmt
den Vorsitz)

Herr Joa, jetzt komme ich zu dem, was Sie in Ihrer Eingangsrede in einem schlanken System gefordert haben. Die Kollegin Binz hat es ja auch schon herausgestellt. Die AfD kann doch nicht ernsthaft selbst und ständig rascheres Vorgehen beim Thema „Asyl, Migration und Integration“ fordern, und im gleichen Atemzug fordern Sie Statistiken differenziert nach was weiß ich wie vielen Kategorien und überfordern damit unsere Behörden und Schulen und treiben unsere Kommunen in den bürokratischen Wahnsinn. Das entbehrt tatsächlich jedem Sinn.

(Beifall der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Michael Frisch, AfD: Ein Merkmal!)

Wenn Ihnen wirklich daran gelegen wäre, die Vernetzung der Institutionen zu verbessern, dann würden Sie von diesen keine Sisyphusarbeit verlangen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Wenn Sie wissen, was das ist!)

Es ist legitim, einer Rechtsstaatlichkeit entsprechend konsequentes Durchgreifen zu fordern. Ebenso legitim ist es, wenn man von der Landesregierung und sämtlichen beteiligten Institutionen mehr Transparenz und ein intensiveres Aufarbeiten vorliegender Daten fordert. Es bleibt aber tatsächlich unlauter, Sachverhalte polemisch zu missbrauchen und sich dabei von realitätsnahen Konzepten vollends zu verabschieden.

Unser Anspruch in der CDU ist es, die Schwierigkeiten zu lösen, damit die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung für die Zuwanderer, die bei uns bleiben und die sich an Regeln halten, auch weiterhin bestehen bleibt.

(Beifall der CDU)

Wenn ich Ihnen eines sagen kann: Die AfD hat in keinem Bereich auch nur annähernd irgendeine Lösung.

Danke schön.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteilen darf – – –

(Abg. Matthias Joa, AfD, hält eine Blaue Karte hoch –
Zuruf aus dem Hause)

– Oh, das habe ich nicht gesehen, weil wir gerade gewechselt haben. Trotzdem einen kleinen Moment, Herr Abgeordneter, jetzt war ich schon bei der Begrüßung der Besuchergruppe.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist die Regel!)

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich die „05er Classics“ vom FSV Mainz 05. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag.

(Beifall im Hause)

Jetzt hat Herr Joa die Möglichkeit zur Kurzintervention.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Geehrte Präsidentin, liebe Kollegen! Herr Kollege Herber, Ihr Vortrag – man hat es gemerkt – war vorbereitet, er hat sich überhaupt nicht darauf bezogen, was ich hier inhaltlich gesagt habe.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wir bereiten alles vor!)

Ein Wort ist mir in Erinnerung geblieben, nämlich Ihre Verwendung des Wortes „sachbasiert“. Jetzt kommen wir einmal zurück auf sachbasierte Themen, am Beispiel von Ludwigshafen. Die Stadt Ludwigshafen hat Instrumente entwickelt, um Integrationsmaßnahmen zu messen und eine Erfolgskontrolle herzustellen, weil sie sagt, dass von Landesseite hier nicht genügend kommt.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was wissen Sie über Ludwigshafen!)

Oder halten Sie es auch für nicht faktenbasiert, wenn uns Klassenlehrer und -lehrerinnen sagen, dass sie mit einer bestimmten Klassenzusammensetzung, wenn es ein bestimmtes Maß überschreitet, keinen Unterricht mehr machen können? Denken Sie wirklich, dass die Landesregierung alles Erforderliche getan hat?

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Was hat das mit Statistik zu tun?)

Oder kann es sein, dass eine Stadt wie Germersheim selbst nicht weiß, wie viele Migranten in der Stadt leben und wie sich diese zusammensetzen?

Wir sprechen hier immer von Integration und was man alles tun muss. Nur, wenn man Geld einsetzt, dann muss ich es auch so einsetzen, dass es den Richtigen zugutekommt und wir Problemkonstellationen vermeiden.

(Beifall der AfD)

Das generell abzutun mit dem Vorwurf, der Vortrag sei sachfremd, beweist nur den Umstand, den ich der Kollegin Binz schon zum Vorwurf gemacht habe.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Wir können ja auch Portale machen!)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Der Abgeordnete Herber hat das Wort.

Abg. Dirk Herber, CDU:

Kollege Joa, ich bedanke mich recht herzlich dafür, dass Sie anerkannt haben, dass ich mich auf Ihren Antrag vorbereitet habe. Zu Beginn Ihrer Rede, wie das so oft der Fall ist, bezieht die AfD alles auf die Flüchtlingskrise, die von der Kanzlerin verschuldet ist, ihrer Ansicht nach.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Da haben Sie was gelernt!)

Ich war mir gar nicht sicher, ich saß dahinten – da können Sie den Kollegen Schnieder fragen – und habe gesagt: Die sprechen zu etwas vollkommen Anderem, die fangen gar nichts mit Daten an, ich habe eine falsche Rede, ich weiß überhaupt gar nicht, was ich jetzt sagen soll. – Aber ich

habe dann im Nachhinein noch mal Ihren Antrag gelesen – wie gesagt, weil ich ihn ja vorbereitet hatte –, und dann habe ich festgestellt, Sie haben ein Stück weit an der Sache vorbei geredet.

(Beifall der CDU, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Landesregierung erteile ich Staatsministerin Spiegel das Wort.

Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Joa, zunächst zu dem, was Sie gesagt haben. Auch ich habe eine Differenz zu dem, was im Antrag steht, feststellen können. Die allermeisten Daten, die Sie in Ihrer Rede angesprochen haben, erheben wir bereits. Selbstverständlich besteht überall dort, wo es nötig ist, bereits eine enge Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz.

Sie haben des Weiteren in Ihrer Rede mehrfach die Summe von 1,4 Milliarden Euro in den Raum gestellt. Meine Damen und Herren, ich halte es für unlauter, wenn Sie nicht einen Satz dazu sagen, wie diese Summe überhaupt zustande kommt, die Sie hier in den Raum stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Aber zum vorliegenden Antrag. Der Antrag ist voller nicht zutreffender Aussagen. So behaupten Sie in Ihrem Antrag beispielsweise, die Mehrzahl der Zuwanderer stamme aus dem muslimischen Kulturraum, was einen „ernst zu nehmenden Aspekt“ darstellt, „wenn es um die Themen Sicherheit und Integration geht“.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, hier wird erneut eine Verbindung zwischen der Herkunft aus islamischen Staaten und besonderen Sicherheits- und Integrationsproblemen hergestellt.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Die gibt's nicht!)

Diese Verbindung ist schlicht und ergreifend nicht zutreffend; denn das Bundeskriminalamt stellt etwa für Menschen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak ganz eindeutig fest, dass sie – gemessen an ihrem Anteil unter den Zuwanderern – in der Gruppe der Tatverdächtigen deutlich unterrepräsentiert sind.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Afghanistan, was lesen Sie denn? – Weitere Zurufe von der AfD)

Außerdem ist schon schlicht die Aussage unzutreffend, die Mehrzahl der Zuwanderer stamme aus dem „muslimischen Kulturraum“. Vielmehr stammen die meisten Zuwanderer

aus den europäischen Staaten, und nur gut 9 % kommen aktuell aus den muslimischen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Insofern kennen Sie die Fakten anscheinend nicht, oder Sie wollen sie nicht kennen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: In Polizeistatistiken firmieren Asylanten als Zuwanderer!)

Mir ist auch nicht klar, warum es Ihnen so wichtig ist, den Migrationshintergrund zum Beispiel in der Krankenhausstatistik zu erfassen. Ist Ihnen überhaupt bewusst, dass die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund Deutsche sind? Wollen Sie bei der Behandlung kranker Personen etwa einen Unterschied machen, je nachdem ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht?

Für die Krankenhausplanung der Länder sind andere Faktoren entscheidend, wie zum Beispiel das Einzugsgebiet und die demografischen Trends, und die werden selbstverständlich in der Krankenhausplanung auch herangezogen. Für die Krankenhausplanung bringt eine mit zusätzlichem Arbeitsaufwand verbundene Erfassung eines Migrationshintergrunds oder des genauen Status eines Schutzsuchenden schlicht und ergreifend überhaupt gar nichts, meine Damen und Herren!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und bei der FDP)

Auch im Hochschulbereich ist die Erfassung des Migrationshintergrunds vollkommen unerheblich; denn was hier interessiert, ist doch die Information zur Hochschulzugangsberechtigung und wie wir heute die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, um dem Fachkräftemangel von morgen begegnen zu können.

Im Schulbereich kann es dagegen sinnvoll sein, einen Migrationshintergrund zu erfassen, vor allem im Hinblick auf Sprachförderbedarfe, und genau deswegen wird das auch seit Jahren so gehandhabt. Länderübergreifend werden hier Schülerinnen und Schüler erfasst, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, im Ausland geboren wurden oder bei denen nicht hauptsächlich Deutsch in der Familie gesprochen wird. Das, meine Damen und Herren, ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir dort, wo es sinnvoll ist, Daten erfassen, und dort, wo es nichts bringt, es eben aber auch lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

In der Arbeitsmarktstatistik bringt es zum Beispiel etwas, Geflüchtete gesondert zu erfassen, um ihre Integration in den Arbeitsmarkt nachvollziehen zu können. Diese entsprechenden Statistiken können Sie übrigens auf der öffentlichen Homepage der Arbeitsagentur abrufen. Dann wüssten Sie auch, dass laut der Bundesagentur für Arbeit in Rheinland-Pfalz von Juli 2016 bis Juni 2018 rund 9.300 Geflüchtete eine Erwerbstätigkeit aufgenommen und 3.000 eine Ausbildung begonnen haben. Die Zahlen sind damit stark angestiegen. Das ist eine Entwicklung, die wir schon seit einiger Zeit beobachten, die anhält und zeigt, dass wir – allen Unkenrufen zum Trotz – gute Fortschritte machen, was die Integration der Menschen, die zu uns kommen, anbelangt.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Auch in den übrigen Bereichen liegen für die Planung und das Verwaltungshandeln bereits genügend Daten vor. Auch die in dem Antrag geforderten Abstimmungen und Informationsflüsse zwischen den Behörden, meine Damen und Herren, sind längst Realität und alltägliches Handeln der betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich kann als Beispiele die Kommunale Flüchtlingsrunde der Ministerpräsidentin nennen und den Landesbeirat für Migration und Integration, an dem die AfD im Übrigen noch nie teilgenommen hat.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Meine Damen und Herren, die Integrationsarbeit der Landesregierung fußt auf belastbarem und für die Arbeit sinnvollem Zahlenmaterial, und das wird selbstverständlich auch so bleiben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
SPD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, meine sehr geehrten Damen und Herren, freue ich mich, auch wenn es nur noch kurz sein wird, dass wir weitere Gäste bei uns im Landtag begrüßen dürfen, und zwar die Mitglieder der St. Dominikus Stiftung Speyer. Seien auch Sie herzlich willkommen.

(Beifall im Hause)

Jetzt hat der Abgeordnete Joa die Möglichkeit zur Kurzintervention.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Geehrte Präsidentin, liebe Kollegen! Frau Spiegel, ich frage mich, haben Sie es eigentlich immer noch nicht verstanden?

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Nein, Sie nicht, Herr
Joa!)

Sie sind seit zweieinhalb Jahren im Amt. Sie finden eine erheblich geänderte Asyl- und Migrationssituation vor. Sie haben seitdem nichts getan. Was haben Sie überhaupt seit Ihrem Amtsantritt inhaltlich getan? Haben Sie die Antwort auf unsere Große Anfrage überhaupt gelesen? Da steht nämlich schwarz auf weiß, dass Ihr eigenes Ministerium zugibt, bestimmte Daten liegen nicht vor. – Lesen Sie Ihre eigenen Antworten? Finden Sie wirklich, die Prozesse mit den Ausländerbehörden sind vernünftig aufgesetzt? Haben Sie alle Beteiligten einmal an einen Tisch geholt?

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Das ist eine neue Große
Anfrage, oder was?)

Wie kommen die Beschwerden der Landräte und kommunalen Verantwortlichen denn sonst zustande?

Sie haben in einem Punkt recht: Das Kriterium „Migrationshintergrund“ reicht in der Form natürlich nicht aus, weil es auch auf sehr gut integrierte Menschen aus Polen, Portugal oder Spanien zutrifft.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssten den Migrationshintergrund noch weiter aufdröseln, um den Verantwortlichen genaue Detailinformationen über die Personen zu geben; denn nur dann können sie Geld- und Finanzmittel am Ende auch sach- und zielgerecht einsetzen.

(Beifall der AfD)

Zu den 1,4 Milliarden Euro an Kosten, die Sie hier bestreiten: Das finden wir klasse; denn wir haben uns im Gegensatz zu Ihnen die Mühe gemacht, auszurechnen – unabhängig vom Topf „Land“, „Kreis“ oder „Bund“ –, was am Ende anfällt. Dazu haben wir die Barauszahlungen, die Mietübernahmen, die Krankheitskosten genommen und den Zuschlag für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) und diverse weitere Kriterien mit eingerechnet, wobei wir die Gemeinkostenzuschläge, also Personal, das in den Kommunen eingestellt wird, noch gar nicht mit dazu gerechnet haben. Auch die Kosten für Polizei und Justiz haben wir nicht mit eingerechnet.

Das heißt, es ist sehr vorsichtig gerechnet, und wir kommen auf einen Betrag pro Asylsuchenden zwischen 1.200 und 1.500 Euro im Monat. Und jetzt rechnen Sie: Nehmen Sie den Betrag mal 70.000, das ist nämlich die Anzahl der Personen in Rheinland-Pfalz, und dann mal zwölf, das ist nämlich die Anzahl der Monate, und dann werden Sie ganz schnell erkennen, dass unser Ansatz noch konservativ ist. Vielleicht machen Sie erst einmal Ihre Hausaufgaben!

Danke.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Aufgrund der Redezeit der Landesregierung stünden den Fraktionen noch jeweils 40 Sekunden zur Verfügung. – Weitere Wortmeldungen kann ich aber dennoch nicht erkennen.

Dann müssten wir uns jetzt über das weitere Verfahren verständigen. Wird Ausschussüberweisung beantragt?

(Unruhe im Hause –
Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann warte ich zunächst einmal, bis wir zur Frage kommen können, wie wir weitermachen.

Ist Ausschussüberweisung gewünscht? Dann ist zunächst darüber abzustimmen. Ich frage die antragstellende Fraktion.

Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 68. Sitzung, 24.10.2018

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Ja!)

Wer der Ausschussüberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Die Gegenprobe! – Damit ist die Ausschussüberweisung mit den Stimmen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.

Wir stimmen dann über den Antrag der Fraktion der AfD „Erhebung und Austausch von Daten zu Asyl und Migration“ – Drucksache 17/7291 – direkt ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! –

Danke schön. Die Gegenprobe! – Danke schön. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.

Wir sind am Ende der heutigen Plenarsitzung. Meine sehr geehrte Damen und Herren, ich lade Sie zur nächsten Sitzung am 11. Dezember 2018 ein. Ich wünsche Ihnen ein gutes Nachhausekommen.

Ende der Sitzung: 15:30 Uhr